

Die Politische Meinung

LEBEN

—
Wodurch
wird es
gut?

ZUM SCHWERPUNKT Joachim Fetzer, Wozu sich mühen?;
Max A. Höfer, Das gute Leben; Julia Klöckner, Christliches Menschenbild und
Orientierung; Andreas Möller, In Hülle und Fülle
WEITERE THEMEN Paul Nolte, Bundestagswahlen und politischer Wandel;
Nicola Leibinger-Kammüller, Was uns Wahlkampfziele kosten könnten;
Norbert Lammert, Schreiben aus Überlebenswut – Herta Müller zum 60. Geburtstag

9 €, Nr. 521, Juli / August 2013, 58. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de



„Vielleicht wird es in fünfzig Jahren ... eine Richtlinie geben, welche es Arbeitgebern vorschreibt, Arbeitsplätze so zu gestalten, dass jeder Arbeitnehmer eine Messzahl X an Glückshormonen umsetzt. Technisch messbar könnte das bis dahin sein.“

Joachim Fetzer, Theologe und Volkswirt

„So versteckt sich das Glück in der Tafel Schokolade.“

Maria Trojer, Korrespondentin des Magazins „Ohrenkuss“

„Wie viel Sinn ergibt es, in unserem Konsumverhalten einfach weiterzumachen wie bisher? Vieles schmeißen wir kaum gebraucht weg, darunter 800.000 Tonnen Kleidung, 6,7 Millionen Tonnen Lebensmittel und eine Million Tonnen noch funktionsfähige Elektronik im Jahr. Lohnt es sich, dafür länger und härter zu arbeiten?“

Max A. Höfer, Publizist

„Wohlstand kann nicht einfach so verteilt werden, er muss erarbeitet und geschaffen sein: Erfolg, Leistung und Reichtum sind seine Bedingungen, nicht Gleichmacherei.“

Andrea Seibel, Journalistin

„Die Gewissensbisse der Wohlstandsgesellschaft sitzen so tief wie ihr Anspruchsdenken.“

Andreas Möller, Historiker

„Gerade die Volksparteien sollten darauf bedacht sein, dass den Menschen mit geringen Einkommen nicht ein überzogenes Qualitäts- und Nachhaltigkeitsbewusstsein aufgedrängt wird, das sie sich nicht leisten können und auf das sie – und nicht nur sie – teilweise schon genervt reagieren.“

David Gregosz, Ökonom

„Politik ist nicht dazu da, den Sinn menschlichen Lebens auf Erden zu verwirklichen, weder den des Lebens des Politikers noch den des Lebens derer, für die er Verantwortung trägt.“

Walter Schweidler, Philosoph

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Unverkennbar schwingt ein zivilisationskritischer Grundton mit, wenn heute vom guten Leben die Rede ist. Ein bloßes „Immer höher, schneller, weiter“ – wer kann das noch wollen? Ein bewussteres Produzieren, Konsumieren und Arbeiten, ein bewussteres Dasein überhaupt – wer wollte sich verschließen? Schädliche Verhaltensweisen zu revidieren und neue Lebensziele zu definieren, kann niemals falsch sein. Notwendig ist nur, sich einen präzisen Blick dafür zu bewahren, was einen ethisch geschärften Realitätssinn von idealistischen Übertreibungen unterscheidet, die die Kluft zu den wahren Bedürfnissen vertiefen, statt sie einzuebnen. Die Geringschätzung ökonomischer Argumente und die saturierte Absage an materielle Güter sind Verdachtsgründe für ein solches verbissenes oder verträumtes Weltverbesserertum.

Wenn sich aktuell nationale wie internationale Institutionen anschicken, die Faktoren unserer „well-beings“ näher zu ergründen, und „Glücksforscher“ neuartige Lebensqualitäts-Indizes – etwa Umwelt, Nachhaltigkeit, Gesundheit und Bildung betreffend – empfehlen, dann ist dagegen nichts einzuwenden. Die Wohlstandsmessung allein anhand der Wachstumszahlen war auch zu ein-dimensional! Wo aber nach einer magischen „Glücksformel“ gefahndet und allen Ernstes behauptet wird, dass es die eigentliche Aufgabe des Staates sei, die Menschen glücklich zu machen, da geraten die richtigen Maßstäbe abhanden. Lauert hinter der berechtigten Debatte um das gute, bewusstere Leben möglicherweise eine expansive Vormundschaftlichkeit, bei der ein umfassend verpflichteter Vater Staat als Tugendwächter auf die Maßlosigkeit unseres Lebensstils antwortet? Es wäre eine schwere Bürde für die liberale Demokratie, die für die freie Entfaltung einen Rahmen setzt, aber für die Seligmachung ihrer Bürger nicht zuständig ist.

Selbst wenn sich der Einzelne nicht immer sozial- und umweltverträglich verhält, vielleicht noch nicht einmal verhalten kann, weil er die Wirkung seiner Verhaltensweise nicht gänzlich zu überschauen in der Lage ist: das Streben nach Glück muss im Kern eine individuelle Kategorie bleiben. Kollektive Glücksvorstellungen, wie sie die großen Ideologien in Stein gemeißelt hatten, haben sich weit weniger als moralisch tragfähig erwiesen.

Heute werden die Grenzen gemeinschaftlicher Glückssuche anhand der Werbung besonders deutlich. Die Fotostrecke in diesem Heft zeigt Abbildungen, die gegen Gebühr aus Bilddatenbanken im Internet heruntergeladen und von jedermann zu Werbezwecken genutzt werden können. Sie lassen spüren, wie trügerisch, schnöde und oberflächlich aufgedrängte Glücksbegriffe sind.

Letztlich wird sich weiterhin jeder selbst auf Glückssuche begeben müssen. Das mag nicht leichtfallen, aber darin verbirgt sich der wichtigste Ansatz für ein gutes Leben.

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Leben – wodurch wird es gut?

18 DAS GUTE UND DAS DURCHSETZBARE

Walter Schweidler

Der Politiker zwischen Gesinnung und Verantwortung

31 INTERVIEW: WENN ALLES PLÖTZLICH WEG IST

Gespräch mit Universitätsprediger

Jörg Ulrich

Die Flutkatastrophe aus Theologen- und Augenzeugensicht

36 KAUFEN UND MORAL

David Gregosz

Über die Neujustierung der Konsumentenfreiheit

44 INTERVIEW: LUSTIG LEBEN IN DEN STÄDTEN

Gespräch mit dem Architekten

Helmut Kleine-Kraneburg

Wie die Zukunft der Städte geplant werden sollte

48 SPOTLIGHTS

GUT LEBEN ANDERSWO?

Internationale Perspektiven

58 GEGENSEITIGKEIT STATT GEGENSATZ

Heinz Theisen

Die versöhnende Philosophie der politischen Mitte

64 CHRISTLICHES MENSCHENBILD UND ORIENTIERUNG

Julia Klöckner

Programmatisches zum guten Leben

71 „MEIN HERZ DANCET UND BLÜHT AUF“

Redaktion Ohrenkuss

Was die Redakteure mit Downsyndrom über Glück, Probleme und Selbstbestimmung schreiben

79 ENTZAUBERUNG DES LEBENS

Margret Engelhard

Zum Einfluss der modernen Lebenswissenschaften auf unser Konzept des Lebens

84 NACH DOLLY NUN DER MENSCH?

Norbert Arnold

Die bioethische Debatte über das Klonen menschlicher Zellen

88 DIE ENDLICHKEIT DES GUTEN LEBENS

Andreas Kruse

Was in der letzten Lebensphase glücklich und zufrieden macht

Kommentiert

26 **DAS GUTE LEBEN**

Max A. Höfer

Hin zu den Glücksgütern, weg vom Hamsterrad

40 **IN HÜLLE UND FÜLLE**

Andreas Möller

Wachstumskritik und Naturkonsum verbinden sich zu einer selbstgerechten Lebensform

68 **KENNST DU DAS LAND, WO DER WOHLSTAND GEDEIHT?**

Andrea Seibel

Das polarisierende Denken von Reich gegen Arm schadet der Sozialen Marktwirtschaft

Fokus Wahlen

94 **BUNDESTAGSWAHLEN UND POLITISCHER WANDEL**

Paul Nolte

Die Agenda 2020 der Resilienz

100 **MYTHOS UNGERECHTIGKEIT**

Knut Bergmann

Von der Wirklichkeit und Wahrnehmung eines Wahlkampfschlagers

105 **WAS UNS WAHLKAMPF-ZIELE KOSTEN KÖNNTEN**

Nicola Leibinger-Kammüller

Die Rechnung einer Familienunternehmerin

109 **KOPF AN KOPF**

Herbert Vytiska

Österreich vor der Nationalratswahl

Porträtiert

115 **SCHREIBEN AUS ÜBERLEBENSWUT**

Norbert Lammert

Herta Müller feiert am 17. August ihren 60. Geburtstag

122 **WELTBÜRGER MIT AUGENMASS**

Michael Braun

Zum 80. Geburtstag des niederländischen Schriftstellers Cees Nooteboom

Gelesen und gesehen

74 **ZU VIEL SEX AND CRIME?**

Michael Böhm

Wie geküsst wird und was das über uns sagt

118 **BIOPICS UND ZEITGESCHICHTE**

Stefanie Mathilde Frank

Der Film „Hannah Arendt“ von Margarethe von Trotta

Aus der Stiftung

125 **DAS ALLGEMEINE BESTE**

Bernhard Vogel

Ein neues Dokument über den Gemeinwohlbegriff

128 **DER REST DES FADENS**

Sarah Kirsch

Gedicht und Aquarell



Bildstrecke: Illusionen des guten Lebens – wie Werbebilder Glück vorspiegeln

(mehr dazu im Editorial)

Fotos der ganzseitigen Fotostrecke:

gettyimages, fotolia

Leben
—
Wodurch
wird es
gut?









Das Gute und das Durchsetzbare

Der Politiker zwischen Gesinnung und Verantwortung

WALTER SCHWEIDLER

Geboren 1957 in Wassertrüdingen,
Kreis Ansbach, Inhaber des Lehr-
stuhls für Philosophie an der
Katholischen Universität Eichstätt.

In Max Webers oft zitiertem und besonders in Deutschland wirksam gewordenem Vortrag über „Politik als Beruf“, in dem er auch die bekannte Metapher von der Politik als dem „Bohren harter Bretter“ prägte,¹ wird ein Ge-

gensatz von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik entworfen, der in Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Ethik und Politik sehr gerne herangezogen wird. Alles ethische Handeln könne demnach „unter zwei voneinander grundverschiedenen, unausragbar gegensätzlichen Maximen stehen“²: entweder „gesinnungsethisch“ nach der Devise des Priesters „Der Christ tut Recht und stellt den Erfolg Gott anheim“ oder „verantwortungsethisch“ gemäß dem Prinzip, „dass man für die (voraussehbaren) *Folgen* seines Handelns aufzukommen hat“.³

Aus dem Kontext gerissen, kann diese Entgegensetzung beträchtliche Verwirrung anrichten. Man muss im Umgang mit ihr so vorsichtig und verant-

wortungsvoll sein, wie Weber selbst es vom politischen Menschen verlangt. Sein bevorstehender 150. Geburtstag am 21. April 2014 lässt eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit für die wissenschaftlich seit Langem breit rezipierte These erwarten.

Was Weber eigentlich will, kommt in folgenden Sätzen zum Ausdruck: „Keine Ethik der Welt kommt um die Tatsache herum, dass die Erreichung ‚guter‘ Zwecke bedenkliche oder mindestens gefährliche Mittel und die Möglichkeit oder auch die Wahrscheinlichkeit übler Nebenerfolge mit in Kauf nimmt, und keine Ethik der Welt kann ergeben: wann und in welchem Umfang der ethisch gute Zweck die ethisch gefährlichen Mittel und Nebenerfolge ‚heiligt‘.“⁴⁴ Und: „Wer Politik überhaupt und wer vollends Politik als Beruf betreiben will ..., lässt sich ... mit den diabolischen Mächten ein, die in jeder Gewaltbarkeit lauern.“⁴⁵ Und vor allem: Niemand, gerade nicht der im Weber'schen Sinne gesinnungsethische Politiker, kann diesen Mächten entgehen; dem Gesinnungsethiker sind sie nur „unbewusst“⁴⁶, aber es gibt sie.

GEGEN DIE MORALISIERUNG DER POLITIK

Weber wendet sich vor allem gegen die Moralisierung der Politik. Wo „Gesinnungsethiker“ am Werk sind, da wird die Auseinandersetzung zwischen Parteien zum vermeintlichen Kampf der richtigen gegen die falschen Weltanschauungen und zur ständigen Klage über die ethische Blindheit, ja Schlechtheit der Konkurrenten. Insbesondere für politische Protestbewegungen ist es, so die damals wie heute aktuelle Analyse Webers, charakteristisch, dass sie ihren Wählerstamm nur durch fortgesetzte Ideologisierung der politischen Sachfragen und ständige Unterstellung des Amoralismus gegen die „Etablierten“ zu bilden vermögen. Wo sie dann tatsächlich an die Macht kommen, muss sich unter ihren Wählern die Erwartung ausgebildet haben, nun komme endlich das Gute selbst in der Politik zu Wort und werde die verlogenen Opportunismen der „Etablierten“ als Scheinkämpfe, in denen es letztlich nur um Durchsetzung eigener Machtinteressen geht, entlarven und zu einer besseren Zukunft wenden. Diese Haltung gefährdet Demokratie und Rechtsstaat, so Webers Botschaft.

Dass die Entgegensetzung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik schematisch ist, hat Weber selbst gesehen und im Gegensatz zu vielen, die diese Begriffe heute verwenden, klar gesagt. Er wolle, so sagt er, dem Gesinnungsethiker nicht Verantwortungslosigkeit und dem Verantwortungsethiker nicht Gesinnungslosigkeit unterstellen.⁸ Man dürfe Politik nicht mit dem Kampf ums eigene Seelenheil verwechseln. Und am Ende hält er fest, Gesinnungsethik und Verantwortungsethik seien „Ergänzungen, die zusammen

erst den echten Menschen ausmachen, den, der den ‚Beruf zur Politik‘ haben kann“⁹. Es geht also durchaus nicht darum, dem Politiker das Festhalten an seiner Gesinnung zu verbieten, sondern nur darum, ihn vor der Illusion zu bewahren, dass er in der Politik die Erfüllung dessen finden müsse oder auch nur könne, was sein Leben sinnvoll macht. Politik ist nicht dazu da, den Sinn menschlichen Lebens auf Erden zu verwirklichen, weder den des Lebens des Politikers noch den des Lebens derer, für die er Verantwortung trägt. Das Gute ist im Kampf der parteipolitischen Interessen nicht instrumentalisierbar. Was sich politisch durchsetzen lässt, kann in keinem Fall das Gute selbst sein. Der gute Politiker erkennt das *Durchsetzbare* als den Horizont seines Einsatzes.

Was aber ist an dem Schema „Gesinnungsethik – Verantwortungsethik“ missverständlich? Zunächst ganz einfach, dass Weber von „Ethik“ spricht. Ethik ist der Versuch der rationalen Begründung moralischer Überzeugungen. Die Frage, ob man für seine Überzeugungen dadurch eintreten soll, dass man öffentlich und kompromisslos für sie eintritt, egal ob man Mehrheiten für sie findet oder nicht, oder ob man um ihre Umsetzung in der politischen Arbeit durch mühevollen Kompromisse und taktische Vorgehensweisen ringen soll, ist selbst keine Frage verschiedener *Ethiken*; bei ihr geht es vielmehr darum, wie man das, was man ethisch für geboten ansieht, zu realisieren hat. Webers Gegensatz bezieht sich also gar nicht auf einen Streit um „das Gute“, sondern nur auf die Frage, wie es durchsetzbar ist. Gesinnungs- und Verantwortungsethik sind keine Alternativen, die zeigen, was gut und was schlecht ist, sondern Auseinandersetzungen um die Umsetzung des Guten. Dies aber verwischt Webers Ausdrucksweise, indem er Verantwortungsethik mit dem Denken an die Folgen identifiziert. Damit werden wir in einen rein ethischen Bereich verwiesen, der mit Webers Anliegen so gut wie nichts zu tun hat, nämlich die jahrhundertealte Auseinandersetzung zwischen Folgenethik und Pflichtethik. Bei ihr handelt es sich tatsächlich um einen Streit darüber, wie man als Mensch das Gute erkennen kann: an den Folgen seines Handelns oder an der Einstellung, die ein Mensch zu dem, was er tut, hat.

NORM ODER NUTZEN?

Die Auseinandersetzung zwischen kantischer Pflichtethik und Utilitarismus ist nicht entscheidbar, aber sie ist bis heute im höchsten Maße aktuell. Man kann davon sprechen, dass heute in den nationalen wie den internationalen Auseinandersetzungen um die Regelung der Folgen der technischen, insbesondere der biotechnischen Entwicklung eine von der Pflichtethik bestimmte Normkultur mit einer auf Lebensqualität und Selbstbestimmung des Individuums gegründeten Nutzenkultur im Konflikt liegt.¹⁰ So unentschieden dieser

Streit sein mag, es ist heute doch weitgehend anerkannt, dass eine reine Folgenethik nicht ausreicht, um die zwischenmenschlichen Beziehungen zu regeln. Gerechtigkeit, Minderheitenschutz, Menschenrechte: all das sind Bereiche, die man nicht begründen kann, wenn man als Maß des Guten nur das Prinzip gelten lässt, dass Handeln das größtmögliche Wohl der größtmöglichen Menge Betroffener herbeizuführen beziehungsweise anzuzielen habe. Die Domänen des Utilitarismus sind die Wirtschaft und die Wirtschaftswissenschaft. Aber vor Gericht etwa können wir nicht allein danach fragen, was ein Mensch ange richtet hat, sondern es kommen die Kategorien des Vorsatzes und der Schuld fähigkeit ins Spiel. Vor allem aber sind die brennenden moralischen Fragen um Abtreibung, Euthanasie und Eingriff ins menschliche Erbgut nicht da durch zu lösen, dass man fragt, welche Folgen ein Handeln für das Wohlergehen der von ihm Betroffenen hat. Denn dabei geht es darum, wer als Betroffener gilt und wer nicht. Ob ein Mensch das Recht zu leben hat, kann man nicht dadurch beantworten, dass man sein Leben zum Wohlergehen anderer in Beziehung setzt.

Hier steht diese ethische Grundauseinandersetzung nicht im Fokus; sie muss jedoch deutlich von der Frage der Durchsetzbarkeit des Guten in der Politik unterschieden werden. Ganz falsch wäre es jedenfalls, den Politiker auf eine Folgenethik verpflichten zu wollen. Man kann sehr wohl ethisch Utilitarist und dennoch genau das sein, was Weber den politischen Gesinnungsethiker nennt. Und umgekehrt gibt es Pflichtethiker, die trotzdem in die Politik gehen und sich als Meister des Taktierens erweisen. Der Verantwortungsbegriff muss aus der unglücklichen Gegenüberstellung gegen die Moralisierung der Parteipolitik befreit werden. Denn sonst kann der Eindruck entstehen, Politik bedürfe einer eigenen Ethik, die nur für die Politiker gilt. Das aber wäre das Eingangstor zu Haltungen, die das Gegenteil von dem bewirken, was Weber wollte, nämlich zu ethischer Sprachlosigkeit, ethischer Gedankenlosigkeit und ethischer Substanzlosigkeit der Politik.

ETHISCHE SPRACH- UND GEDANKENLOSIGKEIT

Ethische Sprachlosigkeit herrscht dort, wo Politiker sich auf den mit Mehrheit erteilten und durch die Verfassung legitimierten demokratischen Auftrag des Volkes stützen und trotzdem von den politischen Gesinnungsethikern erfolgreich als phantasielose Technokraten oder sogar als unmoralische Marionetten eines verselbstständigten Systems hingestellt werden, auf deren Entscheidungszwänge der Bürger ohnehin keinen Einfluss mehr habe. Wenn eine politische Minderheit die verfassungsmäßig legitimierte Regierung moralisch

denunziert, dann denunziert sie damit zugleich die Mehrheit des Volkes, für die diese Regierung politische Verantwortung beansprucht. Ein Politiker muss fähig sein, die Mehrheit, die ihn zur Repräsentation und zur Regierung beauftragt hat, gegen eine derartige Unterstellung zu verteidigen. Sonst hat er seinen Beruf genauso verfehlt wie derjenige, der nicht haushalten oder sich in Verhandlungen nicht durchsetzen kann. Ethische Sprachlosigkeit spielt den vorgeblichen Moralisten in die Hände, denn Schweigen deuten sie als Eingeständnis. Politik ist auch ein Kampf um Begriffe und bedarf der Artikulation auch in der geistigen Auseinandersetzung.

Schlimmer ist es, wenn hinter der ethischen Sprachlosigkeit oder hinter den sie verdeckenden Leerformeln ethische Gedankenlosigkeit steckt. Wer sich als Politiker keine Gedanken darüber macht, was eigentlich den Anspruch rechtfertigt, ein Volk zu repräsentieren, eine Ordnung zu bewahren und durchzusetzen, der nimmt seinen Auftrag als etwas Selbstverständliches hin; das ist allerdings ein gewichtiger Grund für die misstrauische Frage, ob er der richtige Beauftragte ist. Wer so regiert, regiert nach der Devise: „Regierungen muss es immer geben, darum muss es auch immer Regierende geben, und bevor die anderen es werden, werde ich es besser.“ Diese Devise steht im tiefen Widerspruch zu dem, was die Moderne an Rechtfertigung für Herrschaftsbeziehungen zwischen Menschen gedanklich entwickelt hat und was dem demokratischen Verfassungsstaat zugrunde liegt.

ANSPRÜCHE AN DIE POLITIK

Drei elementare Grenzmarkierungen helfen zu erkennen, ob ein Politiker fähig ist, sich über den ethischen Status seines Tuns vernünftige Gedanken zu machen:

1. Ein Politiker muss erkennen, dass der ethische Gesichtspunkt dem politischen Gesichtspunkt nicht entgegengesetzt ist. Das heißt, er muss jene Grundeinsicht gewonnen haben, die darin besteht, dass der ethische Gesichtspunkt, also die Beurteilung des Handelns unter den Kriterien „gut“ und „böse“, kein Sonderaspekt ist, der nur von Moralisten oder gewissen Intellektuellen vertreten wird. Wer einen Satz aufstellt wie den: „Ich würde gerne ethisch handeln, aber die politischen Zwänge (oder die wirtschaftliche Lage, die Globalisierung, der Wettbewerb und so weiter) lassen das nicht zu“, hat nicht verstanden, worin der ethische Gesichtspunkt besteht. Denn er ist der oberste Gesichtspunkt, der von jedem eingenommen werden muss, der sein Handeln überhaupt rechtfertigt. Wer also das Wohl seines Landes, seines Unternehmens, seiner Familie et cetera als letzten

Grund seines Handelns anführt, der vertritt damit eine ethische Auffassung, in deren Mittelpunkt eben Land, Unternehmen, Familie et cetera stehen. Darüber, ob seine Auffassung dann auch ethisch *richtig* ist, kann und muss gestritten werden – und zwar unter der Voraussetzung, dass eine vernünftige Begründung jedes menschlichen Handelns, also ethisches Handeln im politischen Raum, möglich ist.

2. Ein Politiker muss erkennen, dass sein Handeln auf dem Gewissen beruht. Das Gewissen ist nach der alten Formel des heiligen Augustinus „das Gesetz, das uns in die Brust geschrieben ist“. Wer sich auf sein Gewissen beruft, nimmt für sich nicht Unfehlbarkeit in Anspruch und ist kein Fanatiker. Er beruft sich vielmehr auf das, was jeder an seiner Stelle zu tun hätte. Er gibt damit zu erkennen, dass er bereit ist, sich für sein Handeln vor jedem Menschen zu rechtfertigen. Dieser universale Horizont, der Horizont der Verantwortung vor allen Menschen, darf aus dem politischen Handeln nicht ausgespart bleiben. Das setzt natürlich voraus, dass die alte Lehre vom irrenden Gewissen beibehalten wird.¹¹ Die endliche Vernunft des Menschen kann sich in der Anwendung der ethischen Grundsätze auf die Welt irren. Darum sind Gewissenskonflikte möglich, die durch rationale Überlegung und persönliche Reifung überwunden werden können. Die Berufung darauf, dass man gründlich und ernsthaft sein Gewissen geprüft hat, ist daher noch keine ausreichende Rechtfertigung einer politischen Entscheidung. Eben diesen Eindruck erweckt es jedoch, wenn in gesetzgeberischen Angelegenheiten, heute besonders in bioethischen Grundsatzfragen, von der „Gewissensentscheidung“ gesprochen wird.¹²
3. Die wichtigste Tugend des Politikers neben der klassischen „Tugend der Herrschenden“, der Gerechtigkeit, ist die Klugheit. Sie zeigt sich in der richtigen Einschätzung der konkreten Situation. Für den Politiker sind daher die Kenntnis der Geschichte, die realistische Einschätzung der handelnden Personen, denen er begegnet, und die Fähigkeit zum Kompromiss Qualitäten von ethischer Bedeutung, die für ihn bei der Gesamtabwägung seiner Handlungsmotive von größtem Gewicht sind. Vor allem zeichnet die Klugheit eines Politikers aus, sich stets dessen bewusst zu sein, dass er Amt und Auftrag seinem Volk verdankt und nicht seiner Mission für die Menschheit, für die künftigen Generationen oder sogar für die „Zukunft“ oder für die „Erde“. Wer den Republikanismus, also das Prinzip, dass die Regierung im Auftrag des Volkes und von niemandem sonst handelt, nicht begreift, denkt vormodern. Darum gibt es selbstverständlich keinerlei Recht eines demokratischen Politikers, die geschichtlich-kulturelle Substanz der Gemeinschaft, der er seine Legitimation verdankt, ohne expliziten Auftrag des Souveräns schleichend oder fanatisch bekennd zu verändern.

ERMÄCHTIGUNG ZUM GESINNINGSTERROR

Die weitaus größte Gefahr aber droht dem Gemeinwesen von der ethischen Substanzlosigkeit politischer Willensbildung. Alle ethische Sprachkompetenz bleibt bloße Eloquenz und alle Gewissensanstrengung ein braves Privatvergnügen, wenn es schließlich heißt: „Ja, das ist meine Überzeugung, und ihr gemäß werde ich persönlich so gut ich kann handeln, aber aufzwingen kann ich sie anderen, die eben andere Überzeugungen, andere Prägungen, vielleicht gar einen anderen kulturellen ‚Hintergrund‘ haben, natürlich nicht.“ Dieser oberflächliche Toleranz- und Offenheitsgestus ist unfreiwillig Einfallsstor und Ermächtigungsbasis für einen Gesinnungsterror. Jeder kennt und zitiert heute die „Böckenförde-Formel“, wonach der freiheitliche, säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er nicht garantieren kann,¹³ auf deren freie Ausbildung unter seiner Bürgerschaft er mithin angewiesen ist. Weniger bekannt ist die von demselben Autor hervorgehobene Rückseite dieser Medaille, nämlich die Einsicht, dass „politische Demokratie, um als solche bestehen zu können, notwendig ein gewisses Maß an gemeinsamen Grundauffassungen der Bürger über die Art und Ordnung ihres Zusammenlebens“ und damit eine „relative Homogenität“ voraussetzt; diese „zeigt sich als ein sozialpsychologischer Zustand, in welchem die vorhandenen politischen, ökonomischen, sozialen, auch kulturellen Gegensätzlichkeiten und Interessen durch ein gemeinsames Wir-Bewußtsein, einen sich aktualisierenden Gemeinschaftswillen gebunden erscheinen“.¹⁴ Es gibt, wenn man diese Einsicht konsequent bedenkt, keine demokratie- und republikfeindlichere Haltung als die, welche die eigenen Überzeugungen einem Relativismus opfert und jede beliebige Äußerung als Stimme im Konzert der satisfaktionsfähigen Auffassungen vom Sinn des Lebens und Zusammenlebens wertet.

EINIGKEIT ÜBER DAS UNABSTIMMBARE

Wenn die Demokratie und damit die Herrschaft der Mehrheit sich als gute, der Menschlichkeit zuträgliche Regierungsform versteht, dann kann sie die Maßstäbe für das, was gut und menschenwürdig ist, nicht auf Mehrheitsabstimmung und auch nicht auf Minderheitenschutz gründen, ohne sich im Zirkel der Selbstermächtigung zu verabsolutieren; sondern dann muss es eine „Einigkeit über das Unabstimbare“¹⁵ geben, deren Begründung und Bewahrung die unabdingbare ethische Substanz des Gemeinwesens ausmachen. Diese Einigkeit ist in der Grundform der freiheitlichen Verfassung niedergelegt als

die Ordnung der Grundrechte der Bürger, in die auch per Mehrheitsbeschluss nicht eingegriffen werden darf und die nicht zur Disposition von noch so hehren Wünschen stehen kann.

Der moderne Rechtsstaat vermag Leben, Freiheit und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Das ist und bleibt das Kriterium seiner Existenzberechtigung. Es gibt keine ethisch in irgendeiner Weise qualifizierbaren „Staatsziele“, die es ihm erlauben würden, seinen Bürgern anders als in der Rolle des Gewährleisters ihrer Grundrechte entgegenzutreten. In die höchsten Staatsämter gehören Bürger, die sich und ihre Mitbürger vor dem Staat zu schützen und diesen in jeder Hinsicht zu begrenzen und kontrollieren fähig sind.

¹ Max Weber: Politik als Beruf, in: Gesammelte politische Schriften, 3. Aufl., Tübingen 1971, Seite 505–560.

² Ebd., Seite 551.

³ Ebd., Seite 552.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd. Seite 557.

⁶ Ebd. Seite 558.

⁷ Vergleiche hierzu auch die brillanten Analysen bei Hermann Lübke: Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft, Berlin 1987: „Statt der Ansicht und Absicht des politischen Gegners mit Sachargumenten oder auch mit moralischen Argumenten zu widersprechen, qualifiziert man moralisierend die Person dieses Gegners und gibt sich öffentlich erstaunt oder empört, was für einer er doch sei. Statt eine Ansicht zu tadeln, tadelt man, sie zu haben, und statt eine Absicht zu rügen, erklärt man, hier sehe man doch, um wen es sich handelt“ (Seite 38, 54).

⁸ Max Weber: Politik als Beruf, Seite 551.

⁹ Ebd., Seite 559.

¹⁰ Thomas Sören Hoffmann/Walter Schweidler (Hrsg.): Normkultur versus Nutzenkultur, Berlin 2006.

¹¹ Vergleiche dazu etwa Martin Rhonheimers Einführung zu Thomas von Aquins Gewissens-
theorie in: Robert Spaemann / Walter Schweidler (Hrsg.): Ethik. Lehr- und Lesebuch,
Stuttgart 2006, Seite 175 ff.

¹² Vergleiche hierzu Walter Schweidler: Über Menschenwürde, Wiesbaden 2012, Kapitel IV c.

¹³ Ernst-Wolfgang Böckenförde: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum
Verfassungsrecht, Frankfurt am Main 1976, Seite 60.

¹⁴ Ernst-Wolfgang Böckenförde: Staat, Verfassung, Demokratie. Studien zur Verfassungstheorie
und zum Verfassungsrecht, Frankfurt am Main 1991, Seite 348.

¹⁵ Ebd., Seite 350.

Das gute Leben

Hin zu den Glücksgütern, weg vom Hamsterrad

MAX A. HÖFER

Geboren 1959 in Stuttgart, Politologe und Publizist, Ressortleiter von „Capital“ und von Anfang 2006 bis Ende 2009 Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, leitet die Agentur höfermedia, Berlin (2010).

Eine wichtige Frage erobert die politische Agenda: die Frage nach dem „guten Leben“. Immer mehr Menschen überlegen sich, was ihnen der alltägliche Lauf im Hamsterrad eigentlich bringt. Obwohl sich seit den 1960er-Jahren das Bruttoinlandsprodukt verfünffacht hat, nahm das Lebensglück der Deutschen, wie es etwa der Eurobarometer erhebt, nicht im selben

Umfang zu. Vielmehr stagniert die Lebenszufriedenheit, von einigen Auf- und Abs abgesehen. Dieser Befund gilt für alle reichen Industriestaaten.

Den meisten von uns geht es gut, wir haben eigentlich mehr Freizeit als früher, aber die psychische Arbeitsbelastung nimmt zu, wie zuletzt der Stressreport der Bundesregierung belegte. Das Arbeitstempo, der Veränderungsdruck und die Anforderungen wachsen. Dem stehen jedoch nur marginale Reallohngewinne gegenüber, und ob es jetzt vierzehn Geruchsrichtungen für WC-Spüler oder dreißig neue Joghurtsorten mehr gibt, beeinflusst die Zufriedenheit nicht wirklich. Unserem Wirtschaftssystem gelingt es immer weniger, die Vorteile von technischem Fort-

schritt und Produktivität in „glückbringenden“ Wohlstand umzusetzen.

Ein Grund für das weitverbreitete Unbehagen ist der Rendite- und Effizienzdruck, der sich in einer zunehmenden Beschleunigung aller Lebensverhältnisse und in einem regelrechten Optimierungswahn niederschlägt. So haben die Menschen mittlerweile das Vertrauen in die Lebensmittelindustrie weitgehend verloren. Was haben wir davon, wenn ein Masthähnchen, das einmal siebzig Tage leben durfte, bis es sein Schlachtgewicht erreichte, heute nur noch 44 Tage dafür brauchen darf, und künftig nur vierzig Tage oder 35 Tage? Wann ist Schluss? Schmeckt das Fleisch dann besser? Wahrscheinlich nicht, denn für diese Ertragssteigerung muss es mit noch mehr Wachstumshormonen und Antibiotika vollgestopft werden. Wie viel Sinn ergibt es, in unserem Konsumverhalten einfach weiterzumachen wie bisher? Vieles schmeißen wir kaum gebraucht weg, darunter 800.000 Tonnen Kleidung, 6,7 Millionen Tonnen Lebensmittel und eine Million Tonnen noch funktionsfähige Elektronik im Jahr. Lohnt es sich, dafür länger und härter zu arbeiten?

TEMPO IN DER TRETMÜHLE

Unsere Gesellschaft ist – trotz vieler sozialer Probleme – übersättigt. Wir sind überarbeitet und schaffen es zu selten, Arbeit und Konsum zu entschleunigen, um dadurch echte Lebensqualität zu gewinnen. Mit der ungebremsten Produktion von immer mehr Gütern gefährden wir einerseits unsere ökologischen Lebens-

grundlagen. Aber es gibt auch eine andere, eine sehr menschliche Seite der Wachstumsdynamik: Sie untergräbt die Grundlagen des guten Lebens. Trotz aller Produktivitätsschübe treten die Menschen nicht kürzer, sondern das Tempo in der Tretmühle wird stetig schneller. Am besten sieht man es an den Topmanagern: Ihre Leistungsdisziplin atmet einen Korpsgeist, der wie nie zuvor auch alles Private dem Erfolg unterordnet. Der moderne Manager hat niemals frei und niemals Zeit, er ackert, als gäbe es kein Morgen. Ständig verfügbar zu sein und für die Arbeit zu leben, ist bis ins mittlere Management hinein zum Statussymbol geworden.

Wir stecken mitten in einem Steigerungswettlauf, der uns zu immer neuen Höchstleistungen antreibt. Wir sollen immer und überall ein bisschen besser werden. Im Beruf erfolgreicher, zu Hause bessere Partner, bessere Eltern, besser aussehend, fitter, gesünder. Was muss nicht noch alles optimiert werden: der Körper (mit Schönheitsoperationen), das Hirn (mit Drogen und Gehirndoping), das Essen (mit Functional Food), das Trinken (mit Energydrinks), der Sex (mit Viagra), das Lernen (mit Schnellesetechnik), die Moral (mit 360-Grad-Total-Feedbacks), das Soziale (mit Facebook). Jede einzelne dieser Optimierungen verspricht, unser Leben zu erleichtern. Aber wir wissen inzwischen, dass sie das nicht tun. Sie erhöhen den Druck, sie machen die Zeit schneller, sie lassen uns nicht zur Ruhe kommen. Viele Lebensbereiche, sagt der Soziologe Hartmut Rosa, „kommen uns vor wie Rolltreppen, die nach unten fahren“. Selbst wenn wir nur auf derselben Höhe bleiben wollen, müssen wir die Treppe hochlaufen.

PURITANISCHE SELBSTVERBESSERUNG

Woher kommt diese Ruhelosigkeit? Warum kann der Kapitalismus, der viel zu unserem Wohlstand beigetragen hat, nicht genug kriegen und warum muss er alles einer unbedingten Nutzenmaximierung unterziehen? Der Soziologe Max Weber hat vor hundert Jahren die Entstehungsgeschichte des modernen Kapitalismus beschrieben. An seiner Wiege standen die Puritaner. Sie machten aus Menschen, die „von Natur aus einfach leben wollen, wie sie zu leben gewohnt sind, und nur so viel erwerben, wie dazu erforderlich ist“, Berufsmenschen, die den Sinn ihres Lebens in der Optimierung ihrer Arbeitsleistung sehen und ihr Leben als ständige Selbstverbesserung begreifen.

Der Mensch soll leben, um zu arbeiten, und nicht arbeiten, um gut zu leben. Das war der Bruch mit dem Ideal eines maßvollen Lebens, wie es im frühen Christentum oder in allen großen, global bedeutsamen Kulturtraditionen gepflegt worden war. Seither ist Zeit Geld, und wer seine Zeit nicht optimal nutzt, sündigt und bewährt sich nicht. Die neoklassische Ökonomie hat das puritanische Prinzip der Nutzenmaximierung übernommen und sogar radikalisiert: Mehr ist besser als weniger, lautet eine Grundregel. Sie ist die Formel zur unbegrenzten Steigerung. Wir entscheiden uns, vor die Wahl zwischen mehr und weniger gestellt, immer für mehr. In der Ökonomie gibt es keinen „guten“ oder „schlechten“ Konsum, sie hat auch keinen Begriff vom „guten Leben“. Ob eine Gesellschaft geschlossen bei McDonald's isst oder Slow Food genießt, das eine ist ihr so richtig

wie das andere. Ob die Schüler ihr Pausenbrot verzehren oder Crack rauchen – beides sind „revealed preferences“, und für beide gilt die Maximierung: Mehr ist besser als weniger.

VERNACHLÄSSIGTE GLÜCKSGÜTER

Dieser „puritanische Geist“ hat unsere Mentalität tief geprägt und trägt bis heute dazu bei, dass wir der Arbeit und dem beruflichen Erfolg zu viel Bedeutung beimessen und darüber andere Glücksgüter vernachlässigen. Umfragen zeigen, dass die Menschen gern weniger arbeiten würden und mehr Zeit mit der Familie und mit Freunden verbringen möchten. Angesichts der erreichten Produktivität müsste das leicht möglich sein. Um dem guten Leben näher zu kommen, muss unsere Managementkultur aufhören, den Typus des Workaholics zu bevorzugen. Für eine bessere Work-Life-Balance benötigen wir in den Unternehmen obligatorische Teilzeitmodelle, Betriebskindergärten, Jahres- und übertragbare Lebensarbeitszeitkonten, Auszeiten, Familienfreundlichkeit.

Weniger Arbeit würde aber auch weniger Einkommen bedeuten. Die Kunst besteht darin, den Ausfall beim Einkommen durch eine glücklichere Lebensbalance auszugleichen. Angenommen, wir verbringen die gewonnene Zeit mit den Kindern, dem Hobby oder etwas Sport, dann ist die Zufriedenheitsbilanz schon positiv, solange wir es auch schaffen, aus diesen Bereichen den Optimierungsgedanken ein für alle Mal zu verbannen. Für höhere und mittlere Einkommen sind moderate Einkommenseinbußen unprobl-

ematisch, für Geringverdiener nicht. Einige schlagen deshalb ein Grundeinkommen vor, das jedem Bürger zusteht und ihn zu einer Art Zuwendungsempfänger macht. Das ist keine Lösung, denn Geld ist kein Glücksgut, sondern nur Mittel, um Glücksgüter zu erwerben. Man kann aber auch Drogen und Fast Food davon kaufen. Das Grundeinkommen sollte nicht blindlings in den normalen Konsum fließen.

ARBEIT UND FAMILIE

Die Glücksforschung zeigt, dass Sachleistungen des Sozialstaats eine größere Lebenszufriedenheit bei den Bürgern bewirken als Geldleistungen. Schweden, das den Schwerpunkt auf Sachleistungen legt, verzeichnet viel höhere Zufriedenheitswerte als etwa Italien, das primär auf Geldtransfers setzt. Diese Erfahrungen sprechen dafür, sich Gedanken zu machen, wie Staat und Gesellschaft zum guten Leben gerade auch der eher Bedürftigen beitragen können.

Mehr Geld löst die Probleme nicht, erst recht nicht mehr Konsum. Die Probleme liegen heute in der Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen, in desolaten Familienverhältnissen, in Antriebschwäche, im Ausgeschlossenheit. Um dies anzugehen, benötigt der Sozialstaat eine Idee des guten Lebens: Welche Lebensumstände sind für ein Kind gut und welche sind schlecht. Psychische Störungen sind heute bei Kindern weit verbreitet: In den 1970er-Jahren war das mittlere Ersterkrankungsalter für eine Depression 25 Jahre, heute liegt es bei neunzehn Jah-

ren. Auch bei Angststörungen und Suchterkrankungen rutschte das Alter nach vorn. Das hat mit den erodierenden Familienstrukturen zu tun: Die Scheidungsrate steigt, die haltgebenden Tagesabläufe lösen sich auf. Was allein Fernsehen, Videospiele und Internet in Kinderzimmern anstellen können, wenn die Familie versagt, das weiß der Sozialstaat zwar, aber davor kapituliert er auch. Am Ende des Tages bezahlt das Sozialamt alles, was zum Normalkonsum gehört, auch Spielkonsolen. Dem Glück dient das nicht.

Würden wir das „Glück“ der Kinder zur ersten Priorität machen, dann würden wir die Arbeitswelt nach den Bedürfnissen der Familien ausrichten und nicht umgekehrt. Geringverdiener haben heute mehr Stress als früher. Trotz der Erfolge der Arbeitsmarktreformen finden Arbeitslose häufig nur Jobs von kurzer Dauer. Der Niedriglohnsektor wächst, und der Anteil an befristet oder geringfügig Beschäftigten und Leiharbeitern hat deutlich zugenommen. Die 24/7-Kultur der ständigen Erreichbarkeit lastet vor allem auf den Schultern der Billigjobber. Diese Trends sind für deren Familien sehr schlecht, denn alle Familienmitglieder leben im Gefühl ständiger Unsicherheit. Wir sollten diese Trends daher nicht auch noch fördern. Das wachsende Heer prekärer Arbeitsverhältnisse muss einen Gutteil des wirtschaftlichen Strukturwandels und der Flexibilisierung tragen. Die Glücksforschung hat in vielen Studien nachgewiesen, wie eminent wichtig ein stabiles Arbeitsverhältnis für das Selbstwertgefühl jedes Menschen ist. Es geht dabei nicht um steile Karrieren oder „Helden der Arbeit“, sondern um Konstanz im Beruf und um das Bewusstsein, die eigene Familie ernähren zu können und einen sinnvollen

Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten. Insofern ist Arbeit ein wichtiges Glücksgut geworden.

MASS UND BALANCE

Die Idee der Glücksgüter stammt von Aristoteles. Dazu zählte er Freundschaft, Nachkommen, Gesundheit, Vermögen, Schönheit, physische Stärke und ein günstig gestimmtes persönliches Schicksal. Diese nicht vollständige Liste zeigt schon, dass Aristoteles nicht davon ausging, dass jeder Mensch zu hundert Prozent glücklich werden könne. Würden wir alle Glücksgüter maximieren, würden wir nicht glücklich werden, sondern unsere Balance verlieren. Wer sich nur für die Familie aufopfert, ist genauso einseitig wie jemand, der auf Kinder der Karriere wegen verzichtet. Glücksgüter sind kein Mittel zum guten Leben, sie sind Teil des guten Lebens. Jeder sollte versuchen, das richtige Maß für sich zu finden. Vieles haben wir in gewissem Umfang selbst in der Hand: Das Gelingen unserer Partnerschaft oder der Erfolg im Beruf hängen natürlich auch von unserem persönlichen Verhalten ab. Bei vielen Glücksgütern ist es aber auch nötig, dass die Gesellschaft umsteuert, indem sie sich vom reinen Wachstums- und Steigerungskurs abwendet.

Der Staat hat die Glücksgüter nicht zu garantieren, sondern die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Glücksgüter besser erreichbar sind. Es geht also beim „guten Leben“ nicht um einen neuen Paternalismus, sondern um ein Umsteuern: Warum subventioniert der Staat den Verkehr – von der Steuerfreiheit für Flugbenzin bis zur Entfernungspauschale – heute genauso wie zu Zeiten des Wirtschaftswunders? Die Glücksforschung hat ergeben, dass das längere Pendeln vom Wohnort ins Büro ein großer Glückskiller ist. Schon ab 200 Kilometer Fahrtweg pro Woche steigt die Unzufriedenheit signifikant an. Da wäre es doch besser, Glücksgüter zu fördern: Warum sind Kindergärten so teuer, aber die Milliardengewinne des Hochfrequenzhandels an den Börsen bleiben steuerfrei?

Die aktuelle Debatte über das „gute Leben“ fragt endlich danach, wie wir leben wollen. Sie fordert keine Kultur des Verzichts, sondern eine Neubestimmung unserer Prioritäten: hin zu Glücksgütern, weg vom Steigerungskonsum und raus aus den Tretmühlen. Das Ziel ist ein Leben mit mehr Selbstbestimmung und Zufriedenheit.

Literatur:

Max A. Höfer: *Vielleicht will der Kapitalismus gar nicht, dass wir glücklich sind?*, Knaus Verlag, München 2013.

Wenn plötzlich alles weg ist

Die Flutkatastrophe aus Theologen- und Augenzeugensicht

JÖRG ULRICH

Geboren 1960 in Stuttgart, Universitätsprediger der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Am 9. Juni 2013 leitete er den Gottesdienst in der Marktkirche „Unser lieben Frauen“ zu Halle, in dem der vielen vom Hochwasser betroffenen Menschen gedacht wurde. Bundespräsident Joachim Gauck besuchte den Gottesdienst.

Herr Professor Ulrich, Psalm 69, wohl ein Klagewort König Davids, stand am Anfang des Gottesdienstes am vorigen Sonntag in Halle: „Gott, hilf mir, das Wasser geht mir bis an die Kehle!“ Die schlimme Erfahrung von Flutkatastrophen, die viele Menschen im Raum Halle und in anderen Regionen Deutschlands jetzt neu durchleben, ist uralte. Können Sie auch im Lichte

Ihrer Erlebnisse beschreiben, was diese Erfahrung für Betroffene und Helfer bedeutet?

Jörg Ulrich: Die Flutkatastrophe ist in der Tat eine elementare Erfahrung. Die davon ausgehenden Gefährdungen und Verluste werden bei den Menschen in allen Zeiten wohl ähnliche Gefühle ausgelöst haben. Selbst wenn uns hier in Halle das Wasser nicht immer bis an die Kehle ging, sondern vielleicht nur bis ans Knie. Wer in diesen Tagen Psalm 69 liest, dem kommt die Sprache, die uns die Bibel für eine solche Situation zur Verfügung stellt, besonders nahe, vielleicht näher, als man das will. Sind wir doch hier mit der grundsätzlichen Botschaft von der Brüchigkeit des menschlichen Lebens konfrontiert.

Auch jetzt sind es die Gefühle von Angst und Ohnmacht, die die Betroffenen besonders bewegen. Der Eindruck, man



Regionalbischof Johann Schneider (links) und Jörg Ulrich (Mitte) beim Gottesdienst in Halle am 9. Juni 2013. Quelle: HalleSpektrum, Foto: Enrico Seppelt.

kann nichts dagegen tun, wiegt schwer. Dann schmerzt der Verlust von elementarem Eigentum, von vertrauten Dingen, die man bisher wie selbstverständlich um sich hatte – eigenes Mobiliar, eigene Bücher oder Bilder. Vieles von dem, was man sich aufgebaut hat, ist plötzlich dahin: die Wohnung, die man sich schön eingerichtet hatte, das Geschäft, das man mühsam in Gang gebracht hatte und das jetzt eigentlich ganz gut lief, kommt durch die enormen Schäden zum Erliegen. Es bedeutet auch die Bewältigung von Schwierigkeiten im Alltäglichen, etwa wenn Schulen oder Kindergärten geschlossen sind. All das wird mit großem Improvisationsgeist aufgefangen, ist aber natürlich mit erheblichen Anstrengungen verbunden.

Und die Helfer?

Jörg Ulrich: Es haben ungeheuer viele Menschen geholfen und mit angepackt, das war schon sehr eindrucksvoll. Aus erster Hand weiß ich von den Studentin-

nen und Studenten unserer Universität, dass die Auseinandersetzung mit der Gefahr, die ihnen plötzlich gegenüberstand, eine wesentliche Rolle spielte. Aber da sind auch andere elementare Erfahrungen, zum Beispiel die Erschöpfung, wenn man Tag und Nacht Sandsäcke gefüllt und geschleppt hat, wie auch das schöne Gefühl, gemeinsam etwas getan zu haben, und der Stolz, ein Unglück zumindest teilweise abgewendet zu haben.

Wie verändert eine Flutkatastrophe biblischen Ausmaßes das Leben der Betroffenen?

Jörg Ulrich: Natürlich verändert sie das Leben in einem starken Maße. Nach der Katastrophe stehen Neuanfänge bevor. Es geht um Wiederaufbau und Wiederbeschaffung. Man fragt sich: Wie kann es weitergehen? Wo kann ich wieder neu ansetzen? Woher bekomme ich Hilfe?

Die Verunsicherung, die mit dem Erlebnis der Flut und ihren materiellen Schäden einhergeht, wirkt sich natürlich



Quelle: HalleSpektrum, Foto: Enrico Seppelt

auch psychologisch aus. Es ist der Zusammenbruch von scheinbar Selbstverständlichem, also: Ich verlasse wie jeden Tag morgens mein Haus und gehe davon aus, dass es am Abend, wenn ich zurückkomme, noch genauso dasteht. Aber nun kehre ich zurück und muss feststellen, dass es in einem unbewohnbaren Zustand ist.

Hier kommt ins Spiel, was ich eben mit der Brüchigkeit des menschlichen Lebens gemeint habe. Als Universitätsprediger weise ich in jeder zweiten oder dritten Predigt darauf hin. Dass es aber wirklich auch das eigene Leben sein kann, das brüchig und verletzlich ist, das kommt vielen erst in einer Katastrophe wie dieser zu Bewusstsein.

Ein wenig deuten Sie an, dass ein Ereignis wie die Flut dazu beitragen kann, die Grundorientierungen im Leben zu schärfen?

Jörg Ulrich: Ja, man besinnt sich wieder neu auf die Dinge, die wirklich im Zentrum stehen. Gut lässt sich das festmachen

an der Stärke von Gemeinschaft und Solidarität, die neu erlebt worden ist. Was beispielsweise unter „Nachbarschaftshilfe“ verstanden wird, hat jetzt eine ganz andere Dimension bekommen.

Und bezogen auf unsere Gesellschaft: Kann das Hochwasser zu einem Sinneswandel oder – lutherischer – zur Umkehr beitragen?

Jörg Ulrich: Auf einer gedanklichen Ebene könnte man so etwas wie „Umkehr“ in den Blick nehmen. Wenn es aber um die praktische Umsetzung geht, halte ich das für schwierig. Da bin ich, vielleicht sogar in Fortführung einer gewissen lutherischen Linie, eher wenig optimistisch. Ob der Mensch also tatsächlich je vernünftiger wird, ist mir nicht so klar.

Man hat es nach 2002 gesehen und sieht es schon jetzt, dass die Menschen sagen: Wir müssen mehr tun. Wir brauchen mehr Deiche und Retentionsflächen. Aber wenn es darum geht, dass „meine“ Aussicht verstellt oder „mein“ Acker zum

Flutungsgebiet werden soll, dann will niemand seine persönlichen Interessen zurückstellen.

Also, viel Solidarität in der konkreten Notlage! Aber kein Zusammenhalt zur Abwendung abstrakter Zukunftsrisiken?

Jörg Ulrich: Ich sehe erhebliche Probleme bei der politischen Durchsetzung – gerade in unserer Gott sei Dank demokratischen und damit interessenpluralen Gesellschaft, die größte Schwierigkeiten damit hat, einen Konsens über Maßnahmen zu finden, die möglicherweise zulasten Einzelner gehen, selbst wenn sie darauf abzielen, Unglück für die Gesamtheit abzuwenden.

Woher sollen die Betroffenen die Kraft nehmen, nach der zweiten „Jahrhundertflut“ innerhalb von elf Jahren wieder neu anzufangen? Nicht alle sind so leidensfähig und gottesfürchtig wie Hiob!

Jörg Ulrich: Ja, und selbst der war nicht immer so gottesfürchtig, wie wir aus dem Hiob-Buch wissen. Zum Teil hat sich das Hochwasser dieses Mal andere Orte gesucht, aber beispielsweise im Mulde-Tal hat es die Menschen in der Tat zum zweiten Mal in kurzer Zeit voll erwischt. Und bei ihnen ist zu befürchten, dass es schwieriger werden wird, neue Kraft zu schöpfen. Denn die psychische Barriere, nach nur elf Jahren erneut mit dem Wiederaufbau zu beginnen, liegt natürlich deutlich höher. Jeder wird sich fragen: Für wie lange soll es denn diesmal sein? Da kommt so eine Art Sisyphos-Angst auf, dass der hinaufgeschaffte Stein ja doch nur wieder herunterrollt.

Wenn man jetzt positiv fragt, woher die Menschen ihre Kraft nehmen, dann ist es vor allem die empfangene persönliche Anteilnahme und Solidarität, die guttun und ermutigen. Das kann die Nachbarschaftssolidarität, aber auch die überregionale Hilfsbereitschaft sein, wie die erheblichen Förderprogramme, die aufgelegt worden sind. Und für die, die im christlichen Kontext unterwegs sind, bedeutet die erfahrene Solidarität aller Helfer auch ein starkes Glaubenszeugnis, das durchaus Mut macht.

Gott sei Dank gibt es hauptsächlich Schäden an Hab und Gut zu beklagen. Dürfen die Menschen darum trauern? Oder anders gefragt: Welchen moralischen Wert können materielle Werte für sich beanspruchen?

Jörg Ulrich: Ob ich vom „moralischen“ Wert sprechen würde, weiß ich nicht, aber materielle Werte können und dürfen durchaus einen persönlichen Wert haben. Nämlich in der Weise, dass sie eine Lebensgrundlage sind. Ich würde hier denken an die Auslegung des ersten Artikels des Glaubensbekenntnisses über Gott als Schöpfer in Martin Luthers *Kleinem Katechismus*. Danach gehört alles, was zur Erhaltung des Lebens und zu Bewältigung des Alltags nötig ist, zu Gottes Gaben, wobei Luther hier aufzählt: Kleider, Schuhe, Haus, Hof, Vieh, Weib et cetera.

Und Luxus? Es muss ja nicht gleich Maserati oder Porsche sein.

Jörg Ulrich: Auch beim Luxus würde ich das Kriterium des ideellen Wertes anlegen. Wenn es sich beispielsweise um den Schmuck der verstorbenen Großmutter

handelt, dann darf man um den Verlust durchaus trauern. Wenn es Dinge sind, die der Maßlosigkeit oder dem Übermaß geschuldet sind, dann kann man den Betroffenen durchaus fragen: Ist denn der Verlust wirklich so schrecklich, wie du denkst? Geht es im Leben nicht um ganz andere Dinge? Meinst du nicht, dass du auf einen deiner drei Maseratis verzichten könntest?

Klingt das Kirchentagsmotto „Soviel du brauchst“ mit seiner doch leicht materialismusskeptischen Note heute anders, wenn viele Tausend Menschen unter hohen materiellen Verlusten leiden?

Jörg Ulrich: Das hängt davon ab, wie man das Kirchentagsmotto versteht, wobei es für mich dazu eingeladen hat, sich eine relative innere Freiheit von den materiellen Dingen zu bewahren und zu sehen, was wir alles im Übermaß haben. Die Frage, was das rechte Maß ist, hat uns interessiert. Und natürlich die Besinnung darauf, dass der Mensch viel mehr ist als das, was er hat. Insofern habe ich den Kirchentag nicht nur materialismusskeptisch verstanden, sondern eher skeptisch gegenüber einer Identifikation des Menschen mit seinem Besitz.

Das ändert selbstverständlich nichts daran, dass die materiellen Verluste beim Hochwasser schlimm sind. Etwas anderes zu behaupten, wäre zynisch. Trotz allem verhilft uns das Kirchentagsmotto, die Relationen zu wahren. Es sind bei uns Gott sei Dank alle mit Leib und Leben davongekommen. Wir haben enorme Hilfe erfahren. Im Handumdrehen sind milliardenschwere Hilfsprogramme bereitgestellt worden. Sieht man das beispiels-

weise im Verhältnis zu der fürchterlichen Tragödie in Syrien oder zur Situation in den Hunger- und Flüchtlingsgebieten dieser Welt, dann muss man gerechterweise sagen: Wir haben immer noch so viel, wie wir brauchen. Und denjenigen, denen es jetzt schlecht geht, muss im Rahmen unserer großen Möglichkeiten geholfen werden. Aber dass an anderen Orten ebenfalls Hilfe nötig ist, sollten wir darüber nicht vergessen.

Das Lukas-Evangelium (12,24) rät dazu, sich nicht zu sorgen und es zu tun wie die Raben, die weder säen und ernten, auch keine Keller und Scheunen haben. Da ist von „der falschen und rechten Sorge“ die Rede. Wie falsch oder wie richtig ist die menschliche Vorsorge beispielsweise gegen erneute Hochwasser?

Jörg Ulrich: Man muss schon unterscheiden zwischen „Sorge“ und „Vorsorge“. Und da ist Vorsorge natürlich eine kluge Sache. Jeder vernünftige Mensch hat beispielsweise eine Haftpflichtversicherung. Wir gehen mit unserem Auto zum TÜV, um sicher zu sein, dass die Bremse auch funktioniert. Insofern ist Lukas 12 bestimmt kein Plädoyer für Fahrlässigkeit. Aber wenn ich mich permanent sorgen und gräme, dann wird „Sorge“ etwas ungeheuer Unproduktives, sogar Lähmendes und steht der Bewältigung der Zukunft im Wege. Dagegen richtet sich die Grundbotschaft des Evangeliums: Denn wenn es stimmt, dass die Welt schon längst gerettet ist – obwohl es für uns nicht immer so aussieht –, dann muss ich mir um die Unbill, die mich jeden Tag treffen könnte, nicht ständig sorgen, sondern kann davon befreit agieren.

Kaufen und Moral

—
Über die Neujustierung der Konsumentenfreiheit

DAVID GREGOSZ

Geboren 1983 in Leinefelde, Koordinator für Internationale Wirtschaftspolitik, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konsum und persönliche Lebensgestaltung gehören zusammen. Sie sind Komponenten der wirtschaftlichen Grundrechte. Ludwig Erhard hat 1957 in seiner Schrift *Wohlstand für Alle* formuliert, dass die Freiheit des Staatsbürgers auch darin bestehe,

„das zu konsumieren und sein Leben so zu gestalten, wie dies – im Rahmen der finanziellen Verfügbarkeiten – den persönlichen Wünschen und Vorstellungen des einzelnen entspricht“.

Diese grundgesetzlich abgesicherte Konsumentenfreiheit nutzen die Deutschen ausgiebig. Auch im laufenden Jahr ist nach Angabe der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Nürnberg mit steigenden Ausgaben zu rechnen.

2012 flossen vom durchschnittlich verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen in Höhe von 2.922 Euro circa 75 Prozent in den Konsum – für Ernährung, Wohnen, Bekleidung, Reisen und Freizeit. Insgesamt beliefen sich die privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen auf 1,52 Billionen Euro.¹ Circa fünfzehn Prozent wurden für nicht-konsumtive Zwecke, das heißt etwa für Versicherungsbeiträge, Zinszahlungen für Kredite oder Unterhaltszahlungen, verwendet. Zehn Prozent des verfügbaren Einkommens dienen der Ersparnisbildung.²

MACHT KAUFEN NOCH GLÜCKLICH?

Vor allem wegen der besonders hohen Beschäftigtenzahl von 41,9 Millionen (viertes Quartal 2012) haben die Deutschen durchschnittlich mehr Geld in der Tasche – zumal 2012 die Tariflöhne mit 2,7 Prozent so stark stiegen wie seit drei Jahren nicht mehr. Das wirkt sich positiv auf die Kaufkraft aus. So positiv diese Entwicklungen sind, manch einer scheint sich nicht wirklich darüber zu freuen. Konsum hat in manchen Kreisen etwas Despektierliches erhalten. Vor allem wird gefragt, ob Konsum wirklich „glücklich“ macht und ob er unsere Lebensgestaltung wirklich verbessert.

Nimmt man allein die deutsche Kaufkraftentwicklung oder die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern zur Grundlage, dann geht es uns heute enorm viel besser als vor Jahrzehnten: „Die Kaufkraft der Nettostundenverdienste hat sich im Nachkriegsdeutschland mehr als verfünffacht: Ein Warenkorb, der 1950 noch dem Gegenwert einer vollen Stunde Arbeit entsprach, ist heute bereits nach elf Minuten verdient.“⁴³ So sind beispielsweise inzwischen rund neunzig Prozent der privaten Haushalte in Deutschland mit einem Mobilfunktelefon ausgestattet. Ökobilanztechnisch ist darin wohl kein Fortschritt zu sehen. Allgemeine Freude herrscht hingegen mit Sicht auf die Lebensqualität darüber, dass sich die Arbeitszeiten in den letzten Jahren deutlich zugunsten von mehr Freizeit reduziert haben. Dass diese Entwicklung, die gewiss auch einen Wohlstandsgewinn darstellt, in offiziellen Statistiken bisher kaum Berücksichtigung findet, wird zu Recht kritisch angemerkt.

Dabei ist das Verständnis des Konsumbegriffes nicht rein materiell und individuell bestimmt. Zwar bedeutet er, „wirtschaftliche Güter und Dienstleistungen zu erlangen und privat zu nutzen“, und bezieht sich „auf die Einkommensverwendung, die Marktentnahme und Nutzung von Konsumgütern“. Zugleich sind dies nicht „einfach isolierte Entscheidungen eines Individuums. Vielmehr ist der Konsum hinsichtlich der Bedürfnisse, der Produkte und der Ausrichtung auf andere Personen sozial geformt, er entwickelt sich in Abhängigkeit von individueller Sozialisation, Trends und Moden.“⁴⁴

ÜBERFORDERUNG BEIM KONSUM

Wer von Konsum spricht und damit nur eine zufriedenstellende Konsumgüterausstattung der Haushalte versteht, greift in der Tat zu kurz. Gesellschaftliche Einflüsse spielen ebenso eine Rolle. Sie führten ganz offensichtlich dazu, dass auch der wirtschaftlich freie Staatsbürger der Zeiten Erhards ein anderer war als der von heute. Der Verbraucher ist sich seiner Verantwortung bei Konsumentscheidungen gewiss deutlich bewusster, als es früher der Fall war – ohne allerdings stringent danach zu handeln. Wenn man es sich leisten kann,

steigt man eben doch ins Flugzeug, um privat zu verreisen.⁵ Im Geschäft bleibt der Preis oft das ausschlaggebende Argument. Dennoch steigt der Druck, bei der Herstellung von Bekleidung beispielsweise bestimmte Standards einzuhalten. Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen oder auch bestimmte Formen der Nahrungsmittelproduktion und Nahrungsmittelbehandlung werden zunehmend abgelehnt. Man fordert mehr Transparenz entlang der Wertschöpfungsketten und hinterfragt – oft abstrakt – Essgewohnheiten und Mobilitätsformen.

Es scheint also, als stünden Verbraucherfreiheit und Verbraucherverantwortung vor einem neuen und prekären Spannungsverhältnis: Soll man beispielsweise das neueste Smartphone erwerben, obwohl man um die mangelnden Arbeitsstandards bei Zulieferern weiß? Mindestens steht der Verbraucher mehr denn je vor der Aufgabe, Informationen einzuholen und zu bewerten, um verantwortlich entscheiden zu können. Allerdings ist fraglich, ob das bei der Vielzahl alltäglicher Konsumententscheidungen zeitlich und sachlich überhaupt möglich ist.

Der Otto Normalverbraucher beantwortet dieses Dilemma mit einem ökologisch ambivalenten Patchwork-Lebensstil. Er trennt den Müll, kauft als Stadtmensch möglichst Bioprodukte, prüft aber nicht in gleichem Maße andere Kaufgewohnheiten. Wie verlockend ist da der Ruf nach der Politik, die die schwierige Entscheidungsfindung des überforderten Verbrauchers mit einer Regel- und Kontrollflut, besonders aber durch Preissteuerung strukturieren könnte. Wir erkennen heute, dass der einstige Versuch von „fünf D-Mark pro Liter Normalbenzin“ keine Absurdität war – und gehen nicht jüngste Debatten um eine Plastiktütensteuer in dieselbe Richtung? Es gibt viele Anzeichen dafür, dass sich der Verbraucher schnell in einem System wiederfinden könnte, in dem von Konsumfreiheit nicht mehr viel übrig bliebe!

Zu bedenken ist auch, dass niedrige Preise – besonders im Bekleidungs- und Lebensmittelbereich – nicht generell von Übel sind. Gerade die Volksparteien sollten darauf bedacht sein, dass den Menschen mit geringen Einkommen nicht ein überzogenes Qualitäts- und Nachhaltigkeitsbewusstsein aufgedrängt wird, das sie sich nicht leisten können und auf das sie – und nicht nur sie – teilweise schon genervt reagieren.

AUF DEM WEG ZUM „TUGENDSTAAT“?

Missionarischer Eifer ist im politischen Raum fraglos hinreichend vorhanden. *ZEIT*-Redakteur Jan Ross sprach vom „Tugendstaat“, der „nicht einfach Vorschriften (das tut jeder Staat)“ erlässt, „er will mit einem immer perfekteren Ensemble von steuernden Eingriffen seine Bürger moralischer, gesünder und umweltbewusster machen“ – und dies mit einer „besserwisserischen, gouvornantenhaften Tendenz“, die beunruhigt.⁶

Ludwig Erhard würde es wohl ähnlich sehen und sekundieren, dass die Konsumenten niemanden brauchen, der ihnen ihre Entscheidungen abnimmt, wohl aber Unterstützung und Befähigung, um verantwortliche Konsumententscheidungen treffen zu können. In einer unübersichtlicher werdenden Welt kosten Freiheit und Mündigkeit mehr als vorher, deswegen darf man jedoch den Anspruch auf Freiheit und Mündigkeit nicht gänzlich aufgeben.

Die gute Ausstattung mit materiellen Gütern bleibt eine der Grundvoraussetzungen für ein gutes Leben, auf die eine weitsichtige, marktorientierte Wirtschaftspolitik hinwirken muss. Dem steht nicht entgegen, dass neu darüber nachgedacht werden sollte, in welchem Verhältnis Arbeit und Freizeit, materielle Güter und immaterielle Werte stehen. Ludwig Erhard hat das in einer vollkommen anderen historischen Situation bereits angeregt: „Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, daß zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt‘ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen. Hier ist dann aber nicht mehr nur der Wirtschaftsminister, sondern in gleicher Weise der Theologe, der Soziologe und der Politiker angesprochen.“⁷ Im Kern ist dieser Gedanke in die Arbeit der 2009 eingerichteten Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingegangen. Ihre Ergebnisse werden bis zum Ende der Legislaturperiode wissenschaftlich untersucht.⁸

¹ Statistisches Bundesamt (2013): Pressemitteilung vom 15.03.2013 – 105/13. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13_105_811pdf.pdf?__blob=publicationFile.

² Vergleiche Statistisches Bundesamt (2011): Datenreport 2011. Kapitel 6. Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung, Seite 137 ff.

³ IW Köln (2010): Wohlstand in Deutschland. IW-Dossier Nr. 3 vom 3. Mai 2010, Seite 4.

⁴ Birgit Weber (2010): Konsum in der sozialen Marktwirtschaft. In: Haushalt – Markt – Konsum. Informationen zur politischen Bildung. Nr. 308. 03/2010, Seite 46.

⁵ Das betrifft insbesondere Menschen mit höheren Haushaltseinkommen (die erfahrungsgemäß mit höheren Bildungsabschlüssen einhergehen). Studien belegen, dass sie sich trotz ihrer vergleichsweise hohen Bildungsniveaus umweltschädlicher verhalten als Befragte mit niedrigerem Haushaltseinkommen. Die Bezieher niedrigerer Einkommen fahren zum Beispiel deutlich weniger mit dem Pkw, nutzen seltener privat oder geschäftlich das Flugzeug oder machen seltener Reisen zu entlegenen Zielen.

⁶ Jan Ross, (2011): Verschont uns! ZeitOnline, 31.05.2011: <http://www.zeit.de/2011/22/Tugend-staat-Liberalismus>.

⁷ Ludwig Erhard (1957): Wohlstand für Alle, Düsseldorf, Seite 233.

⁸ <http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/index.jsp>.

In Hülle und Fülle

Wachstumskritik und Naturkonsum verbinden sich
zu einer selbstgerechten Lebensform

ANDREAS MÖLLER

Geboren 1974 in Rostock, Leiter des
Hauptstadtbüros der Aurubis AG. Autor
des Buches „Das grüne Gewissen. Wenn
die Natur zur Ersatzreligion wird“.

Zwei auf den ersten Blick widersprüchliche Phänomene lassen sich derzeit inmitten der von ökonomischen Krisen geschüttelten Gegenwart auf den politischen und publizistischen Bühnen beobachten: Selten zuvor war so viel von „Verzicht“ die Rede, wurde über alle weltanschaulichen Grenzen hinweg mehr Einmütigkeit bei der Kritik am bestehenden Wirtschaftsmodell demonstriert. Selten zuvor erfreute sich die Realwirtschaft zugleich eines so großen Zuspruchs, wurde die industrielle

Basis als Garant von Wohlstand und Beschäftigung gefeiert. Man kann sagen, dass die Industrie aus einem fast weltanschaulichen Moment heraus eine Aufwertung erfährt: Sie hat dem Dienstleistungshype der 1990er-Jahre nicht nur die Stirn geboten, sondern sich einen „realen“, sprich glaubhaften Kern bewahrt.

Die „Ethik des Genug“ zu predigen ist indes wieder en vogue. „Soviel du brauchst“ lautete unlängst das Motto des Evangelischen Kirchentags in Hamburg. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wählte „Mit Mut und Maß“ zum Slogan seiner diesjährigen Festveranstaltung, bei der auch die Kanzlerin nicht fehlte. „Abschied vom Überfluss“, „Nullwachstum“, „Exit“ und anderes mehr: Selbstanleitungen zur

Begrenzung sind so präsent wie selten zuvor. Selbst der Wahlkampf in Baden-Württemberg, der seit März 2011 unter den Vorzeichen Fukushimas stand, sprach viel vom Maßhalten, während im Stuttgarter Umland die Maschinen bis zum Anschlag brummen und die Welt mit Anlagen und hubraumstarken Autos versorgen.

WACHSTUM? JA, ABER DAS RICHTIGE!

Die Gewissensbisse der Wohlstandsgesellschaft sitzen so tief wie ihr Anspruchsdenken. Grünes Wachstum und smarte Technologien ja, aber Rohstoffimporte lieber nicht. Die gegenwärtig parteiübergreifend betonte Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ist Ausdruck eines schier unauflösbaren Widerspruchs. Wer deshalb Einspruch gegen Nullrunden oder die Mär von der Substitution eines steigenden Rohstoffbedarfs erhebt, wird auch jenseits der Postwachstumsszene kritisiert. Selbst ökologische Urgesteine wie der ehemalige Grünen-Vorsitzende Ralf Fücks können dies gerade erleben.¹ Mit großer Selbstbestimmtheit scheint festzustehen, was die wahren und die falschen Bedürfnisse sind.

Was aber tun, wenn wie am Beispiel der Klimapolitik die Chancen auf internationale Vertragswerke sinken oder der Emissionshandel in Europa an seine Grenzen gerät?

Die Forderung nach mehr Nachhaltigkeit und einem gleichzeitig anschwelenden „naturnahen“ Konsum in Gestalt von dezentralen Energieanlagen, Bioprodukten und einer „Outdoor“-Lifestyle-Ind-

ustrie mit Marken wie „The North Face“ oder „Jack Wolfskin“ (einer der Unterstützer des Kirchentags in Hamburg) kanalisiert sich in der Formel der „Privatisierung der Nachhaltigkeit“, von der der Karlsruher Technikfolgenforscher Armin Grunwald spricht.²

Damit ist die Vorstellung gemeint, durch korrekten oder „naturnahen“ Konsum einlösen zu können, was die Politik schuldig bleibt. Jeder kann etwas tun, lautet die Botschaft, von der CO₂-neutralen Einkaufstüte bis zur energiesparenden Waschmaschine, die eine andere verdrängt (wir tappen täglich in die Reboundfalle). Der Einzelne wird ermuntert, zu richten, was staatliche Diplomatie nicht bewerkstelligt. Es ist die Illusion, die im Gefühl der eigenen Genugtuung verkennt, wo die tatsächlichen Hebel für die Lösung globaler Probleme stecken – und dass der Glaube an Institutionen und Behörden dadurch weiter sinkt wie die Zahl der Kirchensteuerpflichtigen.

FÜR DIE NATUR KONSUMIEREN

Ob die Lösungen einer Nischenlandwirtschaft oder vermeintlich „energieautarker“ Dörfer etwas mit bezahlbaren und vom Willen der Natur unabhängigen Lösungen für Großstädte zu tun haben, ist da zweitrangig. Vor allem der eigene Mikrokosmos soll verantwortlicher werden.

Auch sonst hat sich die urbane Nachhaltigkeitsboheme von der Grundsätzlichkeit und Gemeinwohlorientierung der frühen Ökoaktivisten weit entfernt. Wer heute einen Biosupermarkt aufsucht, wird sich verwundert die Augen reiben, wie wenig vom Gedanken des sprichwörtlichen

„Sonntagsbratens“ geblieben ist. Die „LPG“ in Berlin etwa wirbt damit, dass sie mit über 18.000 Artikeln eine Auswahl an Bioprodukten biete, die in Europa ihresgleichen suche. „So findest Du bei uns nicht nur eine Vielzahl an kulinarischen Spezialitäten und eine riesige Auswahl an biologischen Weinen, sondern beispielsweise auch Bio-Kosmetik in Hülle und Fülle.“³

„Hülle und Fülle“, 18.000 Artikel? Ging es nicht um eine andere Form des Wirtschaftens und Konsumierens, um weniger Transport und Lagerung, um die Wiederentdeckung des Wesentlichen?

Dass die Sprache auch hier in einem seltsamen Verhältnis zum Gegenstand steht, mag für einen in der ehemaligen DDR aufgewachsenen Betrachter mehr als ein Bonmot sein – weckt „LPG“ doch die Assoziation zu hemmungslosen und unter Missachtung der Natur auf Plan-soll getrimmten Agro-Großbetrieben der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Aber das scheint die Kunden von „Europas größtem Biomarkt“ nicht zu stören. Man zelebriert den Konsum nicht anders als die konventionellen Discounter und hat entsprechende Labels gefunden, um am Ende nicht verzichten zu müssen.

Wer will, mag darin eine Blaupause der Gesellschaft erkennen. Wir sprechen wieder viel über das Private, über das richtige, weil zuckerfreie Müsli für die eigenen Kinder, bei deren Zukunft auch sonst wenig dem Zufall überlassen wird. Wo am Beginn der 1980er-Jahre politische Verantwortung und, nun ja, auch der von Atomwaffen bedrohte Weltfrieden standen, geht es heute geradezu biedermeierlich zu. Von der Kritik am Netzausbau über die Ökostrom-Rendite bis zum CO₂-armen

Urlaub und zum Erwerb hochwertiger Produkte dreht sich alles um eines: das eigene Ich.

VIRTUELLE LANDLUST

Als ich ein Kind war, gab es einen Werbeslogan für Fischstäbchen, der die große Welt verhieß: „Er kommt von weitem übers Meer und bringt uns unseren Fisch hierher/für uns hat er die ganze Welt bereist.“ Wer würde heute noch so texten lassen? Wir schauen verbissen aufs Regionale, das noch vor wenigen Jahren als verpönt galt, halten den weltweiten Handel für problematisch – und sind doch von ihm abhängig.

Überhaupt: das Land. Nach nichts scheinen sich die Deutschen derzeit mehr zu sehnen. Niemand will aber noch dort leben. Die Landflucht hält unvermindert an, eine wahre Stadtlust hat gerade bei den älteren Deutschen eingesetzt. Sie verstehen das Land und die Natur mit all ihren Schattenseiten auch jenseits der Katastrophennachrichten etwa über das Hochwasser deshalb immer weniger: Lag der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen vor hundert Jahren noch bei vierzig Prozent, sind es heute zwei Prozent.

Das mit den Fischstäbchen war übrigens zur selben Zeit, als man noch damit warb, dass ein Kinderquark „so wertvoll wie ein kleines Steak“ sei. Möglichst kalorien- und fettarm soll das Essen heute sein, vor der Tür und saisonal erzeugt, am besten nur das nutzend, was die Natur uns zu geben bereit ist – ein modernes Märchen, dem wir gern anhängen. Kein Biomarkt macht derweil wirklich ernst und richtet sein Angebot an Jahreszeiten, Miss-

ernten, Hagelschlägen, Dürreabschnitten, der Krautfäule, dem Kartoffelkäfer, sprich: dem Willen der Natur aus. Wir wollen alles zu jeder Zeit, nur eben bio. Und sei es aus Patagonien.

Dass die deutschen Käufer das unter dem Strich kaum berührt, zeigt nicht nur eine unlängst von der Universität Bonn veröffentlichte Studie, nach der jedes zweite in deutschen Bioläden verkaufte Produkt mittlerweile importiert werden muss. Das Geschäft mit der Heimat und den Attributen der guten Natur boomt auf allen Ebenen – als virtuelle Weltflucht in Magazinen wie *Landlust* mit seinen unzähligen Nachahmern wie *Mein liebes Land*, *Mein schönes Landleben* und so weiter nicht minder als beim Brotkauf.

NATURBEWEGUNG UND PREUSSENTUM

„Wir haben den Heimatbegriff neu belebt“, sagte Renate Künast vor einigen Wochen auf der Feier anlässlich des Einzugs der Grünen in den Deutschen Bundestag vor

dreißig Jahren. Damals überreichte Grünen-Chefin Petra Kelly dem neu gewählten Bundeskanzler Helmut Kohl einen Tannenzweig anstelle von Blumen. Ökologisch zu denken hieß auch, sich bewusst neben die bürgerliche Gesellschaft und ihre tradierten Symbole zu stellen. Heute ist das ganz anders.

„Natur“ und „Heimat“ waren in Deutschland dabei immer schon Synonyme für Gemeinschaft. Anders als mancher meint, sind die Deutschen eben nicht nur Kinder der Romantik, sondern auch des Industriezeitalters und der staatlichen Erziehung zu Sparsamkeit, Strenge, Pflichterfüllung in den Wander-, Sing- und Heimatvereinen. Nicht zufällig steht die Naturbewegung im Zusammenhang mit dem Aufstieg Preußens im neunzehnten Jahrhundert und der Pädagogik des Wilhelminismus. Und heute? Vielleicht ist die Geschichte noch sehr lebendig. Sich in gewissen Vierteln dem Straßencafé oder Bäcker mit einem rasselnden Dieselmotor zu nähern, kann Fragen evozieren. Die Sorge um die Umwelt ist anfällig für Normen. Vor allem dann, wenn sie sich mit Angst oder einem besonderen Ordnungssinn paart.

¹ Ralf Fücks: *Intelligent wachsen. Die grüne Revolution*, Carl Hanser Verlag, München 2013.

² Armin Grunwald: *Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Welt nicht retten kann*, oekom Verlag, München 2012.

³ <http://www.lpg-naturkost.de/#unser-angebot> (letzter Seitenzugriff: Juni 2013).

Literatur:

Andreas Möller: *Das grüne Gewissen. Wenn die Natur zur Ersatzreligion wird*, Carl Hanser Verlag, München 2013.

Lustig leben in den Städten

Wie die Zukunft der Städte geplant werden sollte

HELMUT KLEINE-KRANEBURG

Geboren 1961 in Rheda-Wiedenbrück.
Nach Mitarbeit bei O. M. Ungers gründete
der Architekt gemeinsam mit Martin
Gruber ein Architekturbüro in Frankfurt
am Main.

Herr Professor Kleine-Kraneburg, Ihr verstorbener Architektenkollege, der weit mehr als Schriftsteller bekannte Max Frisch, hat in den 1950er-Jahren ein Hörspiel über den Städtebau geschrieben. Die Fragen, die er an seinen imaginären Architekten richten ließ, stelle ich Ihnen fast sechzig Jahre später noch einmal: „Wie denken Sie sich, dass unsere Städte von morgen aussehen werden? Wird es dann noch lustig sein, in unseren Städten zu leben? Ich frage Sie als Fachmann, als Architekt: Was habt Ihr im Sinn?“

Helmut Kleine-Kraneburg: Das sind fantastische, erstaunlich aktuelle Fragen. Ich versuche sie relativ kurz zu beantworten. Erstens, die Städte von morgen werden sich nicht so wesentlich ändern

gegenüber denen von heute oder gestern. Zweitens: Ja, es wird nach wie vor insgesamt „lustig“ und spannend sein und hoffentlich „noch reizvoller“ werden, in den Städten zu leben. Und drittens hat mit zweitens zu tun: Wir Architekten sollten im Sinn haben, dass es in der Stadt lebenswert bleibt und also den Anreiz pflegen, nicht nur in den Städten zu arbeiten, sondern auch dort zu wohnen.

Die jahrtausendealte Idee der Stadt ist überaus robust. Brigitte Reimann beschreibt es in ihrem Roman *Franziska Linkerhand* treffend: „Die Stadt ist die kostbarste Erfindung der Zivilisation, die als Vermittlerin von Kultur nur hinter der Sprache zurücksteht.“ Allerdings stellt beispielsweise die extreme Zunahme der Stadtbevölkerung ein schwieriges, relativ neues Phänomen dar, das beispielsweise in den sogenannten Megacities vor allem der Entwicklungsländer längst nicht bewältigt ist. In Deutschland stehen selbstverständlich andere Aufgaben im Mittelpunkt, wobei für mich der zentrale Punkt ist: das Leben in der Stadt von der Geburt

bis ins Alter. Also, wie erreichen wir, dass Familien in den Städten bleiben und nicht, wie über Jahrzehnte geschehen, in die Vorstädte ziehen? Die Frage, wie wir es älteren oder auch behinderten Menschen erleichtern, nicht abgeschieden irgendwo außerhalb der Stadt zu leben, sondern ihr Umfeld so zu gestalten, dass sie in ihrem Zuhause bleiben können? Das betrifft auch das Thema der Migranten oder überhaupt der Menschen, die von „außerhalb“ kommen, weil Stadt ja Offenheit und Fluktuation bedeutet. Wie gelingt es, die Gettoisierung zu verhindern und eine soziale Durchmischung zu erreichen, ohne dass die eine oder andere Gruppe ein Übergewicht bekommt?

Als Architekt werbe ich besonders dafür, dass wir dem Aspekt der Baukultur und der architektonischen Qualität – Stichwort: die Schönheit der Städte – wieder mehr Bedeutung geben. Das gerät zurzeit arg ins Hintertreffen.

Dank für Ihre konstruktive Antwort. Frischs Architekt weicht den Fragen aus und meint, ins Grab zu blicken, wenn er in eine Baugrube sieht. Vor allem stellt er infrage, ob es die Architekten sind, die die Städte von morgen entwerfen. Wer bestimmt heute, wie unsere Städte aussehen werden? Inwieweit ist das noch ein Anliegen der Polis?

Helmut Kleine-Kraneburg: Dem Architekten des guten Max Frisch kann ich überhaupt nicht folgen. Wenn ich in eine Baugrube schaue, beschleichen mich eher Glücksgefühle, bedeutet „Baugrube“ doch Bauen und damit eine Erneuerung, ein „Neuerfinden“ der Stadt. Dennoch weist die Kritik in keine falsche Richtung, denn ich plädiere auch dafür, dass der Architekt



Foto: Stiftung Urban Future Forum

als Baumeister, das heißt als Generalist des Bauens, wieder stärker in die Verantwortung bei der Stadtplanung genommen werden sollte.

Natürlich ist Stadtplanung ein Anliegen der *Polis*, an dem die Stadt als politische Einheit partizipieren muss. Aber spätestens seit Stuttgart 21, seit der Elbphilharmonie und dem BER steht ja die Frage im Raum, inwieweit die Politik noch legitimiert ist, im öffentlichen Interesse zu planen. Bürgerbeteiligung wird berechtigterweise ein immer wichtigeres Thema, über das man nachdenken muss.

Aber das alles sollte nicht dazu führen, dass es zu einem Stimmengewirr kommt, das das Ergebnis verwässert. Was die Fachdisziplin Planung im engen Sinne betrifft, gehört sie in die Hände von Experten, die nachweislich Gutes gebaut und entwickelt haben. Das müssen nicht die sogenannten Stararchitekten sein, denn diese neigen ja bisweilen zu gewissem Autismus und erzeugen – wie zum Beispiel in Bilbao – städtebauliche Fremdkörper.

Stadtplanerische Entscheidungen auf eine breite Basis zu stellen ist also Gefahr und Chance zugleich. Das zu bewerkstelligen ist sehr, sehr schwierig, aber erfolgversprechende Verfahren sollten bei der Grundlagenermittlung ansetzen. Dabei

sammelt man alle Daten, Anregungen und Einwände zu geplanten Projekten, bevor man mit der Planung anfängt.

Wenn ich sage, dass man die Leute relativ frühzeitig einbinden sollte, meine ich weniger die Beteiligung am formalen Planungsprozess, deren Ergebnisse allzu oft in den Amtsstuben versteckt bleiben. Sondern ich meine, dass man im Vorfeld aktiv die breite Öffentlichkeit sucht, sich äußert, Verständnis weckt und diskutiert. Über diese „aktive Transparenz“ lässt sich eine größere Akzeptanz erzielen.

Ihr Büro ist in Frankfurt angesiedelt. Ist dort nicht mit Händen zu greifen, dass Kapital und Kommerz eigentlich bestimmend für das Aussehen unserer Städte geworden sind?

Helmut Kleine-Kraneburg: Das ist zwar richtig. Aber glücklicherweise ist wenigstens noch privates Kapital vorhanden, um die Städte zu entwickeln. Leider müssen wir ja feststellen, dass die sogenannte öffentliche Hand, die vor Jahrzehnten mit öffentlichen Bauten ganz selbstverständlich städtebauliche Marksteine gesetzt hat, sich mit dem Totschlagargument des Sparzwangs weitgehend aus dem Baugeschehen zurückgezogen hat. Dass ausgerechnet die wenigen anspruchsvollen Projekte wie die Hamburger Oper oder auch der Berliner Flughafen zurzeit finanziellen Schiffbruch erleiden, wird dem öffentlichen Bauen wohl auch nicht förderlich sein.

Kommerzielle Bauvorhaben sind also nicht grundsätzlich von Übel, sie sollten nur nicht zu Monostrukturen in den Städten führen. Gerade am Beispiel Frankfurt wird aber deutlich, dass Renditeziele auch eine positive Wirkung entfalten können: Lange ist es lukrativer gewesen, in Büro-

flächen zu investieren. So entstanden die Hochhäuser der Frankfurter Skyline – alles private Investments. Inzwischen gibt es ungefähr zwei Millionen Quadratmeter Leerstand bei den Gewerbeimmobilien, sodass man sich langsam wieder auf die Ursprünge der Stadt, nämlich auf das Wohnen, besinnt. Es gibt immer mehr hervorragende Beispiele dafür in Frankfurt, dass vormals leer stehende Bürogebäude mit erstaunlichen Konzepten zu neuen Wohngebäuden umfunktioniert werden.

Die Occupy-Bewegung hat mit der Besetzung zentraler Plätze in den Städten ein Zeichen des Protestes setzen wollen. Positiv könnte man das als eine Rückeroberung des öffentlichen Raumes verstehen, beispielsweise gegen die um sich greifende Kommerzialisierung. Wie sehen Sie die Occupy-Bewegung in diesem Zusammenhang?

Helmut Kleine-Kraneburg: In diesem Zusammenhang finde ich sie grundsätzlich gut. Im Speziellen, bei den Aktionen in Frankfurt, wurde es aber mit Fortdauer der Aktionen dramatisch schlecht. Der besetzte Platz in der Mitte Frankfurts vermüllte zusehends, aus einer vormals öffentlichen Grünfläche wurde ein Schandfleck. So lässt sich kein öffentliches Verständnis erreichen. Dabei ist eine „positive Rückeroberung“ der Innenstädte absolut notwendig. Die zentrale Frage ist dabei, wie der öffentliche Raum positiv und anspruchsvoll genutzt wird. Einhalt geboten werden muss der grassierenden „Walt-Disney-Vermüllung“ der öffentlichen Plätze – mit Kirmesbuden, Fressständen und so weiter. Da sollte mehr Feingefühl bei den Verwaltungen und Verantwortlichen einziehen. Dass diskutiert und protestiert

wird, dass Kundgebungen stattfinden, ist hingegen einer der Ursprünge des öffentlichen Platzes. Dass er aber sozusagen von einer Gruppierung über Wochen quasi besiedelt wird, ist vielleicht dann doch eine Überforderung dieser großartigen Tradition und ist für mich nur in extremen Situationen wie in Ägypten auf dem Tahrir-Platz legitim.

Davon abgesehen hat die „Renaissance der Innenstädte“ ja bereits eingesetzt, weil man gemerkt hat, dass das Thema der Zersiedelung eine Sackgasse ist. Dass bestimmte Städte wie Frankfurt, besonders auch Berlin einen extremen „Run“ erleben, ist eine positive Entwicklung aus den letzten zehn Jahren. Das Häuschen im Grünen war jahrzehntelang das oberste Gut. Mittlerweile gibt es einen Perspektivenwechsel. Die unbestrittenen Vorzüge der gewachsenen Stadt gerade in Europa werden wieder erkannt, die Städte waren und sind wertvolles und unersetzliches Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsgut und waren somit auch immer lebenswert. Dies rückt glücklicherweise wieder tiefer ins Bewusstsein gerade der jüngeren Generationen.

Aber das Leben in den beliebten Städten wird doch immer teurer. Was hilft gegen die Wohnungsnot?

Helmut Kleine-Kraneburg: Der Druck auf die fünf Metropolengebiete ist in der Tat hoch. Jetzt könnte man sagen: Schafft billigen Wohnraum. Nur was ist billiger Wohnraum, erschwinglich für alle? Da wären wir schnell wieder beim Thema des sozialen Wohnungsbaus, der ja leider in den letzten Jahren auch in Verruf gekommen ist. Aber er ist meines Erachtens ein relativ gutes Instrument. Nur können wir das Problem des Wohnungsnotstands

nicht allein durch die Wohnbaugesellschaften oder Wohnungsbaugenossenschaften lösen.

Muss man die „Gentrifizierung“ aufhalten?

Helmut Kleine-Kraneburg: Ganz klar, sie muss aufgehalten werden, denn sonst bekommen wir diese Gettoisierung einzelner Stadtteile, die keiner will. Das aber ohne die Auswüchse eines strikten „Milieuschutzes“, denn „Stadt“ bedeutet ja auch immer Fluktuation und Wandel. Was Sie ansprechen, ist ein schwieriges Thema, das man nicht durch ein paar Regularien wie das Verbot des Einbaus eines zweiten Bades, wie es zurzeit in Berlin geschieht, löst. Für einen gewissen Zeitraum sind Instrumente wie die Mietpreisbindung hilfreich, aber langfristig lässt sich der Mechanismus von Angebot und Nachfrage nicht aushebeln, zumal man ja auch die privaten Investoren zum Bauen bewegen muss. Ohne sie wird man der Wohnungsnot nicht Herr werden.

Selbst wenn es sich so anhören sollte, als ob ich das aus Eigeninteresse sage: Es muss gebaut werden, damit die Preise auf dem Wohnungsmarkt der Metropolen nicht dauerhaft steigen, wobei steigende Preise natürlich auch immer Ausdruck für die Attraktivität einer Stadt sind. Ich plädiere in diesem Zusammenhang für eine sinnvolle und behutsame Nachverdichtung in den Innenstädten, für eine vernünftige Revitalisierung und Umwandlung von Gewerbe- in Wohnflächen und, wenn möglich und nötig, für die Ausweisung von neuen Wohnbauflächen in direkter Nähe zur Stadt.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann.

Gut leben anderswo?

—
Internationale Perspektiven

Bolivien: In Artikel 8 der bolivianischen Verfassung von 2009 ist „vivir bien“, was so viel heißt wie „gut leben“, als ethisch-moralisches Leitprinzip für Staat und Gesellschaft verankert worden. Was verbirgt sich hinter diesem schillernden Begriff, der auch in Europa viel zitiert wird?

Das „vivir bien“ entstammt der Kosmvision der indigenen Andenvölker – ihrer Art, die Welt zu sehen, zu fühlen und zu verstehen. Der spanische Begriff knüpft dabei an den Wortsinn von „sumak kawsay“ in Quechua und „suma qamaña“ in Aimara an. Bezeichnet werden damit das Streben nach einem Zusammenleben in Harmonie, in erster Linie zwischen Mensch und Natur, der Respekt vor der „Mutter Erde“ (*Pachamama*). Ausgehend von dieser Vorstellung, wird die Natur ebenso wie jedes Individuum zum Träger von Rechten und Pflichten. Grund und Boden werden nicht als eine

auszubeutende Ressource betrachtet, sondern gelten als heilige Quelle des Lebens, der Kultur und der Weisheit.

Übertragen auf die heutigen Verhältnisse, wird das „vivir bien“ so verstanden, dass es im Gegensatz zu herrschenden Konzepten steht, die Wachstum mit Wohlstand gleichsetzen. Das „vivir bien“ strebt nicht nach dem Mehr, denn „mehr haben zu wollen“ impliziert, dass andere weniger hätten. Vielmehr solle ein Gleichgewicht hergestellt werden. „Gut leben“ bedeute „sich ergänzen“, ohne miteinander in Wettbewerb zu treten.

Längst hat die bolivianische Politik das „vivir bien“ für sich entdeckt, um ihren Gegenentwurf zum Kapitalismus und zum traditionellen Entwicklungskonzept zu propagieren. Nicht zuletzt habe die Gier nach mehr in der westlichen Welt zur zügellosen Ausbeutung der Natur, zum Klimawandel und erst recht zur Banken- und Finanzkrise geführt.

Wie aber sieht die Umsetzung des „vivir bien“ in der Praxis aus? Zwei Gesetze wurden verabschiedet: im Dezember 2010 das „Gesetz über die Rechte der Mutter Erde“ und im Oktober 2012 ein „Rahmengesetz der Mutter Erde und der integralen Entwicklung“. Eine eigens geschaffene Behörde soll nun die Rechte der „Mutter Erde“ schützen. Dennoch zeigt sich, wie weit Anspruch und Wirklichkeit auseinandergehen. Tatsächlich beruht die bolivianische Wirtschaft zum großen Teil auf der Ausbeutung der Natur. Erdöl und Erdgas sowie Bergbauprodukte machen über zwei Drittel der Exporte aus. Die Konflikte zwischen Staat und indigenen Gemeinden über die Ausbeutung natürlicher Ressourcen häufen sich. Seit 2011 protestieren beispielsweise die Indigenen im bolivianischen Tiefland gegen den geplanten Bau einer Schnellstraße durch das Naturschutzgebiet und indigene Territorium TIPNIS (*Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécuré*). Regierung und Bauern sehen darin eine wichtige Infrastrukturmaßnahme, um den Kokaanbau auf die fruchtbare Region TIPNIS ausweiten zu können. Dass der Kokaanbau die Böden schwer schädigt, fällt für sie wenig ins Gewicht. Die Indigenen befürchten dagegen die Zerstörung ihres natürlichen Lebensraums und vor allem die Abholzung der dortigen Tropenwälder. Der Konflikt führte bis zum Bruch der indigenen Dachverbände CONAMAQ (*Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu*) und CIDOB (*Confederación Indígena del Oriente Boliviano*) mit der Regierung von Evo Morales und stellt dessen indigenen- und naturfreundliche Rhetorik deutlich infrage.

Nicht immer stimmt die Wahrnehmung von außen mit der bolivianischen Wirklichkeit überein. Oft neigt man in Deutschland und anderswo auch dazu, die Lebensweise indigener Gruppen zu romantisieren. In Wirklichkeit ist beispielsweise die Gleichwertigkeit allen Lebens durchaus relativ. In vielen indigenen Gemeinden genießen Frauen nicht die gleichen Rechte wie Männer, der Umgang mit der Natur ist nicht immer schonend, und das Konsumstreben hat auch unter Indigenen längst Einzug gehalten.

Dass selbst Indigenen das „richtige Bewusstsein“ abhandenkommt, mag mancher bedauern. Nur, wer wollte es ihnen verdenken, dass sie auch im materiellen Sinne ein gutes Leben führen wollen? Knapp sechzig Prozent der bolivianischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, neunzig Prozent der Armen sind indigen. Vor allem in ländlichen Gebieten ist die Infrastruktur mangelhaft. In vielen indigenen Gemeinden gibt es keine Gesundheitsversorgung, und zu ihren Schulen müssen die Kinder lange Wege zurücklegen. Die Qualität der Bildung, falls zugänglich, ist unzureichend. Ohne ein „Mehr“ wird für die indigene Bevölkerung „gut leben“ eine Illusion bleiben. Verteilungskämpfe prägen weit mehr die Realität als das harmonische Miteinander. Man kommt nicht darum herum, festzustellen, dass, wer ihnen geben will, ohne anderen zu nehmen, Wachstum braucht. Aber das muss nicht dagegensprechen, die Vorstellung vom „vivir bien“ wichtig zu nehmen, um mit ihr bestehende Entwicklungsmodelle kritisch zu hinterfragen und ein nachhaltiges Natur- und Ressourcenverständnis zu fördern.

Susanne Käss
Auslandsbüro La Paz der Konrad-Adenauer-Stiftung

Kambodscha: Was „gut leben“ in Kambodscha bedeutet, lässt sich erst mit Blick auf die historische und sozioökonomische Entwicklung des Landes erahnen. Nach der Gewalt Herrschaft der Roten Khmer von 1974 bis 1979, der circa 1,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen, sowie nach den Jahren unter vietnamesischer Verwaltung bis 1991 wurden 1993, unter der Aufsicht der Vereinten Nationen, wieder freie Wahlen im Land durchgeführt und eine neue fortschrittliche Verfassung verabschiedet. Die Situation blieb angespannt. Erst 1998, nach dem Tode Pol Pots, des Anführers der Roten Khmer, setzte ein politischer Stabilisierungsprozess ein, der auch einen schrittweisen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich brachte.

Heute boomt die Wirtschaft mit einem jährlichen Wachstum von circa sieben Prozent. Die ausländischen Direktinvestitionen, die Exporte und die Touristenzahlen steigen. Der ökonomische Fortschritt bringt jedoch kaum eine entsprechende Entwicklung mit sich. Noch immer leben achtzehn Prozent der Bevölkerung in extremer Armut, wobei die soziale Ungleichheit aufgrund fehlender effektiver Governance-Strukturen und -Prozesse weiter zunimmt. Ein schwaches rechtsstaatliches Gerüst und die enge Verknüpfung von Politik und Wirtschaft, die zum Beispiel bei der Vergabe von Landkonzessionen an politisch einflussreiche Personen deutlich wird, sind Nährböden für Korruption und Vetternwirtschaft. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass der Gini-Koeffizient – ein Indikator zur Darstellung von Ungleichheiten hinsichtlich der Einkommensverteilung – in Kambodscha besonders hoch ist.

Das alles führt zu heterogenen Vorstellungen von gutem Leben. Steht bei der sehr armen Bevölkerung die

Sicherung der Existenz – beispielsweise durch Zugang zu Trinkwasser, Elektrizität und einem Arbeitsplatz – im Fokus, können sich Menschen mit höheren Einkommen ein materialistisches Denken fast im westlichen Sinne leisten. Dabei gibt es ein starkes Gefälle zwischen urbaner und ländlicher Bevölkerung. In Kambodscha leben siebzig Prozent der Menschen auf dem Land, wo die Armut generell ausgeprägter ist als im urbanen Umfeld. Das liegt unter anderem daran, dass in der Stadt eine bessere medizinische Versorgung, Zugang zu Bildungseinrichtungen und eine breiter gefächerte Jobauswahl positiv zur Armutsreduzierung beitragen. Die ländliche Bevölkerung lebt hingegen größtenteils von Agrarwirtschaft, die für viele nicht genug einbringt, und ist von der öffentlichen Versorgung abgeschnitten.

Mehr als sechzig Prozent der Bevölkerung ist jünger als zwanzig Jahre. Sie sind in einer politisch relativ stabilen Zeit aufgewachsen. Dennoch wird die unterschwellige Angst der zumeist älteren Bevölkerung vor einem erneuten Kriegsausbruch für politische Zwecke missbraucht, so etwa von der Regierungspartei im Vorfeld der Parlamentswahlen im Juli 2013. Hier driften die Vorstellungen durch den Generationenkonflikt wie in jeder anderen Gesellschaft auseinander.

Doch gibt es in Kambodscha auch Vorstellungen von gutem Leben, die einkommens-, alters- und herkunftsübergreifend sind. Über neunzig Prozent der kambodschanischen Bevölkerung gehören dem buddhistischen Glauben an, sodass die Religion eine gemeinsame Wertebasis schafft. In deren Zentrum stehen die Familie, die Dankbarkeit gegenüber den Eltern, die dem Kind das Leben geschenkt haben. Das alles drückt sich in einem starken Zusammenhalt und Harmoniebedürfnis aus. Die Familie bildet daher im Bewusstsein der Kambodschaner das Kernelement eines guten Lebens.

*Denis Schrey
Auslandsbüro Phnom Penh der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Simbabwe: Simbabwe ist eine der ärmsten Volkswirtschaften der Welt, die vor allem durch eine immense Arbeitslosigkeit von circa 85 bis 95 Prozent, ein niedriges Bruttoinlandsprodukt von knapp 500 US-Dollar pro Person pro Jahr (2012), Devisenknappheit, Investitions- und Energieknappheit sowie von einem Brachliegen fast aller Wirtschaftssektoren gekennzeichnet ist. Eine Hyperinflation mit Werten von über 66.000 Prozent führte 2009 zur vorläufigen Abschaffung der Landeswährung, des Simbabwe-Dollars, nachdem die Inflation zuletzt 230.000.000 Prozent erreicht hatte.

Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt aktuell bei knapp unter fünfzig Jahren – Tendenz sinkend. Die politische Lage ist seit über zwanzig Jahren durch ständige Einschüchterung, politischen Terror gegen die Opposition, Wahlfälschung und Nepotismus gekennzeichnet. Durch Intervention der Anrainerstaaten (*Southern African Development Community*, SADC) wurde eine „Regierung der nationalen Einheit“ (*Government of National Unity*, GNU) oktroyiert. Regierungschef ist seit 1980 Robert Mugabe. Der mittlerweile 89-Jährige, der einst das Land in die Unabhängigkeit führte, regiert mit eiserner Hand.

In Simbabwe ist die Kunst- und Kulturszene stark eingeschränkt. Doch in der letzten Woche im April ist alles anders,

denn dann findet das „Harare International Festival of the Arts“, kurz HIFA, statt. In dieser einen Woche jagt buchstäblich eine Veranstaltung mit herausragenden Künstlern aus dem In- und Ausland die andere. Viele Berufstätige richten ihren Jahresurlaub so ein, dass sie möglichst viele Vorstellungen wahrnehmen können. Für alle Simbabweer, schwarz oder weiß, jung oder alt, vom Land oder aus der Stadt, ist „HIFA“ ein Magnet. Hier redet man befreiter und optimistischer als im Alltag, der für viele von Armut, Durst, Hunger und Angst geprägt ist.

Ich hatte also viel über das HIFA gehört und stand nun an, um Karten zu kaufen. Vor mir warteten drei junge Frauen – vermutlich Studentinnen. Sie waren aufgedreht, machten Fotos von sich und posteten sie umgehend auf Facebook. So ganz nebenbei unterhielten sie sich über ihre persönliche Lebensplanung, Jobs, Familie, Geld. Schnell wurde klar, wie wenig sie von der politischen Kaste des Landes hielten – weder von Mugabes *Zimbabwe African National Union (ZANU-PF)* noch von den jetzigen Koalitionären, dem *Movement for Democratic Change (MDC)* unter Morgan Tsvangirai. Früher blutig bekämpft, ist Morgan Tsvangirai heute „Premierminister“ des Landes – zumeist von Mugabes Gnaden. Die Frauen sahen ihre Zukunft eher im westlichen Ausland. Sie erhofften einen guten Studienabschluss, der den Zu-

tritt in ein „besseres“ Land eröffnen soll. Dort habe man es dann sicher um einiges leichter. Ein krisensicherer Job, der so viel Geld abwirft, dass man auch die Familie zu Hause unterstützen kann, sei das Ziel. Vielleicht Urlaub, ein schönes Haus, ein sicheres Leben. Ein solches Gespräch in der Öffentlichkeit überraschte mich sehr.

Einige Abende später saß ich in einem winzigen Theater. Wirklich Unerhörtes wurde auf der Bühne thematisiert: die Vergewaltigung einer jungen Frau durch einen militanten Parteikaktivisten, der seine Tat mit „politischen Erziehungsgründen“ erklärt hatte. Dieses Stück war ein mutiger Appell, das Schweigen zu brechen. Am nächsten Tag hatte ich Karten für politisches Kabarett: Treffsicher wurde die aktuelle politische Lage parodiert, und die Zuschauer bogen sich vor Lachen. Wie kann so etwas in einem Land, in dem von der Regierung beauftragte Schlägertrupps und politisch motivierte Morde keine Seltenheit sind, möglich sein?

Die in Gesprächen und Diskussionen immer wieder beschriebenen gesellschaftlichen Parallel- und Gegenwelten „soziale Netzwerke/Internet“ beziehungsweise „Kunst und Kultur“ existieren wirklich. Anfangs dienten sie nur als Ventil für die unterdrückte und fast zerstörte Zivilgesellschaft; jetzt müssen sie als Indikatoren für eine Veränderung gewertet werden.

Präsident Mugabe und sein Parteigefolge sind letztendlich daran gescheitert, den demokratischen Widerstand zu eliminieren, der durch Internet, soziale Medien wie Facebook und Twitter, Mobiltelefonie und Kultur gestärkt wird. Das politische Potenzial der Gegenwelten ist groß und wächst rasant. Es beschränkt sich nicht nur auf die Jugend in den Stadtgebieten, sondern ist zunehmend auch in den ländlichen Gebieten präsent. In wenigen Jahren werden 100 Prozent der Simbabweer über ein Mobiltelefon und damit, zumindest theoretisch, auch über einen Zugang zum Internet verfügen. Überhaupt sind diese Medien unabdingbar für hoffentlich „freie und faire Wahlen“ im Juli oder August 2013. Sie sind Grundlage für das notwendige Monitoring und die Kommunikation nach außen.

Ein junger Jesuitenpater brachte es auf dem „HIFA“ auf den Punkt, wie ein gutes Leben in Simbabwe aussehen könnte: „Wir wollen ein Leben ohne Angst vor Folter und Tod, mit ausreichend Nahrungsmitteln und Trinkwasser, Bildung für alle, realistischen Zukunftsperspektiven und Wachstumschancen. Wir wollen eine Führung, die frei und fair vom Volk gewählt wurde und die Entscheidungen im Sinne des Landes und der Menschen fällt. Wir wollen und wir können das. Wenn wir endlich Respekt voneinander haben, werden wir das auch schaffen.“

*Jürgen Langen
Auslandsbüro Harare der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Palästinensische Gebiete: Vom Berg „Jabel Ein Eine“ im Westjordanland blickt man nach Westen über palästinensisches Territorium hinweg auf die israelische Mittelmeerküste. Im Osten reicht die Sicht an klaren Tagen bis nach Amman, der jordanischen Hauptstadt. Nördlich spiegelt sich der See Genezareth. Alles ist zum Greifen nah. Dazwischen liegen die *Grüne Linie* – die Waffenstillstandslinie von 1949 – und die israelische Sperranlage, die 2003 zum Schutz gegen Terrorangriffe errichtet wurde. Letztere verläuft zu rund achtzig Prozent nicht entlang dieser Grenze, sondern schneidet – israelische Siedlungen umfassend – teilweise tief in das Westjordanland ein.

Damit verbunden sind für viele Palästinenser Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Checkpoints und mitunter erniedrigende Kontrollen. Hochkomplizierte Passierscheine müssen besorgt werden und Anträge sind zu stellen, um von einer Seite der Mauer auf die andere zu wechseln. Es herrscht die Angst, nach einem Auslandsaufenthalt vielleicht nicht mehr ins eigene Land gelassen zu werden oder durch das erneute Aufblühen der Gewalt selbst Schaden zu nehmen.

Seit mehr als sechzig Jahren leben Hunderttausende Palästinenser in Flüchtlingscamps. Allein im Gazastreifen haben siebzig Prozent der Bewohner den Status eines Flüchtlings. Ein Großteil der Nahrungsmittel und des Baumaterials wird dort durch illegale, in den Sand gegrabene Schmugglertunnel eingeführt. Sogar Spielzeug ist davon betroffen. Beim Öffnen der Verpackung rieselt als untrügliches Zeichen immer etwas Sand zu Boden. Wer einmal auf dem Dach eines Hochhauses in Gaza-Stadt gestanden hat, bekommt einen Eindruck von der Überbevölkerung

auf diesem kleinen Streifen Land. Etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, 300.000 Menschen verfügen über weniger als 1,25 Euro am Tag. Rund achtzig Prozent der Bevölkerung sind laut UN-RWA auf Zuwendungen internationaler Hilfsorganisationen angewiesen, knapp 670.000 Bewohner beziehen regelmäßig Lebensmittel vom UN-Hilfswerk. Für viele junge Menschen hat das Leben im Gazastreifen jegliche Perspektive verloren. Immer weiter reichen die Einschränkungen der regierenden Hamas. Jugendliche unterschiedlichen Geschlechts dürfen nicht mehr gemeinsam unterrichtet werden, die Rechte der Frauen werden beschnitten, freie Meinungsäußerung ist kaum noch möglich. Die Gefahr einer politischen und religiösen Radikalisierung nimmt zu. Da gleichzeitig viele internationale Organisationen aufgrund der anhaltend instabilen Sicherheitslage ihre politische Arbeit im Gazastreifen eingeschränkt haben, bieten sich jungen Menschen kaum noch Alternativen. Viele junge Palästinenser aus dem Gazastreifen wollen daher einfach „nur noch weg“.

Das alles hat dazu geführt, dass viele junge Palästinenser sich einen wirklichen Frieden kaum noch vorstellen können. Zu sehr bestimmt die Realität des Alltags das Wunschdenken. Dennoch löst das Herausögern direkter Gespräche auf beiden Seiten keine Probleme. Direkte Verhandlungen und eine dauerhafte Friedenslösung durch die Schaffung zweier Staaten erscheinen immer noch als beste Option für ein gutes Leben. Um einer weiteren Radikalisierung und Perspektivlosigkeit vorzubeugen, sollten beide Seiten daher baldmöglichst ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückkehren.

*Hans Maria Hejn
Auslandsbüro Ramallah der Konrad-Adenauer-Stiftung*





Gegenseitigkeit statt Gegensatz

Die versöhnende Philosophie der politischen Mitte

HEINZ THEISEN

Geboren 1954 in Langenfeld, Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Köln.

Das verbindende Wort „und“ zwischen Kirche und Staat, Markt und Staat, Idealismus und Materialismus oder auch Individuum und Gesellschaft symbolisiert die Essenz der westlichen Kultur. Über die

Ausgestaltung dieses „Und“ handeln die großen politischen Konflikte der Moderne. Wo immer es gelungen ist, diese Gegensätze zu Gegenseitigkeiten auszugestalten, etwa bei Säkularität und Sozialer Marktwirtschaft, hat der Westen seine unterschiedlichen Werte in eine zukunftsfähige Ordnung gebracht, die es auch gegenüber immer neuen Herausforderungen zu bewahren gilt.

Die tiefste Wurzel dieser Kultur von sich ergänzenden Gegenseitigkeiten liegt in der Ergänzung von Religion und Politik und später von Kirche und Staat im säkularen Modell. Damit werden zwei grundlegende Bestandteile der europäischen Kulturtradition zusammengeführt, die christliche Vorstellung vom „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist“ und die weltliche vom „Etsi Deus non daretur“ („Als ob es Gott nicht gäbe“), welche verlangt, dass im Bereich der öffentlichen Entscheidungen der Ratio Vorrang

vor dem Glauben eingeräumt wird. Das „Gebt Gott“ besagt, dass auch auf weltlichem Gebiet ein Teil Gott zusteht. Zwei unterschiedliche, aber eben nicht unvereinbare Standpunkte, die sich im besten Fall ergänzen.

In diesem dialektischen Geist ist die Suche nach immer neu zu definierenden Gegenseitigkeiten eine spezifische Aufgabe einer Politik der Mitte. Sie unterscheidet sich damit grundlegend von den einseitigen Fixierungen der politischen Ideologien entweder auf den Staat oder auf den Markt. Doch auch nach dem Niedergang der Ideologien bedroht eine Vielzahl von neuen Verlusten an Gegenseitigkeit die westliche Wertordnung.

AUS DER BALANCE GERATEN

Der drohende Verlust an Gegenseitigkeit beginnt schon bei der Säkularität, die heute weltweit sowohl vom Fundamentalismus als auch von einem radikalen Relativismus angefochten wird. Für die meisten Gläubigen in anderen Kulturkreisen ist der europäische Relativismus, der nicht einmal mehr ein Gleichgewicht von Religion und Welt anstrebt, abschreckend. Papst Benedikt XVI. hatte sich anlässlich seiner Libanonreise auch deutlich gegen eine damit verbundene negative Form des Laizismus ausgesprochen, der zufolge Religion ausschließlich in die Privatsphäre gehöre, als sei sie nur ein individueller Kult, der außerhalb des Lebens, der Ethik und der Beziehung zum anderen angesiedelt ist. Diese Theorien seien mit dem Christentum unvereinbar. Eine gesunde Säkularität und Laizität bedeute dagegen, den Glauben von der Last der Politik zu befreien und die Politik durch Beiträge des Glaubens zu bereichern. Dabei seien Abstand und klare Unterscheidung eine Voraussetzung für eine gegenseitige Zusammenarbeit.

Eine große Herausforderung liegt auch in dem drohenden Verlust der Gegenseitigkeit von Staat, Markt und Gesellschaft. Der Marxismus hatte mit seiner Totalisierung des Staates die Balance zwischen ihnen zerstört, der Nationalismus den Ausgleich von Partikularität und Universalität. Nach der überwundenen Staatsvergottung neigte der Neoliberalismus umgekehrt zu einer Totalisierung des Marktes. Wo Wachstum, Profit und Effizienz selbstbezüglich wurden, setzten sie den marxistischen Materialismus mit anderen Mitteln fort. Wo nach der Revolution im Osten Privatisierung nicht mit Rechtsstaatlichkeit einherging, endeten die Deregulierungen im Oligarchentum und in der Kriminalität. Korrupte Verflechtungen von Politik und Kapital ersetzten die verfehlte Gegenseitigkeit der Funktionssysteme.

Zu dieser gehörte die Mentalität des Spekulantentums und der hedonistischen Entfesselungen, die spezifisch bürgerliche Gegenseitigkeiten von Arbeit und Freizeit, von Pflichten und Rechten verwarfen. Die Staatsverschuldung in den westlichen Demokratien ist wiederum ein Ausdruck mangelnder Gegenseitigkeit zwischen den Generationen. Heute ist der Neoliberalismus im Grunde durch die in der Weltfinanzkrise und durch die in der Banken- und Eurokrise notwendig gewordenen Staatsinterventionen widerlegt. Auch im Zeitalter der Globalisierung bleibt keine andere Wahl, als neue Gegenseitigkeiten von Märkten und Staaten oder von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft aufzubauen. Dafür sind mittelständische Strukturen geeignet, die den Ausgleich von Gegensätzen anstreben.

„GESTALTEN DER UNBILDUNG“

An die Substanz der westlichen Werteordnung geht auch der Verlust der Gegenseitigkeiten von Bildung und Ökonomie. Beide Funktionssysteme haben ihre eigene Logik. Die Reformen der „Wissengesellschaft“ sind auf Effizienz, Verwertbarkeit, Kontrolle, Spitzenleistung und Anpassung ausgerichtet, lauter „Gestalten der Unbildung“ (Konrad Paul Liessmann). Der Leitcode der Wissenschaft von „wahr oder falsch“ wird überlagert durch den Code der Ökonomie von „zahlen oder nicht zahlen“. Mit einer durch Ökonomisierung und Dauerkontrolle verplanten Wissenschaft wird eine wichtige Ausdifferenzierung der Moderne angefochten. Bildung war einst zur Kompensation der Zweckrationalität gedacht gewesen. Vor lauter Rankings und Evaluationen ging der Sinn für den Sinn verloren, wurden Zahlen zum Ersatz für qualitative Unterscheidungen und Wertungen. „Gutmenschen“ kümmern sich umgekehrt überhaupt nicht um Ökonomie, sondern setzen ausschließlich auf weiche Faktoren, in denen sie alles Gute und Wünschenswerte fördern. Das Böse wird aus der menschlichen Natur ausgeklammert und auf Konsequenz, Sanktion und Gegenseitigkeit verzichtet. Ein solches „Fördern ohne Fordern“ führt in sozialen Prozessen angesichts der immer auch eigenständigen menschlichen Natur unweigerlich zum Ruin.

Wo Politik sich zum Religionsersatz erhob, zerstörte sie sich durch Überforderung selbst. Ein ähnliches Schicksal droht umgekehrt aber auch denjenigen, die integristisch nun Religion und Politik als Einheit verkörpert sehen wollen und damit die notwendige Ausdifferenzierung von Funktionssystemen verhindern. Der Islamismus wird keine bessere Zukunft haben als der umgekehrte Totalitarismus des Kommunismus. Wenn ausdifferenzierten Funktionssystemen die Fähigkeit zur Ankoppelung an andere Systeme verloren geht, muss hingegen von einer Krise des „Und“ und damit der westlichen Kultur gesprochen werden.

VOM ENTWEDER-ODER ZUM SOWOHL-ALS-AUCH

Angesichts dieser Verluste von Gegenseitigkeit werden die Aufgaben der politischen Mitte deutlich. Sie darf nicht vom ideologischen Entweder-oder in die Mittelmäßigkeiten des Weder-noch abrutschen, bei dem alle Spannungen zwischen den Gegensätzen verfallen würden. Ihre Aufgabe liegt im Aufbau eines dialektischen Sowohl-als-auch. Unterschiedliche Funktionen werden nicht als Widersprüche interpretiert, die sich etwa in der Gestalt von Kapital und Arbeit historische Kämpfe liefern, sondern auf ihre Ergänzungspotenziale hin befragt. Die Verbindung der Gegensätze von ideellen und materiellen Zielen, von Moral und Egoismus, von Individualismus und Gesellschaft drückt sich in Formeln aus wie „Fördern und Fordern“, „Hilfe und Selbsthilfe“, „Teilnahme und Teilhabe“ oder „Flexibilität und Sicherheit“.

Weder „links“ noch „rechts“ sind demnach Wege, es geht vielmehr um die Qualität von Interaktionen. Die Originalität der Sozialen Marktwirtschaft liegt nicht in einer spezifischen Idee, sondern in der wechselseitigen Ergänzung von zuvor als unvereinbar angesehenen Ideen. Sie übernahm vom Sozialismus die Betonung des Sozialen und der Würde der Arbeit, vom klassischen Liberalismus die Freiheit des Individuums und die Koordination dezentraler Leistungen durch den Markt, von der Katholischen Soziallehre die Unantastbarkeit der Person, das Subsidiaritätsprinzip und die Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums, von der Evangelischen Sozialethik das Berufsethos und die Sparsamkeit. Ihre Gesellschafts- und Generationenverträge konkretisieren Gegenseitigkeiten des Gebens und Nehmens.

„FÖRDERN UND FORDERN“

Schon um das Niveau dialektischen Denkens zu erreichen, müssen soziale Begriffe mit ihren Gegenbegriffen konfrontiert werden. Zur Partizipation gehört Eigenleistung, zur Teilhabe die Teilnahme, zu Rechten die Pflichten, zur Hilfe die Selbsthilfe und zum Fördern das Fordern. Das notwendige Gegenstück zur Willkommenskultur ist eine Ankommenskultur. Die Qualität eines Sozialstaates ergibt sich nicht aus der Höhe der Sozialausgaben, die bei falschen Steuerungsanreizen niemals hoch genug sind. Die 750 Millionen Euro, die die Bundesregierung jährlich für ihren Integrationsplan mobilisiert, sind ohne ausreichende Selbsthilfe nur eine Subvention von sozialen Milieus.

Eine Renaissance der Gegenseitigkeit deutet sich im Siegeszug der Formel vom „Fördern und Fordern“ an. Sozialpolitik beschränkt sich heute nicht mehr auf die Auszahlung monetärer Transfers, sondern setzt auf Prävention und Aktivierung. Das deutsche Sozialsystem konnte nur durch eine Neujustierung der Hilfe zur Selbsthilfe im „Fördern und Fordern“ stabilisiert werden und Gleiches wird auch für die Einwanderungs- und Integrationspolitik gelten. Im Integrationsdiskurs wiederholt sich derzeit der alte sozialpolitische Streit über das „Fördern und Fordern“. Während die politische Linke vor allem Staat und Aufnahmegesellschaft in der Pflicht sieht, Zuwanderer zu fördern, mehr Toleranz zu üben und mehr Teilhabe zu gewähren, fordern Liberale und Konservative von den Zuwanderern Eigenverantwortung und Integrationsbereitschaft. Vermutlich werden wir noch einige Jahre diskutieren müssen, bis die Scheingegensätze überwunden sind. Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 wurden in Deutschland Ansätze für eine Wende zum „Fördern und Fordern“ eingeleitet. Das Gesetz konnte allerdings jahrzehntelange Versäumnisse nicht nachträglich beheben. Gesetze müssen auch angewandt werden, womit die Behörden oft überfordert sind. Es fehlt an Geld, Personal, Konsequenz und damit immer noch an Gegenseitigkeit.

STRATEGIE DES AKTIVIERENS

Die Regeln des gegenseitigen Gebens und Nehmens, von Berechtigungen und Verpflichtungen müssen sich auch in anonymen sozialen Systemen wiederfinden. In der Sozialarbeit rückt das „Fördern und Fordern“ durch eine Strategie des Aktivierens in den Vordergrund. Für den Aufbau der Gegenseitigkeit von Berechtigungen und Verpflichtungen bräuchten wir eine aktivierende und fordernde Sozial-, Bildungs- und Integrationsarbeit, die gleichrangig neben der betreuenden und fördernden Arbeit steht.

ÜBERDEHNUNGEN UND ASYMMETRIEN

Das Prinzip Gegenseitigkeit sollte auch in den internationalen Beziehungen mehr Beachtung finden. Eine bloße Entgrenzungspolitik, wie sie in Globalisierungsprozessen und in den Erweiterungsprozessen der Europäischen Union gegeben ist, hat zu jenen Überdehnungen und Asymmetrien geführt, unter denen dann alle Beteiligten oft leiden. Mitte und Ränder sind eben nicht gleichzusetzen, sondern in ein Verhältnis asymmetrischer Gegenseitig-

keiten zu setzen. Die Globalisierung erfordert neue politische Grenzen. Eine Liberalisierung der Märkte muss jeweils mit Verbesserungen der zwischenstaatlichen Institutionen einhergehen. Heute gibt es mehr Staaten auf der Welt als je zuvor. Parallel zur Grenzenlosigkeit der Globalisierung wachsen die Bedürfnisse nach lokaler Steuerung. Gegenseitigkeit zwischen asymmetrischen Marktbedingungen erfordert gegebenenfalls vorsichtigen Protektionismus oder eine Handelszone unter vergleichbaren Partnern, wie sie mit der jetzt von Barack Obama angestrebten „Transatlantischen Freihandelszone“ entstehen soll.

ETHOS DER GOLDENEN MITTE

In einer multikulturellen Welt bedeutet Gegenseitigkeit auch die Einsicht in die Grenzen universalistischer Ideale, auch der Menschenrechte und der Demokratie. Während die Interventionen des vergangenen Jahrzehnts eine letztlich westlich geformte Weltordnung anstrebten, lehren uns ihre Misserfolge, wie in Afghanistan und im Irak, uns mit Koexistenz und Gegenseitigkeit zwischen den Machtpolen zufriedenzugeben. Zwischen den Weltkulturen können Gegenseitigkeiten besser verständlich gemacht werden als angebliche Gemeinsamkeiten. Die in Dialogen beschworenen Gemeinsamkeiten werden oft als Gefährdung von Identitäten empfunden und beschwören im Gegenzug kulturellen Fundamentalismus herauf. Der westliche Universalismus hat selbst in der Entwicklungshilfe zu massiven Missverständnissen geführt. Die „Goldene Regel“ der Gegenseitigkeit spielt dagegen in den meisten Kulturen eine Rolle und ist durch entsprechende Konsequenz jedem verständlich zu machen. Sie ist der Klassiker eines Ethos der goldenen Mitte und des rechten Maßes im Alltag, gewissermaßen eine Maxime für den ethischen Normalverbraucher, der weder seine andere Wange hinhalten noch den anderen vernichten will.

Während typische ideologische Ziele wie Gleichheit und Einheit, Gemeinsamkeit und Integration je auf ihre Weise zur Totalität neigen, beruht Gegenseitigkeit auf der Ergänzungsfähigkeit des dauerhaft Unterschiedlichen. In einer radikal pluralistisch gewordenen Welt passen Gegenseitigkeiten sowohl zu den ausdifferenzierten Funktionssystemen moderner Gesellschaften als auch zu den unterschiedlichen Werteordnungen von Kulturen. Es ist an der Zeit, den überschießenden Idealismus des „Prinzips Hoffnung“ und des „Prinzips Verantwortung“ durch das nüchtern-skeptische „Prinzip Gegenseitigkeit“ zu ergänzen.

Christliches Menschenbild und Orientierung

Programmatisches zum guten Leben

JULIA KLÖCKNER

Geboren 1972 in Bad Kreuznach, CDU-Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands.

Viele Jahrzehnte, bevor sich der Begriff „Navigationssystem“ wie selbstverständlich in unseren Wortschatz einfügte, verpflichtete sich die CDU einem Leitgedanken, der bis heute an Aktualität nicht verloren hat. Seit den Gründungsaufufen

von 1945 ist das „christliche Menschenbild“ die Richtschnur der CDU-Programmatik. Von diesem Menschenbild leiten sich die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ab. Und um im Bild zu bleiben – die Programmatik der Union ist die Software unseres Navigationssystems.

Werte bilden das Fundament unserer Gesellschaft. Die CDU Deutschlands leitet ihre Antworten auf die Zukunftsfragen von ihrem christlichen Menschenbild ab. Sie versteht sich als die politische Kraft, die den gesellschaftlichen, demokratischen und technologischen Wandel in Deutschland

gestaltet. Als lebendige Volkspartei erfüllt sie diesen Auftrag, indem sie aufgeschlossen und in der ganzen Bandbreite ihrer Mitgliedschaft die besten Lösungen für die Menschen diskutiert. Der Mensch und seine Bedürfnisse stehen dabei stets im Mittelpunkt. Die Verbesserung und die Sicherung der Lebensbedingungen auch für künftige Generationen sind das erklärte Ziel.

Deutschland ist im internationalen Vergleich in vielen Disziplinen Spitze. Und das soll auch so bleiben. An dieser Erfolgsgeschichte hat die CDU maßgeblichen Anteil. Deutschland ist ein Land, das allen Menschen gute Chancen bietet. Noch nie waren so viele in Lohn und Brot. Die Rekordbeschäftigung sorgt dafür, dass die Bürger ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Wichtig ist, dass vor allem auch die Jugendlichen von dieser Entwicklung profitieren. So wollen wir mit dem Bildungspaket die Zukunftschancen der Kinder verbessern. Auch ist die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland so niedrig wie sonst nirgendwo in Europa. Schon allein deshalb müssen wir das duale Ausbildungssystem, um das uns alle Welt beneidet, weiter stärken.

Gesellschaftliche Entwicklungen, die die Lebensbedingungen der Menschen verändern, bringen es mit sich, dass die Konsequenzen unseres Leitgedankens für politisches Handeln immer wieder neu ausgerichtet werden müssen. Neuausrichtungen werden dabei in der ganzen Bandbreite der Mitgliedschaft diskutiert. Denn es geht vor allem um Zusammenhalt, um den Ausgleich gesellschaftlicher Gruppen. Unser Ziel: das Beste aus Deutschland machen. Mit allen, für alle. Dieses Ziel mündet in ein Grundsatzprogramm, so geschehen in den Jahren 1978, 1984 und 2007. Auch ein Navigationssystem muss immer wieder mit aktuellem Kartenmaterial ausgerüstet werden.

Die Grundsätze, in denen die CDU fest verankert ist, bleiben. Sie sind ein Schatz, den die Gründungsväter der CDU eingebracht haben. Ihn gilt es behutsam fortzuentwickeln. Das aktuelle Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahr 2007 wird diesem Anspruch gerecht. Der Markenkern der CDU gilt in einer Gesellschaft, in der die Kirche immer mehr auf dem Rückzug ist und in der sich immer weniger Menschen dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlen, heute mehr denn je.

SELBSTVERANTWORTUNG UND GEMEINSINN

Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal der Union: Wir trauen den Menschen etwas zu. Die CDU setzt auf Selbstverantwortung und auf Gemeinsinn. Und so ist ausgerechnet eine Partei, die sich zum christlichen Bild vom Menschen bekennt, heute die letzte große Volkspartei der Mitte mit konservativen, liberalen, christlich-sozialen Wurzeln in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft. Ein Widerspruch? Keineswegs! Es gibt viele gute Gründe für

eine Politik, die sich am christlichen Menschenbild orientiert. Einer der Gründe lautet: Die Bürger suchen nach Orientierung und klarer Unterscheidung des Guten vom Schlechten. Wenn man den eigenen Standpunkt nicht kennt, weiß man nicht, wie weit man gehen kann. Das „C“ im Parteinamen ist ein enormer Anspruch an unser Reden und Handeln. Diese Verpflichtung zum christlichen Menschenbild als einer Idee und nicht einer Ideologie macht die CDU in mancher Hinsicht freier und aufgeschlossener für Neues. Die Geschichte lehrt, dass der Versuch, mit Ideologien den Himmel auf Erden zu schaffen, meist mit der Hölle auf Erden endete. Säkularisierung der Gesellschaft bedeutet keineswegs das Ende der Religion. Zweifellos aber hat sich die Rolle von Religion und Kirchen verändert. Das hat ganz unterschiedliche Ursachen. Die deutsche Wiedervereinigung und die Osterweiterung der Europäischen Union haben diese Entwicklung beschleunigt.

Das „C“ ist Programm und Prägung. Christliche Prägung äußert sich in zweierlei: im persönlichen Glauben und im Verhalten. Glaube ist für mich nicht Privatsache, Religion ist vielmehr eine öffentliche Angelegenheit. Der Glaube ist ein fester Bestandteil meines Lebens. Er gibt Halt und leitet bei politischen Fragen, etwa nach dem Schutz ungeborener Kinder und nach der Würde im Alter. Daraus erwächst konkrete Politik. Wenn der Mensch Gottes Ebenbild ist, dann können wir den Lebensschutz nicht ignorieren. Gentests in der Petrischale und die Auswahl von Embryonen: All das ist mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar, weil es uns nicht zusteht, zwischen lebenswertem oder nicht lebenswertem Leben zu unterscheiden. Dies gilt für den Anfang des Lebens, und das gilt gleichermaßen für das Ende. Deshalb werden wir einer aktiven sogenannten Sterbehilfe nicht die Hand reichen.

DIE FAMILIE

Christliche Demokraten sind sich des fundamentalen Wertes der Familie bewusst. Sie wissen, dass sich die Familie nicht einfach so mir nichts, dir nichts gründet, geschweige denn durchhalten lässt. Sie bedarf der Ermunterung, der Achtung, der ideellen wie auch der materiellen Wertschätzung und der Förderung, wo immer sie dies braucht. Denn ohne Familie, ohne Kinder, ohne verantwortliche Eltern sieht diese Gesellschaft „alt“ aus. Familie ist für uns keine bloße Wohngemeinschaft oder Sozialisationsagentur, sondern eine Verantwortungsgemeinschaft, auf die die Gesellschaft, zumal eine sich rasch verändernde, dringend angewiesen ist. Denn Familie bietet – trotz aller Probleme, die es auch geben kann – Sicherheit und Verlässlichkeit in einer Gesellschaft steigender Ungewissheiten. Viele schreiben die Familie ab, reden sie

klein und verweisen nur auf die Fälle, wo oft auf tragische Weise Fehlverhalten aneinandergereiht wird. Dabei trägt die überwältigende Mehrheit der gesunden, gut funktionierenden Familien unsere Gesellschaft. Es gehört auch zu einer christlichen Partei, ehrlich anzusprechen, dass gesellschaftliche Herausforderungen in Form des demografischen Wandels auf uns zukommen, die den ganzen Sozialstaat etwa bei Pflege und Gesundheit erschüttern werden. Ohne starke Familien, die der Staat, wo er kann, unterstützen muss, werden wir diese Herausforderungen nicht bewältigen können.

Zum Auftrag der christlichen Soziallehre gehört für mich auch die Durchsetzung der Rechte der Frau. Deshalb nehmen wir Anstoß, wenn unter dem Deckmantel einer falsch verstandenen Integrationspolitik empfohlen werden soll, Sexualkunde- und Schwimmunterricht geschlechtergetrennt zu unterrichten und für muslimische Mädchen eine Schwimm-Burka zu empfehlen. Das ist antiaufklärerisch und unvereinbar mit der Politik von christlichen Demokraten. Auch hier unterscheiden wir uns klar von der Politik der SPD. Wir verlangen, zu akzeptieren, dass Frauen sich nicht vor Männern verhüllen müssen, sondern dass Jungen und Mädchen gleich viel wert und gleichberechtigt sind.

WIRTSCHAFTSORDNUNG

Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands ist eng verknüpft mit der Sozialen Marktwirtschaft, die wesentlich auf dem christlichen Menschenbild fußt. Sie bedeutet Freiheit und Gemeinschaft und schützt die Menschen und die Unternehmen vor kapitalistischer Marktradikalität sowie vor sozialistischer Entmündigung. Es ist die Aufgabe der Union, die Soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Der Bildung kommt hierbei eine Schlüsselfunktion zu. Gerade in Krisenzeiten hat sich gezeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft ein besonders widerstandsfähiges System ist. Der Markt braucht jedoch Regeln, Kontrolle und Grenzen. Das ist ein Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft – und einer Freiheit in Verantwortung.

Zur Freiheit befähigen bedeutet in diesem Zusammenhang: Jeder Bürger – egal welcher Herkunft – muss eine wirkliche Chance haben, seine Freiheitsrecht auch wahrnehmen zu können. Gute Bildung der Persönlichkeit ist hierfür ein entscheidender Schlüssel.

Kennst du das Land, wo der Wohlstand gedeiht?

Das polarisierende Denken von Reich gegen Arm schadet der Sozialen Marktwirtschaft

ANDREA SEIBEL

Geboren 1958 in Hamm am Rhein, seit 2002 stellvertretende Chefredakteurin und Ressortleiterin Forum, „Die Welt“/„Welt am Sonntag“.

Kennst du das Land, wo der Wohlstand gedeiht? Es wächst gut im Garten der Sozialen Marktwirtschaft, die Blüten duften gut. Doch irgendwie scheinen den Flaneuren des Gartens die Sinne und das Gemüt getrübt zu sein: Statt von wohligen Düften sprechen sie von Fäulnis, statt strahlender Farben sehen sie nur Grau. Die Erkenntnis ist bitter: Den Erfolg des deutschen Modells sieht man nur im Ausland. Im eigenen Lande überwiegen die Skeptiker. Woher rührt diese Unzufrie-

denheit der Deutschen? Im Ausland bewundert man den deutschen Arbeitsmarkt, der transparenter und effizienter ist als der vieler europäischer Nachbarn. Die Arbeitslosigkeit liegt unter drei Millionen, die Kaufkraft der breiten Gesellschaft hat die Wirtschaft stabilisiert, und das duale Bildungssystem wird gerade in Zeiten beängstigender Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Raum als möglicher Rettungsanker propagiert.

Doch hier überwiegen die Bedenkenträger und Miesmacher. Nivellierte Mittelschichtsgesellschaft? Von wegen, dröhnt die Opposition, die „Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander“. Natürlich gibt es Armut zuhauf in der Welt. Doch auch hier hat trotz allen

Geschreis über den erbarmungslosen Kapitalismus und die Globalisierung eine ungeahnte Verbesserung stattgefunden. In den letzten zwanzig Jahren ist es dank des Wirtschaftswachstums fast einer Milliarde Menschen gelungen, der extremen Armut zu entkommen. Zwischen 1990 und 2010 sank die Armutsquote in den Entwicklungsländern von 43 Prozent der Bevölkerung auf 21 Prozent. Und der Prozess ist nicht beendet.

DIE GÖTTLICHE GIESSKANNE DES SOZIALSTAATES

Eine solche elementare Armut gibt es in Deutschland nicht. Dank eines gut ausgebauten Sozialstaates stirbt hier niemand Hungers, eher kann man angesichts der Verdreifachung der Ausgaben des Wohlfahrtsstaates von einer Rundumversorgung breiter Bevölkerungskreise sprechen, die weder Steuern zahlen noch einer Arbeit nachgehen. Linke Politiker und Vertreter der Sozialindustrie, die in den letzten zwanzig Jahren exorbitant wuchs und die es, was die Zahl ihrer Mitarbeiter anbelangt, mit Großkonzernen aufnehmen kann, schüren dennoch den Unmut. Ihr Armutsbegriff hat Züge eines politischen Kampfbegriffes, der der Selbsterhaltung dient.

Immer wird von „den Reichen“ gefordert, sie sollten „endlich einen Beitrag leisten“, obwohl seit Jahrzehnten eine Umverteilung von oben nach unten stattfindet. Die Mystifizierung des Sozialstaates, der im Besitz einer göttlichen Gießkanne sein muss, hat zu semisozialistischem Denken in Deutschland geführt, das auch vor bürgerlichen Kreisen nicht haltmacht. Alle

Wege führen zum Staat, der alles richten soll. Das gefällt natürlich einigen Politikern, die so entlastet werden, nicht konzeptionell denken und handeln zu müssen, sondern nur fiskalisch. Alles dreht sich ums Geld. Und es muss immer mehr Geld sein, das immer größere Löcher stopfen soll.

Der Sozialstaat ist die „Kriegskasse zur Finanzierung der Wiederwahlkampagnen“, wie der Philosoph Wolfgang Kersting treffend schrieb. Herausgekommen ist dies: In der Sozialhilfe gibt es viele frustrierte Transferempfänger, in den Schulen hat Deutschland die bestbezahlten Lehrer Europas, aber nicht die besten Schüler. Im Gesundheitssystem versickern Milliarden in Mehrfachuntersuchungen.

DIFFUSES UNBEHAGEN AN DEN GEGENWÄRTIGEN ZUSTÄNDEN

In vielen öffentlichen Debatten hat sich das simple statische und damit auch polarisierende Denken durchgesetzt: Reich gegen Arm, oben gegen unten, Bevorzugte gegen Benachteiligte. Als ob unsere Gesellschaft wirklich so banal wäre. Und dennoch ist dies der Ton: Nicht die Dynamik der Gesellschaft, also die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft jedes Einzelnen zählen. Stattdessen frönt man einem diffusen Unbehagen an der Gegenwart, fördert Nörglertum und Katastrophismus. Warum sind die Deutschen nicht selbstbewusster?

Noch nie hat es in Wahlkampfzeiten derart dreiste Positionierungen fast aller Parteien für deutliche Steuererhöhungen und Vermögensabgaben gegeben wie in

diesem Jahr. Der deutsche Sozialstaat, der in Zeiten der Globalisierung härteren Winden ausgesetzt ist und auch den Bevölkerungsschwund zu spüren bekommt, muss hart mit sich ins Gericht gehen, ob seine Leistungen die gewünschten Ergebnisse zeitigen. Hier hat, und dies muss immer wieder betont werden, das „Fördern und Fordern“ der Agenda 2010 eine strukturelle Verschlinkung und mentale Mobilisierung bewirkt, von deren Früchten die Deutschen immer noch zehren. Aber beherzigen sie auch die Lektion? Nie darf der Sozialstaat zum Steuerstaat werden, der immer mehr von immer weniger werdenden Beiträgern nimmt und sich in Umverteilungssorgen ergeht. Das Geld „gehört“ nicht dem Staat, wie es so verquer formuliert wird, sondern es ist das Geld seiner Bürger.

Viele verkennen, dass die Verschiedenheit und damit eine gewisse Ungleichheit zwischen den Menschen notwendiger Motor gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung sind. Wohlstand kann nicht einfach so verteilt werden, er muss erarbeitet und geschaffen sein: Erfolg, Leistung und Reichtum sind seine Bedingungen, nicht Gleichmacherei.

DIE GESELLSCHAFT SCHIESST SICH IN DEN FUSS

Unverkennbar ist in Deutschland die Stimmung gegen Wohlhabende und Reiche wie gegen die Wirtschaft im Allgemeinen negativ. Und dies, obwohl der familiengeführte Mittelstand so erfolgreich und dynamisch ist! Das ist fatal. Sind wir schizophoren? Zu schnell werden viele als „arm“ deklariert und erfahren eine materielle

und konsumorientierte Daseinsfürsorge statt einer Freiheitsfürsorge, die ihre Mündigkeit stärken könnte: Das könnte man eine sozialstaatliche Gerechtigkeit nennen, die mehr ist als Verteilungsgerechtigkeit! Stattdessen wird der „Reiche“, der ja auch ein Erfolgreicher ist, als Unlauterer und Unehrllicher in Sippenhaft genommen. So bleibt eine Gesellschaft samt ihrer Berufspolitik, die doch auch im Interessenbetrieb ihre Anteile sichern wollen, hinter ihren Möglichkeiten. Mehr noch: Sie schießt sich in den Fuß. Wer so sehr an Selbstwahrnehmungsstörungen leidet, wie soll der eine führende Rolle in Europa wahrnehmen?

Natürlich macht Wohlstand nicht per se glücklich. Durch Wohlstand kann man auch unfrei werden. Wohlstand kann durchaus zu schrumpfender Souveränität führen, verstanden als Fähigkeit, die Dinge abzuwägen und auch bereit zu sein für Veränderungen.

Es gibt zwei Deutschlands: Nicht Ost und West, nicht Nord und Süd, sondern das der Vereinfacher und Schlechtredner, über die man, würden sie nicht die öffentlichen Debatten so vergiften mit ihren Klassenkampf- und Umverteilungsparolen, lachen könnte. Und das der Tatkräftigen, der Macher, der Anpacker, der Ideen und Neugierigen wie Selbstsicheren, der Freien und Selbstständigen, die nicht warten und nach dem Ammenstaat rufen, sondern vorangehen. Mit der gesäßgeografischen Zuordnung links-rechts ist dies nicht mehr zu erfassen. Noch scheint das Wasserglas mehr als halb voll. Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren sehr verändert, nicht nur zum Schlechten. Ein Film hieß: „Die fetten Jahre sind vorbei.“ Das Durchwachsene, teils Fette, teils Magere, ist vielleicht sogar besser.

„Mein Herz dancet und blüht auf“

Was die Redakteure des Magazins „Ohrenkuss“ über Glück,
Probleme und Selbstbestimmung schreiben

Ohrenkuss ist ein Magazin, das von Menschen mit Down-Syndrom gemacht wird. In seinem Bonner Redaktionsteam schreiben derzeit fünfzehn Autorinnen und Autoren darüber, was sie fühlen und was sie bewegt. Dazu kommen Fernkorrespondenten von überall auf der Welt, die ihre Texte einsenden. Die Redaktionsmitglieder sind zwischen 19 und 59 Jahren alt.

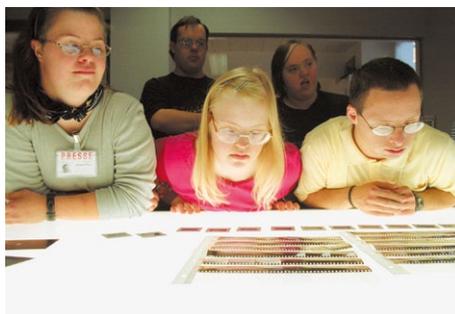
„Menschen wollen glücklich sein“, postuliert Fernkorrespondentin Maria Trojer. Glück bedeute „was Wahres in sich“ und könne an unermuteten Orten zu finden sein: „So versteckt sich das Glück in der Tafel Schokolade.“ Ihr Redaktionskollege Martin Weser sekundiert ihr: „Das Glück kann überall sein, muss man suchen.“

Ein Glücksgarant ist für die *Ohrenkuss*-Redakteure die Liebe, über die Carina Kühne schreibt: „Ich habe einen Freund, der mich liebt, und eine Familie, die immer für mich da ist. Wenn ich Probleme habe, bin ich nie allein und habe immer jemanden zum Reden.“ Auch Maximilian Kurth macht die Liebe glücklich: „Meine Freundin ist ein Glück. Weil ich hab ein Herz für sie und sie hat ein Herz für mich.“



Die *Ohrenkuss*-Redaktionssitzung findet alle vierzehn Tage statt. Die *Ohrenkuss*-Autoren von links nach rechts: Angela Fritzen, Svenja Giesler und Marc Lohmann.

© Luke Golobitsh, Bonn



Das Bildmaterial für das nächste Heft wird gemeinsam gesichtet. Die *Ohrenkuss*-Redakteure Angela Fritzen, Svenja Giesler und Antonio Nodal bei der Arbeit.

© Herby Sachs, www.sachs-foto.de

Dominic Edlers beschreibt Glücksmomente so: „Wenn jemand zum mir Nett ist, vielleicht ein Nettes Mädchen mit Schöne Augen.“ Aber nicht nur die Liebe zu einer anderen Person macht glücklich. Genauso wichtig ist, mit sich selbst zufrieden zu sein: „Das Herz ist voll in Glück: man ist Verliebt im sich Selbst. Man kriegt Schöne Augen.“

Judith Klier verbindet Glück und Familie: „Glück bedeutet für mich sehr viel im leben und das man mit der familie glücklich sind. Das schönste ist mein Patenkind weil sie mir ein Glückliches Kind ist und das bedeutet mir sehr viel.“ Auch Johanna von Schönfeld ist ein Familienmensch und empfindet Glück: „Wenn meine Geschwister zu meiner Seite stehen. Ich bin ein Family- und Freundschaftstyp und dann bin ich glücklich. Ich liebe die Gespräche und das Zuhören. Das bringt mir Glück.“

Johanna von Schönfeld sprudelt über vor Glück, wenn sie tanzt: „Bei jeder Party bin ich fast immer überhappy, denn ich bin eine Partytante. Wenn die Clubs gut besucht sind, wär ich happy. Ich lasse mich gerne treiben und dance (phonetisch: dänze) einen ab. Mein Herz dancet und blüht auf.“

Verena Günnel liebt es, in der Sonne zu liegen. „Da ist es so schön warm.“ Doch Erfüllung findet sie nicht allein in der Freizeit: „Aber am liebsten gehe ich in meine Arbeit zu meinen lieben Kollegen.“

Die Mitglieder der *Ohrenkuss*-Redaktion geben an, glücklich zu sein. Jedenfalls überborden die Probleme nicht. Dass sie unter ihren Begrenzungen mehr leiden, als es Nicht-Behinderte unter den ihren tun, scheint eine unzutreffende Fremdwahrnehmung zu sein. Die Probleme, die genannt werden, sind teils ganz alltäglicher Natur. So hadert Antonio Nodal mit dem Älterwerden, hat aber schon handfeste Lösungen parat: „Problem: Ich bin alt. Ich bin schon 38. Ich will lieber jung sein. Ich war mal schön. Was hilft? Ich

bleibe fit. Ich mache Sport: Boxen und Fahrrad fahren, boxen und Tennis spielen. Ich will schön sein. Ich liebe das. Und Lachen, das hilft. Ich glaube ja, das hilft.“

Verena Günnel macht sich andere Sorgen. Die Arbeit in einem Bonner Altenheim fällt ihr schwer: „Ich hab viel Probleme in mein Arbeit, weil ich nicht so schnell bin. Wenn ich da Probleme habe, dann kriege ich Erschöpfung, brauche ich Hilfe. Ich habe Angst davor, ich kriege das ja mit, was da schief läuft. Ich habe keine Wahl, das abzuhalten. Das ist viel für mich, kriege ich Stress davon. Das ist schwierig für mich zu entscheiden: hier bleiben oder gehen.“ Sie holt sich Rat und Trost von ihren Kollegen – und von ihrer Chefin: „Es gibt ein Mensch, dem ich vertrauen kann. Die ist meine Ansprechpartnerin: meine Chefin. Muss man ansprechen Dann kriege ich mein Problem los. Und es hilft mir darüber zu sprechen, mit den Ohrenkuss-Kollegen. Die können trösten. Das tut gut.“

Das Thema Vorurteile wurde von den Redakteuren nicht selbst benannt. Aber dazu befragt, gibt Maria Trojer selbstbewusst an: „Andere sagen, dass die Menschen mit Down-Syndrom dumm und ohne Gehirn sind – auch so was kann ein Vorurteil sein, weil man so nicht sagen darf, nur weil wir anders aussehen. Ich finde es nicht normal, was die anderen über uns sagen. So was kann gar nicht stimmen.“

Viel mehr beschäftigt die Redakteure das Thema Selbstbestimmung. Verena Elisabeth Turin beteuert: „Für mich bedeutet selber bestimmen sehr, sehr wichtig. Weil ich sehr gerne mitreden möchte, wenn es um mich geht.“

Julian Göpel, der als Hausmeisterhelfer arbeitet, unterscheidet verschiedene Lebensbereiche: „Ich kann alles alleine in meiner Wohnung alles alleine machen. Bei der Arbeit darf ich nicht alleine bestimmen, die werden da gesprochen. Ich brauche Unterstützung wegen Technikeiten. Handwerkeln kann ich auch alleine: Malerei, Gärtnern kann ich alleine. Getränke kann ich hochbringen und Gepäck für die Gäste, die zu uns in der Firma kommen. Die Anweisungen habe ich bei meinen Vorgesetzten zu tun. Ich Melde mich immer telefonisch bei meinen Vorgesetzten an.“

Anna-Lisa Plettenberg missfällt, dass sie nicht alle Entscheidungen allein treffen kann. „Dann fühle ich mich generft.“ Aber sie hat ein Rezept dagegen. „Dann gehe ich zum Klavier und spiele Noten.“ Katja Sothmann ist dankbar für Anregungen, aber will sich nicht bevormunden lassen: „Natürlich können die anderen mir Tipps geben, wie ich das machen soll. Aber nicht einmischen, weil das ist meine Sache. Das bestimme nur ich.“

Veronika Hammel schreibt: „Ich bin manchmal ohnmächtig.“ Ihre Botschaft, um die Ohnmacht zu überwinden, lautet: „Mit Einander Reden.“

Der Beitrag wurde zusammengestellt von Anne Leichtfuß, Redaktionsteam Ohrenkuss.
Weitere Informationen zum Projekt Ohrenkuss unter www.ohrenkuss.de.

Zu viel Sex and Crime?

Wie geküsst wird und was das über uns sagt

MICHAEL BÖHM

Geboren 1969 in Dresden, freier Publizist und Autor, unter anderem für „Du – das Kulturmagazin“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur.

Alexandre Lacroix: *Kleiner Versuch über das Küssen*, Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2013, 175 Seiten, 16,90 Euro.

Ist die Art und Weise, wie die Menschen einander küssen „das Echo der uns umhüllenden Metaphysik“? Der französische Philosoph Alexandre Lacroix, Professor

am renommierten *Institut d'Études Politiques* in Paris, behauptet das in seinem originellen Buch *Kleiner Versuch über das Küssen*. Es erscheint als eine sehr französische Idee, dass die Art und Weise zu küssen eine Chiffre für gesellschaftliche Normen und Konventionen sein soll. Doch ist sie nicht so einfach von der Hand zu weisen. Denn es ist eine soziologische Binsenweisheit, dass sich Sitten und Gebräuche in der sozialen Kommunikation niederschlagen – und zu ihren intimsten Formen zählt der Kuss. Als Ritual des Respekts und der Zärtlichkeit dürfte er somit tatsächlich Auskunft darüber geben, wie Menschen denken und fühlen, wie sie einander begegnen.

Als philosophisches Thema ist der Kuss weiß Gott nicht neu. Jean-Jacques Rousseau etwa beschreibt ihn in seinem Roman *Die neue Heloise*. Von zarten „Rosenmündern“ ist darin die Rede, die beglückte Seufzer ausstoßen, da das Feuer „brennender Lippen“ verlischt – anders als bei Marquis de Sade und seinem Buch *Justine oder das Missgeschick der Tugend*. Dort spielen „feurige Zungen“ die Hauptrolle, die ihr wollüstiges Werk wühlend und brutal verrichten, begleitet von klagenden Lauten oder wüsten Obszönitäten. Der Kuss – als Geste körperlicher Zuneigung – steht im Spannungsfeld dieser beiden Pole.

ZUSAMMENSTOSS STATT ZÄRTLICHKEIT

Folgt man Lacroix, dann leben wir in einer Epoche der Verrohung. Es trete zunehmend das in den Vordergrund, was de Sade als authentischen Geschmack des Kusses in der Natur vorzufinden glaubte: die Hemmungslosigkeit, die den „Kuss als gezügelten Biss“, seines Sinnes beraubt, ihn zu einem Verschlingen werden lässt. In Literatur, Malerei und darstellender Kunst, klagt Lacroix, verschwänden Darstellungen, wo sich Küssende innig in die Liebkosungen versenkten, die zeigten, dass „Liebe regiert, wo die Natur bereits gewählt hat“, wie es Rousseau ausdrückte. Stattdessen würden verstärkt Küsse Einzug halten, die allein lustgeleitet, gierig und schnell seien; gemäß dem „Zeitgeist, der eher zum Zusammenstoß als zur Zärtlichkeit“ ermuntere und der sich auch in Warteschlangen vor Supermärkten, in Großraumbüros und auf Flaniermeilen manifestiere, wo Aggressionen spürbar

würden, die nur auf ein falsches Wort, eine falsche Geste warteten, um loszubrechen. Theodor W. Adorno und Max Horkheimer sahen im Werk des Marquis de Sade das kalkulierende, auf „blutige Leistungsfähigkeit“ ausgerichtete „bürgerliche Subjekt“ konsequent ausgestaltet; in der „Dialektik der Aufklärung“, dem grundlegenden Text der „Kritischen Theorie“ und damit der Frankfurter Schule (1939 bis 1944 entstanden), zeigten sie anhand der „Justine“, wie die rohen Triebe des Subjekts zum Durchbruch gelangten, wie sie sein Handeln bestimmten und wie dies mit historischen und gesellschaftlichen Prozessen einherging.

Insofern erscheint es interessant, sich Lacroix' Untersuchung zuzuwenden, in der sich das gesamte Spektrum des Kusses manifestiert.

Für den französischen Philosophen jedenfalls illustriert heute auch das Kino der Traumfabrik Hollywood die Tendenz zur „Verrohung“: Nicht nur, dass der 1968 eingeführte *Hays-Code* in den Studios obsolet geworden sei, der zweideutige Tänze, nackte Schauspieler und Bettszenen geächtet habe, sodass Filmpartner seither verstärkt ihre Münder aufeinander zu pressen und sich „vollzusabbern“ begonnen hätten. Genauso sei noch am Anfang der 1960er-Jahre jeder Filmkuss in den James-Bond-Streifen eine filmisch betonte Handlung gewesen, sorgfältig hergeleitet durch ansteigende Intensität und gefolgt von ruhigeren Szenen. Heute hingegen würden die Sequenzen, in denen der Held mit seinen Bond-Girls zur Sache geht, dem Zuschauer nur eine Atempause vor der nächsten Actionszene verschaffen. Sex und Gewalt liegen da allzu dicht beieinander. Für Lacroix ist es daher kein Wunder, dass beim Anblick eines hüb-

schen Mädchens heute ein Romanheld, eine Filmfigur oder auch der erstbeste Typ von der Straße nicht etwa denkt: „Ich habe Lust, sie zu küssen“, sondern: „Ich würde sie gern flachlegen.“ „Es kann sein“, schreibt Lacroix bedauernd, „dass unsere Zivilisation niemals mehr ein Äquivalent zu Gustav Klimts Gemälde ‚Der Kuss‘, zu Robert Doisneaus Fotografie ‚Les amants de l’Hôtel de Ville‘ oder zur vehementen Umarmung aus *Vom Winde verweht* hervorbringen wird.“

LESARTEN UND TRANSFORMATIONEN EINES INTIMEN BRAUCHES

Ein Manifest für eine künftige Kultur des Kusses stellt dieses brillant geschriebene Buch dar, einen Appell, seinen Geschmack (wieder) zu suchen, zu finden und zu bewahren – nicht zuletzt, weil der Autor vor allem auf die christlich geprägten Lesarten und Transformationen dieses intimen Brauches schaut. Seine historischen Ursprünge liegen im Dunkeln. Auch wenn es heißt, dass sich der Kuss einst aus der Mund-zu-Mund-Übertragung vorgekaueter Nahrung entwickelt habe, wie sie bei vielen Tieren und noch einigen Naturvölkern zu beobachten ist; auch wenn sicher ist, dass Indoeuropäer und Semiten ihn als Ausweis von Zuneigung und Ehrerbietung seit Langem kennen – anders als manche Schwarzafrikaner, die noch im neunzehnten Jahrhundert aus demselben Grund die Augen von geliebten Personen leckten, oder Lappen und Jakuten, die noch heute ihre Nasen zum „Riechkuss“ an Wangen legen.

Aber in der heutigen globalisierten Welt kennt man vor allem jene Zärtlichkeitsweise, die einst die Römer unterschieden: *Basium* und *osculum* gab man einander mit geschlossenem Mund, als Zeichen der Liebe der Eltern zu ihren Kindern und als Symbol des Respekts zwischen Paaren und sozial Ebenbürtigen. Nur beim *sua-vium* kam lasziv die Zunge ins Spiel. Das war den Liebesspielen vorbehalten, denen man sich im häuslichen Bett oder in Bordellen hingab: idyllisch oder wild, zu zweit oder in ausschweifenden Orgien.

APOLLINISCH ODER DIONYSISCH KÜSSEN

So waren Küsse kulturell reglementiert, hatten ihre bestimmten Geber und Empfänger ebenso wie vorgegebene Orte. In dieser Weise repräsentierten sie die menschlichen Leidenschaften in all ihren Facetten – metaphysisch aufgeladen und interpretiert nicht zuletzt durch die antike, wenig prude Vielgötterei. Die Küsse bei Rousseau und de Sade hätten darin nicht „verschiedene Auffassungen von Natur“ widerspiegelt, sondern nur ihre Spielarten. Sie hätten sowohl im Zeichen von Apollon gestanden, dem Gott der sittlichen Reinheit und Mäßigung, als auch in jenem von Dionysos, dem Gott des Rausches und der Ekstase. So gab es Küsse, wie sie etwa Euripides in seiner Tragödie *Die Bakchen* beschrieb, in dem Agaue ihren geliebten Sohn Pentheus im Rausch zerfleischt. Der antike Mensch sah sie zwar als grausam und ungewöhnlich an, aber nicht unbedingt als widernatürlich.

Dagegen pflegte das monotheistische Christentum ein distanzierendes Verhältnis

zur körperlichen Liebe. Vor allem: Als Religion, der die Vernunft zugrunde liegt, verdammt es die Gewalt und die ihr so naheliegende sexuelle Ekstase. Beides wurde potenziell sündhaft. Im dreizehnten Jahrhundert verbot Papst Innozenz III. den Kuss in der Kirche, den sich die ersten Christen als „Brüder und Schwestern“ gegeben hatten. Gereinigt von jeglicher Erotik, küssten die Gläubigen seither nur noch die Ringe der Bischöfe, die Reliquien der Heiligen oder den Maulesel des Papstes. Die Humanisten der Renaissance umkleideten den Kuss wieder mit „einer Aura des Heiligen“ und machten ihn als „unumgängliches Ritual von Intimität“ den Laien erneut zugänglich.

Sublimiert, idealisiert, von allem lustvoll Schmerzlichen entledigt – so zeigt sich der Kuss in den Oden des sechzehnten Jahrhunderts: „Reiche die Lippen zum Kuss mir – so flehet’ ich – reizendes Mädchen! Leis’ mit den Lippen darauf rührt du die Lippen mir an“, schreibt etwa der niederländische Dichter Johannes Secundus. Und: „Wann kommst du Mund, mich meinem Tod entreißen, den dieses schöne Auge mir verheißen?“, heißt es bei Pierre de Ronsard. Der französische Poet sabotierte geschickt die damalige Auffassung, wonach Küssende an *spiritus* verlieren würden, an „Seelensaft“. Er meinte hingegen, dass sich dieser beim Kuss an dem des Partners erneuere – so rettete er den Kuss vor der Ächtung der Neuplatoniker.

KÜSSEN IM ZEITALTER DER VERNUNFT

Doch auch in der Aufklärung setzte sich die nicht allzu kussfreundliche Tradition

des Christentums fort. Der Kuss ginge einher mit Heuchelei und Verrat, wie das Beispiel des Judas belege, schimpfte der keusche Voltaire. In ihm manifestiere sich noch dazu der Inzest zwischen Adel und Kirche, da Kardinäle Königinnen auf den Mund küssen dürften. Für den französischen Philosophen hemmte das Küssen den moralischen Fortschritt; es war schwer vereinbar mit der kommenden Vernunft-epoche.

Was Wunder, dass erst Voltaires Antipode Rousseau und der lasterhafte de Sade die „Fundamente zu einer neuen Metaphysik des Kusses legten“ – und damit Positionen bestimmten, die einst die Griechen als apollinisch und dionysisch markiert hatten? Rousseau und de Sade glaubten im achtzehnten Jahrhundert, den authentischen Geschmack des Kusses wiedergefunden zu haben. Der Erste getreu seiner optimistischen Anthropologie, nach der der Mensch von Natur aus gut sei und fähig zur Vernunft und Erziehung, sodass der Kuss à la Rousseau einmal mehr ausschließlich sublimiert erscheint und die Illusionen der Aufklärungsepoche illustriert. Der Zweite entsprechend seinem pessimistischen Bild vom Menschen, das die Abgründe seiner Natur nicht verleugnet oder verdrängt und wonach das hemmungslose Streben nach Lust alleiniges Motiv des Handelns ist. Beide reflektierten als Aufklärer über den Kuss und schrieben darüber; doch beide erachteten ihre Standpunkte als absolut, formulierten eine Ausschließlichkeit, wo sich doch Grauzonen, spielende Übergänge und Wechselseitigkeit zu einer Einheit zusammenfügen.

Doch noch in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts sollte gemeinhin Rousseau vor de Sade gehen, was das

Küssen anbelangt, vor allem in Literatur und Kunst, bedingt nicht zuletzt durch christliche Vorstellungen von Moral, die außerordentlich virulent waren.

So dominierten denn auch noch geraume Zeit romantisch gemalte Küsse, wo – wie bei Francesco Hayez – Intimität zugleich Innigkeit bedeutet. Erst später zeigte Henri de Toulouse-Lautrec den Kuss nahe am Dienst der Prostituierten, den man begierig in Anspruch nahm, ließ ihn Edvard Munch zum Vampirkuss werden, bei dem die roten Locken der Ge-küssten wie Blut hervorquollen, lotete schließlich Sigmund Freud die Fantasien des Marquis de Sade tiefenpsychologisch aus – und erklärte den Kuss zum per-versen Relikt der oralen Phase.

Schwingt daher in unserer säkularisierten Zeit nur das dionysische Pendel wieder zurück, nach der jahrhundertlangen Ära der Verdrängung, des Maßvollen, Vernünftigen, Apollinischen? Offenbart heute also der Kuss nur die Varianten, die er schon immer hatte: angefangen von den vorsichtigen „Knutsche-reien auf den Teeniefeten“ über die Genitalküsse, die Erwachsene heute in Internetforen schamfrei diskutieren, wie einst die Römer bei ihren Orgien bis hin zu den von Action unterbrochenen Bettszenen der James-Bond-Filme?

Das wäre zu einfach. Denn ob das Pendel nun zurückschlägt oder nicht, ob sich unter dem dünn gewordenen Firnis der Zivilisation nunmehr auch archaische Regungen zeigen und mit verfeinerten konkurrieren – in jedem Fall werden sie vermarktet, vernutzt und verbreitet, wie alles, was der Domäne des Sexuellen angehört; sodass heute schon Zwölfjährige per Mausclick Zeuge sadomasochistischer Praktiken werden; sodass das Vokabular

mancher Jugendlicher bedenklich de Sades Schriften gleicht; sodass manche Experten schon von „mental-missbildungen“ bei Kindern und Heranwachsenden sprechen und davon, dass diese heute kaum mehr Chancen hätten, altersgerecht Sexualität zu entdecken.

So bleibt uns tatsächlich wohl nichts anderes, als zu begreifen, dass „das Liebes-leben nicht nur ein privates Drama“ darstellt, sondern dass es an das Schicksal der Welt angeschlossen ist; dass die Götter längst die Erde verlassen haben und dass die Menschen des 21. Jahrhunderts den Rousseau’schen Kuss wiederentdecken dürfen – vielleicht als das Beste eines guten Lebens.

Entzauberung des Lebens

Zum Einfluss der modernen Lebenswissenschaften
auf unser Konzept des Lebens

MARGRET ENGELHARD

Geboren 1969 in Bonn, Biologin, Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen Bad Neuenahr-Ahrweiler.

“I think of life as organised chemicals, self-organised chemicals” – John Glass vom J. Craig Venter Institute, USA, ist einer der führenden Vertreter der Synthetischen Biologie. Im Gespräch bringt er das seiner

Forschung zugrunde liegende Konzept des Lebens schnell auf den Punkt. Aus der Sicht der Synthetischen Biologie bestehen Lebewesen ausschließlich aus chemischen Bausteinen und Bausteingruppen und können durch sie und ihre Organisation vollständig erklärt werden. Auf dieser Grundlage hat sich die Synthetische Biologie zum Ziel gesetzt, Lebewesen nach rationalen Prinzipien zu entwickeln und neu zu schaffen, um sie beispielsweise für medizinische oder industrielle Anwendungen zu nutzen. Die Synthetische Biologie ist ein neuer Zweig der modernen Lebenswissenschaften, der sich in den wenigen Jahren seit seiner Entstehung rasant entwickelt hat und mit eigenen Tagungen,

wissenschaftlichen Zeitschriften und Lehrstühlen bereits Merkmale einer eigenen Disziplin aufweist. Wichtigste Gemeinsamkeit von Synthetischer Biologie und Gentechnik sind die ähnlichen Ziele, wie zum Beispiel die Herstellung von rekombinanten Biopharmazeutika oder die Suche nach alternativen Energieformen.

Als Forschungsfeld geht die Synthetische Biologie aber in vielen Punkten über die klassische Gentechnik hinaus. Es werden nicht nur – wie in der Gentechnik – einzelne Gene oder Gencluster verändert, entfernt oder zu natürlichen Organismen hinzugefügt. Vielmehr hat die Synthetische Biologie einen systemischen Ansatz, bei dem Organismen teilweise in Ablösung von Vorbildern in der Natur von Grund auf neu entwickelt und hergestellt werden sollen. Dabei geht die Synthetische Biologie nach ingenieurwissenschaftlichen Prinzipien vor: Zellen werden ähnlich wie Autos in der Fahrzeugindustrie als „Chassis“ oder Plattform gesehen, die dann mit standardisierten und optimierten Bausteinen ausgestattet werden, um eine zugeschnittene Funktion zu erfüllen. Eine Strategie, diese Plattform zu entwickeln und zu optimieren, ist die In-vitro-Synthese von Lebewesen. Noch ist es nicht gelungen, Lebewesen im Reagenzglas vollständig aus unbelebter Materie zu synthetisieren. Wie konkret die Forschung aber in diesem Bereich ist, zeigen die Arbeiten von Craig Venter, John Glass und ihren Koautoren. Ihnen ist es bereits gelungen, das komplette Erbgut eines Bakteriums im Reagenzglas zu synthetisieren und in eine leere Bakterienhülle zu transplantieren. Da das künstliche Erbgut die Kontrolle über das Bakterium übernommen hat, sprechen die Autoren bereits hier von der Schaffung einer synthetischen Zelle.

WAS BLEIBT VON DER MYSTIK DES LEBENS?

Je weiter das Projekt der Synthetischen Biologie, künstliches Leben zu schaffen, voranschreitet, umso größer wird auch der Einfluss auf unser Konzept des Lebens werden. Vor allem führt es zu einer Stärkung eines mechanistischen Verständnisses vom Leben. In einem Konzept, in dem Lebewesen als organisierte Chemikalien verstanden werden, bleibt kein Platz für eine besondere Lebenskraft oder gar Seele. Gelänge es, neben dem Genom auch noch die Bakterienhülle im Reagenzglas zu synthetisieren und zu teilungsfähigen Bakterien zusammenzuführen, würde das einer endgültigen Widerlegung aller nicht-naturalistischen Lebensbilder gleichkommen. Ob dieser endgültige Schritt jemals gegangen werden kann, bleibt in der Gegenwart noch unklar. Synthetisches Leben zu schaffen, ist Forschungsziel seit Jahrhunderten, und es wurde immer wieder deklariert, dass der Schritt, Leben zu schaffen, bereits

erfolgreich vollzogen wurde oder kurz bevorsteht. Unabhängig davon gilt: Je weiter wir Schritt für Schritt in die chemischen Mechanismen der Zellen vordringen, umso weniger Platz bleibt für die Mystik, die das Leben so viele Jahrhunderte umgab. Wenn wir Lebewesen ganz oder teilweise herstellen können, wird auch die Achtung vor einer über Milliarden von Jahren gewachsenen Ordnung in einer immensen Komplexität an Einfluss verlieren.

EBENEN DES LEBENSBEGRIFFES

Trotz der spontanen Vertrautheit und Zugänglichkeit des Lebensbegriffes aus der eigenen Lebenserfahrung heraus ist der Begriff sowohl auf der deskriptiven als auch auf der normativen Ebene unklar. Der Lebensbegriff war schon immer sehr vielschichtig und wird mit seiner positiven Konnotation in ganz unterschiedlichen Kontexten eingesetzt. Er spielt einerseits eine wichtige Rolle in der Wissenschaft zur Abgrenzung ihrer Gegenstandsbereiche und andererseits in der alltäglichen Lebenswelt als zentrale ordnende Vorstellung. Nicht nur in der allgemeinsprachlichen Verwendung, sondern auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch nimmt der Lebensbegriff vielfältige Rollen ein. So wird sein Konzept sowohl von den Humanwissenschaften als auch von den Naturwissenschaften beansprucht. Während einerseits der Schwerpunkt in der humanwissenschaftlichen Tradition in dem zeitlichen Verlauf und der Einheit eines Lebewesens, in erster Linie eines Menschen, liegt, wird andererseits in der naturwissenschaftlichen Sichtweise Leben vor allem auf die bestimmte Seinsweise von Organismen im Unterschied zu toten Körpern bezogen. Das Spezifische des Lebendigen besteht in einem geordneten System von Funktionen und Vermögen eines Individuums.

Unter den Vorzeichen der Evolution wird der Lebensbegriff in der Biologie aber auch jenseits des einzelnen Organismus angewandt und zum Beispiel auf die Summe der Lebewesen auf der Erde zu einem bestimmten Zeitpunkt oder in der Erdgeschichte insgesamt oder auf die Menge der für sie typischen Tätigkeiten wie zum Beispiel Ernährung und Reproduktion angewandt (vgl. Georg Toepfer, 2005). Die allgemeinsprachliche Verwendung des Wortes „Leben“ hat sich in den Jahrhunderten vielfältig gewandelt. Im Alten Testament beispielsweise wird das Leben als etwas vorgestellt, was von außen durch Gott dem Körper hinzugefügt („eingehaucht“) wird. Der Begriff wird weniger im Sinne eines biologischen Phänomens als zur Bezeichnung der Lebensspanne eines Menschen und der sich darin vollziehenden existenziellen Ereignisse genutzt. Einige Dimensionen des Begriffs und Zugangsweisen zu dem Phänomen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Leben als eine Weise zu sein	Leben ist nicht eine zufällige Eigenschaft, die bestimmten Körpern zukommt, sondern die ontologisch irreduzible Weise ihres Seins.
Leben als Inbegriff besonderer Tätigkeiten	Das Leben einer Entität besteht in ihren charakteristischen und integrierten Tätigkeiten, ihrem Vermögen und ihren Funktionen (zum Beispiel Ernährung, Wachstum, Fortpflanzung, Stoffwechsel, Empfindung, Denken).
Leben als organisierte Körper	Das Leben ist der Zustand eines Körpers mit einer besonderen Struktur (einer Organisation).
Leben als Eigenschaft komplexer Materieeinheiten	Das Leben ist eine Eigenschaft, die materiellen Einheiten ab einem bestimmten Komplexitätsniveau zukommt.
Leben als Einheit der individuellen Lebensgeschichte	Das Leben besteht in der Summe und Gesamtheit der Ereignisse, Tätigkeiten und Widerfahrnisse eines einzelnen Lebewesens (insbesondere eines Menschen).
Leben als Summe von Lebewesen einer Region oder Zeit	Das Leben ist die Gesamtheit von Lebewesen, die in einem Raum oder in einer Zeitspanne existieren (zum Beispiel das Leben auf der Erde als Summe aller Lebewesen auf der Erde seit der Entstehung des ersten Lebewesens).
Leben als einzelne Körper übersteigende Dynamik	Das Leben umfasst mehr als ein einzelnes Individuum, weil sein Wesen in der Fortpflanzung der Lebewesen, also der „Kette“ oder dem „Fluss“ der Wesen in der Zeit besteht.
Leben als Mengenbegriff	Das Leben ist ein Maß für den Umfang und die Intensität besonderer Aktivitäten (zum Beispiel das Ausmaß von Lebensaktivitäten in einem kranken Lebewesen oder die Menge von Lebewesen in einer Region).
Leben als Synonym für die Seele	Das Leben ist der Inbegriff der Seele in einem Körper.
Leben als gefährdeter Zustand	Das Leben ist ein notorisch labiler und gefährdeter Zustand: Leben gibt es nur im Angesicht des Todes.

Einige Dimensionen des Lebensbegriffs (nach Georg Toepfer: *Historisches Wörterbuch der Biologie. Geschichte und Theorie der biologischen Grundbegriffe*, Stuttgart 2011)

UMGANG MIT DEM LEBENSBEGRIFF IN DER SYNTHETISCHEN BIOLOGIE

Indem die Synthetische Biologie Lebewesen teilweise oder vielleicht irgendwann auch von Grund auf ganz neu baut, entmystifiziert sie den über Jahrhunderte gewachsenen Lebensbegriff in Richtung einer rein materialistischen Sichtweise. In einigen Fällen nimmt sie auch ganz konkret Einfluss auf das Konzept des Lebens selbst, indem sie synthetische Organismen schafft, denen Eigenschaften fehlen, die genuin zu natürlichen Lebewesen gehören. Zum Beispiel wird die Fähigkeit zu evolvieren in manchen Organismen eingeschränkt, um ihre Robustheit in der industriellen Produktion zu steigern.

Der potenzielle Einfluss der Synthetischen Biologie auf unsere Konzeption des Lebens und die Vielschichtigkeit des Lebensbegriffes jenseits seiner Verwendung in der Biologie wird bei der gesellschaftlichen Diskussion über die Synthetische Biologie häufig unterschätzt. In vielen Diskussionen über die Biotechnologie spiegelt sich ein Unbehagen wider, das Wissenschaftlern manchmal als irrational oder naiv aufstößt. In nicht seltenen Fällen stehen aber hinter diesem Unbehagen ernste Argumente, wie ein zu laxer Umgang mit dem Begriff und der gewachsenen Komplexität des Lebendigen oder die Befürchtung, dass den Forschern Goethes „Hexenmeister“ fehlt, der synthetische Organismen „zur Ordnung rufen“ kann. In einem problemorientierten Diskurs über die gesellschaftlichen Folgen der Synthetischen Biologie sollte demnach der Einfluss der Synthetischen Biologie auf das Konzept des Lebens berücksichtigt und aus der Wissenschaft hinaus in einen allgemein gesellschaftlichen Diskurs hineingetragen werden.

Literatur:

Georg Toepfer: Der Begriff des Lebens, in: Philosophie der Biologie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2005.

Nach Dolly nun der Mensch?

—
Die bioethische Debatte über
das Klonen menschlicher Zellen

NORBERT ARNOLD

Geboren 1958 in Waldbrunn, Leiter des Teams Gesellschaftspolitik und Koordinator für Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Einem Forscherteam unter der Leitung von Shoukhrat Mitalipov an der Oregon Health and Science University ist, so der im Mai 2013 veröffentlichte Forschungsbericht in der renommierten Fachzeitschrift *Cell*, erstmals das Klonen mit

menschlichen Zellen gelungen. Dabei kam das Verfahren des sogenannten somatischen Zellkerntransfers (SCNT) zum Einsatz – die gleiche Methode, die in den 1990er-Jahren zum berühmten Klonschaf Dolly führte. Die amerikanische Forschergruppe entfernte die Zellkerne aus menschlichen Eizellen und ersetzte sie durch fremde Zellkerne, die aus menschlichen Hautzellen gewonnen worden waren. Aus den sich entwickelnden Embryonen konnten erfolgreich embryonale Stammzellen isoliert werden.

Beim Klonen wird zwischen dem sogenannten „reproduktiven“ und dem „Forschungsklonen“, das euphemistisch auch als „therapeutisches Klonen“ bezeichnet wird, unterschieden. Das reproduktive Klonen zielt darauf

ab, ein Individuum entstehen zu lassen, das genetisch größtenteils dem Zellkernspender gleicht. Es entsteht ein – zeitlich versetzter – Zwilling. Das Klon-schaf Dolly war ein solcher Zwilling. In der Tierzuchtungs-forschung und zum Beispiel auch in der Entwicklungsbiologie ist das reproduktive Klonen von Tieren durchaus eine sinnvolle, nützliche und ethisch vertretbare Methode – beim Menschen jedoch nicht! Die große Mehrheit der Biowissenschaftler lehnt daher das reproduktive Klonen von Menschen strikt ab und befindet sich damit in Übereinstimmung mit Ethikern, Juristen, Politikern und Kirchen weltweit.

Shoukhrat Mitalipov und sein Team betreiben Forschungsklonen – reproduktives Klonen liegt ihnen fern. Das Forschungsklonen mit menschlichen Zellen eröffnet eine neue Möglichkeit der Herstellung von patienten- und krankheitsspezifischen embryonalen Stammzellen, die in der biomedizinischen Grundlagenforschung nützlich sein können. Ob das tatsächlich der Fall sein wird, kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden, da es andere, ethisch nicht so bedenkliche Wege gibt, nämlich die Verwendung von sogenannten induzierten pluripotenten Stammzellen. Sie sind aus ethischer Sicht der bessere Weg, weil zu ihrer Herstellung keine Embryonen verbraucht werden.

KRITISCHE ZURÜCKHALTUNG

Bisher gelang das Klonen nur im Tiermodell, unter anderem mit Mäusen, Schafen, Rindern, Pferden und Hunden – nicht aber mit menschlichen Zellen. Dass das Klonen mit menschlichen Zellen nun offensichtlich doch endlich gelungen ist, ist sicherlich ein wichtiger Schritt für die medizinisch orientierte Forschung. Der große Jubel blieb jedoch aus. Selbst in Wissenschaftlerkreisen gab es nur ein verhaltenes Echo.

Die kritische Zurückhaltung resultiert wohl zum Teil aus den negativen Erfahrungen mit dem südkoreanischen Forscher Hwang Woo-suk, der 2004 verkündet hatte, ihm sei das Klonen von Menschen gelungen. Dessen Arbeit stellte sich aber als Fälschung heraus. Inzwischen gibt es auch in der aktuellen Veröffentlichung der amerikanischen Forschergruppe Hinweise auf unkorrektes Arbeiten. Durch Betrug, wie bei Hwang, aber auch durch leichtsinnige Fehler wie im aktuellen Fall geht Vertrauen verloren.

Begründete Skepsis hat sich auch angesammelt, weil von den Biowissenschaften *Heilungsversprechen* bisweilen zu *Heilsversprechen* hochstilisiert worden sind, was die Forschung freilich nicht legitimiert, sondern diskreditiert. Hauptgrund für den kritischen Unterton in der öffentlichen Reaktion sind aber die ethischen Bedenken, auf die das Klonen mit menschlichen Zellen stößt.

FORSCHUNGSKLONEN NICHT ERLAUBT

Zentraler Bezugspunkt für die ethische Bewertung ist die Würde, die jedem Menschen unabhängig von bestimmten Eigenschaften und unabhängig von der jeweiligen Lebensphase zukommt. Aus ihr folgt ein Instrumentalisierungsverbot, das heißt, kein Mensch, auch nicht im frühen embryonalen Stadium, darf ausschließlich zu fremden Zwecken benutzt werden. Das ist jedoch beim Forschungsklonen der Fall: Es wird ein Embryo erzeugt, der ausschließlich der Gewinnung von Stammzellen zu Forschungszwecken dient und bei diesem Verfahren getötet wird. Unter der durch das Verfassungsrecht gestützten Auffassung, dass bereits die befruchtete Eizelle dem grundgesetzlich garantierten Würdeschutz unterliegt, verstößt das Forschungsklonen mit menschlichen Zellen gegen die Menschenwürde und ist damit ethisch nicht legitimierbar.

TUN ODER UNTERLASSEN?

Die Abschätzung der Chancen und Risiken fällt nicht immer leicht. Man könnte auf die Idee kommen, die biowissenschaftliche Forschung am Menschen und ihre Anwendungen generell zu verbieten, um ein für alle Mal eventuelle Risiken, die mit ihr verbunden sind, auszuschließen und den Lebensschutzgedanken damit zu sichern. Ein generelles Verbot ist jedoch keine vernünftige und ethisch gebotene Lösung: Indem Forschung, die für den Menschen nützlich sein könnte, aufgrund eventuell nur vordergründiger und nicht substanzieller Argumente verhindert wird, kann Menschen Schaden – durch Unterlassung – zugefügt werden. Besonders im biomedizinischen Bereich hätte dies unter Umständen schwerwiegende Folgen für Gesundheit und Leben von Menschen – beides wichtige Fundamentalwerte. Es bleibt also nur der Weg, im Einzelfall über die ethisch-rechtliche Zulässigkeit biomedizinischer Forschung zu entscheiden. Notwendig ist eine feinere Differenzierung zwischen dem Nützlichen und Guten einerseits und dem Überflüssigen und Schlechten andererseits.

Die aktuellen Forschungsergebnisse von Shoukhrat Mitalipov und seiner Arbeitsgruppe zeigen die große Dynamik der Biowissenschaften. Auch künftig ist mit brisanten Forschungsergebnissen zu rechnen, die über das rein Fachliche hinaus Wirkung entfalten und die Gesellschaft insgesamt betreffen. Es stellt sich die Frage, ob wir auf diese Entwicklung ausreichend vorbereitet sind.

HANDLUNGSFELDER

Das Forschungsklonen mit menschlichen Zellen ist in Deutschland verboten. Neben den verfassungsrechtlichen Vorgaben lässt das Embryonenschutzgesetz das Klonen von Menschen und das Stammzellgesetz die Einfuhr und die Verwendung von humanen embryonalen Stammzellen, die durch Forschungsklonen im Ausland hergestellt werden, nicht zu. Allerdings droht das Embryonenschutzgesetz aufgrund neuerer Forschungsergebnisse zunehmend ausgehöhlt zu werden, sodass rechtliche Schlupflöcher entstehen könnten. Hier sollte der Gesetzgeber Klarheit schaffen.

Auf der internationalen Ebene ist es dringend geboten, das reproduktive Klonen von Menschen völkerrechtlich verbindlich zu verbieten. Die Gefahr eines Dammbrechts ist durch die Forschungsergebnisse von Shoukhrat Mitalipov gewachsen, da die dort angewandte Technik des somatischen Zellkerntransfers auch für das reproduktive Klonen von Menschen genutzt werden kann. Ein völkerrechtlich verbindliches Verbot kann zwar nicht verhindern, dass etwa in einem „Schurkenstaat“ solche verwerflichen Experimente versucht werden, erhöht aber die moralisch-rechtliche Schwelle erheblich und isoliert den Täter.

Die Endlichkeit des guten Lebens

Was in der letzten Lebensphase glücklich und zufrieden macht

ANDREAS KRUSE

Geboren 1955 in Aachen, Direktor
des Instituts für Gerontologie, Rup-
recht-Karls-Universität Heidelberg.

Krankheit und Siechtum beherrschen das Alter – so die Befürchtung der meisten Menschen. Dabei führt eine aktive Auseinandersetzung mit dem eigenen Ende nicht zwangsläufig zu Niedergeschlagenheit, sie eröffnet auch neue kreative, menschliche und spirituelle Perspektiven. Zunächst gilt es, die beherrschenden Faktoren dieser Lebensphase, zu denen unbestritten auch bestimmte Krankheitsbilder gehören, zu betrachten.

ERKRANKUNGEN IN DER LETZTEN LEBENSPHASE

Drei Krankheitsverläufe dominieren die letzte Lebensphase: (I) onkologische Erkrankungen (diese sind zunächst durch eine relativ lange Zeit mit wenigen Einschränkungen im Alltag charakterisiert; innerhalb weniger Monate treten körperlicher Abbau, Funktionsverlust und Tod ein); (II) Herz-, Lungen- oder Nierenerkrankungen (diese erstrecken sich über mehrere Jahre mit mehr oder minder stark ausgeprägten Einschränkungen im Alltag; gelegentlich treten akute Verschlechterungen ein, die einen Krankenhausaufenthalt notwendig

machen; die sich anschließende Erholung erreicht das frühere Funktions- und Leistungsniveau nicht mehr); (III) Gebrechlichkeit, die vielfach mit einer demenziellen Erkrankung einhergeht (diese ist mit einem über mehrere Jahre bestehenden, kontinuierlich steigenden Niveau der Hilfsbedürftigkeit verbunden). Im hohen und höchsten Alter dominieren nun immer weniger die onkologischen Erkrankungen (die vor allem für die letzte Lebensphase im mittleren Erwachsenenalter charakteristisch sind), es treten hingegen die Herz-, Lungen- und Nierenerkrankungen sowie die Gebrechlichkeit immer mehr in den Vordergrund. Diese langwierigen Krankheitsverläufe erfordern vielfach ein Palliativkonzept bereits mehrere Jahre vor Todeseintritt. Aus diesem Grunde wird auch zwischen *Palliative Care* und *End-of-Life-Care* unterschieden.

Untersuchungen über das Krankheits- und Symptomspektrum von Patientinnen und Patienten auf geriatrischen Palliativstationen zeigen, dass die häufigsten Diagnosen nicht-onkologischer Natur sind: Zu diesen Diagnosen zählen der Schlaganfall, die Pneumonie (Lungenentzündung), die Demenz, die Herzinsuffizienz. Die Patientinnen und Patienten sind funktionell vielfach stark eingeschränkt (ungefähr bei sechzig Prozent der Patienten besteht Pflegebedarf) und weisen im Durchschnitt fünf Begleiterkrankungen auf. Während bei Tumorpatienten die Schmerzsymptomatik ganz im Vordergrund steht (fast neunzig Prozent dieser Patienten leiden an Schmerzen), sind es bei Patienten auf geriatrischen Palliativstationen Schluckstörungen, Fieber, Verstopfung, Unruhe, Atemnot. Wenn eine Schmerzsymptomatik besteht, so lässt sich diese bei den nicht-onkologischen Patientinnen und Patienten mit konservativen Mitteln oftmals gut behandeln. Aufgrund des häufigen Auftretens von Schluckstörungen in dieser Gruppe gewinnt die Frage nach einer möglichen Therapiebegrenzung besondere Bedeutung.

BEDEUTUNG DER PALLIATIVEN VERSORGUNG

Die Versorgung sterbender Menschen im hohen und höchsten Lebensalter stellt eine wachsende Herausforderung ambulanter und stationärer Einrichtungen der Alten- und Krankenpflege wie auch der im ambulanten und stationären Bereich spezialisierten palliativen Versorgungsdienste dar. Dieses Thema gewinnt zunehmend an Aktualität, da durch den Einsatz intensivmedizinischer Maßnahmen jene Schwerstkranken, die in vergangenen Jahrzehnten die bestehende Krankheit nicht überlebt hätten, nun über Monate oder Jahre mit der Krankheit leben können. Dabei ist allerdings auch das Risiko gegeben, dass die Patienten viele Monate, wenn nicht sogar Jahre schwerste körperliche und psychische Symptome wie auch stark ausgeprägte funktionelle Einschränkungen verarbeiten müssen – und dabei auf medizinische und umfassende pflegerische Hilfe angewiesen sind. Die Frage nach der Pflege am

Lebensende ist auch deshalb aktuell, weil die Familien vielfach die Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen nicht leisten können – sei es, weil aufgrund der gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen in der Lebensmitte potenzielle pflegerische Ressourcen nicht mehr vorhanden sind oder weil die Familien aufgrund gewachsener räumlicher Mobilität zunehmend multilokale Wohnformen zeigen, die die instrumentelle und die emotionale Unterstützung in Notfällen erschweren. Und schließlich ist durch gesundheitsökonomische und versorgungspolitische Entscheidungen ein weiteres Problem gegeben: Die palliative Versorgung wird sich voraussichtlich mehr und mehr von der Klinik in pflegerische Einrichtungen verlagern. Entsprechend wird die Bedeutung professioneller Pflege sowohl im stationären als auch im ambulanten Sektor wachsen, damit eine bedarfsgerechte, an den Vorstellungen von Lebensqualität orientierte Betreuung älterer Menschen am Lebensende gewährleistet ist.

SICH EINSTELLEN AUF DIE EIGENE ENDLICHKEIT

In Untersuchungen zur hausärztlichen Versorgung sterbender Menschen wurden sehr verschiedenartige Gedanken, Hoffnungen und Ängste offenbar, die mit dem herannahenden Ende verbunden sind. Im Falle einer nachhaltigen Schmerzlinderung durch gute Analgetika-Einstellung und einer nachhaltigen Symptomreduktion (durch stimulierende und aktivierende Pflege, durch Physiotherapie und Krankengymnastik sowie durch medikamentöse Behandlung) kann ein Grad an Entlastung von körperlichen Symptomen erzielt werden, der es den sterbenden Frauen und Männern ermöglicht, sich bewusst auf das herannahende Ende einzustellen. Auch die sensible Anwendung psychopharmakologischer Substanzen im Fall übermäßiger Angst, Erregung und Niedergeschlagenheit dient diesem Ziel. Dieses bewusste Sich-Einstellen auf das herannahende Ende wird von fast allen Patientinnen und Patienten als großer Gewinn der Palliativversorgung gewertet. Auch bei bester medizinisch-pflegerischer, psychosozialer und seelsorgerischer Begleitung unterscheiden sich die Einstellungen zum herannahenden Lebensende deutlich. Manche versuchen, Gedanken an das Lebensende zu verdrängen, andere sind von der Erwartung bestimmt, wieder zu genesen, wieder andere reagieren niedergeschlagen. Die größte Gruppe bilden Frauen und Männer, die das herannahende Ende akzeptieren, also bewusst annehmen, oder die – über diese Annahme hinaus – in ihrer Situation eine Quelle der Wert- und Zielverwirklichung erblicken und ein „Sinn-Erleben“ erfahren. Zu diesen Werten und Zielen gehört vor allem die Weitergabe persönlicher Erfahrungen an Angehörige nachfolgender Generationen, die sich auch als symbolische Segnung oder Überreichung eines kostbaren Geschenks ausdrücken kann. Auch

die Vermittlung von Dank an Menschen, die einem viel bedeutet haben und aktuell viel bedeuten, und schließlich der Versuch, mit jenen Menschen „ins Reine zu kommen“, zu denen nicht selten über Jahre ein konfliktbesetztes Verhältnis bestanden hat, ist ein solches Ziel. Einige Frauen und Männer sind zusätzlich von dem Gedanken getrieben, ein Werk – zum Beispiel ein wissenschaftliches, literarisches oder autobiografisches Werk – zu Ende zu führen, was durchaus das Leben noch einmal um mehrere Wochen verlängern kann.

Vor allem jene Patientinnen und Patienten, die sich als bezogen erleben – im Hinblick auf andere Menschen, auf ihr Werk, auf Gott oder, unspezifischer, auf Transzendenz –, zeigen sehr viel häufiger eine akzeptierende beziehungsweise eine wert- und zielverwirklichende Haltung im Sterben als jene, bei denen eine derartige Bezogenheit nicht erkennbar ist. Die wichtigste Form der Bezogenheit bildet dabei diejenige auf andere Menschen.

Wenn Schmerz- und Symptomkontrolle gelingen, wenn Sterbende die Zuwendung finden, die sie suchen und benötigen, dann kann sich ihr Blick, aber auch der Blick ihrer Bezugspersonen auf das Sterben noch einmal erheblich wandeln. Das Sterben kann dabei – neben einer persönlichen Krise – durchaus als ein Prozess erlebt werden, der das eigene Leben zu einer Rundung, zu einem Abschluss bringt.

„SYMBOLISCHE UNSTERBLICHKEIT“

Blicken wir nun auf drei gerontologische Argumentationslinien, die ein tieferes Verständnis der Einstellung älterer Menschen zur eigenen Endlichkeit fördern. Die *erste* Argumentationslinie betont die Offenheit des Menschen, das heißt seine Fähigkeit und Bereitschaft, sich neuen Entwicklungsmöglichkeiten und -anforderungen gegenüber zu öffnen – und dies in allen Lebensaltern, in allen Lebenssituationen. Die Offenheit des Menschen bildet die Grundlage für die seelisch-geistige Entwicklung des Menschen, und dies bis in das höchste Alter. Sie fördert das Erleben ganz neuer personaler Qualitäten, wie sie sich im Alter und im Vorfeld des Todes einstellen können. Das Erleben dieser neuen Qualitäten wirkt sich positiv auf die Bereitschaft aus, die eigene Endlichkeit anzunehmen und bewusst zu gestalten.

Die *zweite* Argumentationslinie betont die Generativität. Sie hebt hervor, dass auch im Alter das Motiv, sich für andere Menschen zu engagieren, in anderen Menschen fortzuleben, anderen Menschen eigenes Wissen weiterzugeben und sich mit deren Zukunft vermehrt zu identifizieren, großes Gewicht besitzt – dies unter der Voraussetzung, dass mitverantwortliches Leben im bisherigen Leben ein zentrales Lebensthema bildete und sich im höheren Lebensalter entsprechende Möglichkeiten zum Engagement für nachfolgende Generationen ergeben. Die in der Generativität aufscheinende „symbolische

Unsterblichkeit“ bildet dabei eine bedeutende Rahmenbedingung für die Deutung der eigenen Endlichkeit: Das Fortleben in anderen Menschen transzendiert in gewisser Hinsicht die eigene Endlichkeit und fördert damit deren Akzeptanz.

Die *dritte* Argumentationslinie bezieht sich schließlich auf die Integrität des Menschen, mit der das Motiv umschrieben wird, das eigene Leben mit seinen Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch mit seinen Beschränkungen und Grenzen als etwas Notwendiges, ja sogar als etwas Gutes zu begreifen. In dem Maße, in dem das eigene Leben mit seinen Höhen und Tiefen angenommen werden kann, nimmt auch die Bereitschaft zu, die eigene Endlichkeit zu akzeptieren.

SCHÖPFERISCHES WIRKEN AM LEBENSENDE

Wenn wir nun die Potenzial- und Verletzlichkeitsperspektive am Lebensende zusammenfassen und nach einem Beispiel dafür suchen, so fällt der Blick auf den Komponisten Johann Sebastian Bach (1685 bis 1750).¹ Johann Sebastian Bach litt in seinen letzten Lebensjahren an einem Diabetes mellitus Typ II, der mit Schädigungen der Nervenzellen und Sinneszellen einherging; bei ihm waren stark ausgeprägte motorische Läsionen erkennbar, die ihn mehr und mehr daran hinderten, seine Kompositionen selbst aufzusetzen. Er war auf die Unterstützung durch seine Schüler angewiesen. Schließlich erblindete er und erlitt einen Schlaganfall. Trotz dieser körperlichen Verletzlichkeit unterrichtete Johann Sebastian Bach Schüler (was damals hieß, diese bei sich aufzunehmen) und arbeitete an zwei Werken, die mit zu den größten gehören, die in der europäischen Kompositionsgeschichte je geschaffen wurden: der *Kunst der Fuge* (BWV 1080) und der *Missa in h-Moll* (BWV 232). Nun muss man wissen, dass sich Johann Sebastian Bach am Ende seines Lebens vor allem mit dem *Credo in unum deum* und dem *Confiteor in unum baptisma* beschäftigt hat, also mit zwei Teilen der *Missa in h-moll*, die in besonderer Weise auf seinen intensiven Glauben an Gott verweisen. In beiden Sätzen baut er über das jeweilige Cantus-firmus-Motiv eine Fuge auf, die jeden Hörer in ihren Bann zieht: Hier werden das *Ich glaube (credo)* und das *Ich bekenne (confiteor)* mit einer musikalischen Kraft deklamiert, die einen körperlich hoch verletzlichen, die Endlichkeit schon sehr deutlich spürenden Menschen als Schöpfer kaum vorstellbar macht. Die hier zum Ausdruck kommende seelisch-geistige Energie kontrastiert mit der immer schwächer werdenden körperlichen Leistungsfähigkeit. Dies zeigt, dass im Angesicht des eigenen Todes Entwicklungsschritte vollzogen werden können – so bei Johann Sebastian Bach die Bekräftigung seines Glaubens an den Großen Gott bei wachsender Erkenntnis, bald zu sterben.

¹ Andreas Kruse: *Die Grenzgänge des Johann Sebastian Bach. Psychologische Einblicke*, Springer Spektrum Verlag, Heidelberg 2013.

Fokus Wahlen

Bundestagswahlen und politischer Wandel

—
Die Agenda 2020 der Resilienz

PAUL NOLTE

Geboren 1963 in Geldern, Historiker, Publizist, Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, 2012/2013 Fellow am Historischen Kolleg, München.

Es gab schon spannendere Bundestagswahlkämpfe als den von 2013. Ist das Ergebnis zu erwartbar: eine Fortsetzung der Kanzlerschaft Angela Merkels, mit welchem Koalitionspartner auch immer?

Fehlt es an der Klarheit der Optionen, sind also die etablierten Parteien, längst einschließlich der Grünen, programmatisch zu eng aneinander gerückt? Oder leben wir in eher langweiligen Zeiten, in einer Art Normalzeit der Geschichte, in der größere Weichenstellungen nicht auf der Tagesordnung stehen?

Das Wahlergebnis wird Überraschungen bereithalten, aber die relativ eindeutige Spur der sommerlichen Umfragen und Prognosen ist auch kein Zufall. Im Spektrum der westlichen Demokratien hat das deutsche Parteiensystem im Grunde seit drei Jahrzehnten, mit der Wahl von 1983 als Wendepunkt, einen Mittelweg der langsamen Transformation eingeschlagen. Während sich in manchen Ländern, zum Teil aufgrund des Wahlrechts wie in den USA, die klare Polarität eines Zweiparteiensystems erhalten hat, mit einer

Option der linken und einer der rechten Mitte, ist das Parteiensystem der Nachkriegsjahrzehnte anderswo, zumal in Italien, weithin zusammengebrochen. Seit die Grünen vor gut drei Jahrzehnten auf die Bonner Parlamentsbänke gelangten, steuern Parteiensystem und politische Kultur in Deutschland erstaunlich sicher zwischen Stabilität und Kollaps hindurch. Es ist bemerkenswert, dass die Wiedervereinigung dieses Muster nicht zerstört, sondern im Gegenteil weiter befestigt hat: Der Wähleranteil der beiden großen Volksparteien schrumpft; ein „Vierzig-plus“-Ergebnis oder gar die Nähe zur absoluten Mehrheit der Mandate hat sich auf Bundesebene erledigt – für die SPD ohnehin, aber wohl auch für die Union. Hier sind die Volksparteien zu „Drittelparteien“ geworden, wobei sich die Sozialdemokraten, in den Ländern obenauf, erst einmal in den einst gefürchteten „Dreißig-Prozent-Turm“ zurückarbeiten müssen.

LINKE UND RECHTE PROTESTBEWEGUNGEN

Zugleich haben gesellschaftliche Bewegungen in Deutschland auf beinahe einzigartige Weise immer wieder neue Parteien hervorgebracht, die sich relativ dauerhaft, jedenfalls über den zerbrechlichen Moment irgendeiner Proteststimmung hinaus, politisch und auch parlamentarisch etablieren konnten. Auf die Grünen folgte ein Jahrzehnt später, als ostdeutsches Erbe der SED, die PDS, die wiederum etwa zehn Jahre später, in den Konflikten um Agenda 2010 und Hartz IV, über die damalige WASG auch einen Anker im Westen warf. Wieder ein knappes Jahrzehnt später waren es die Piraten, die Parlamente im Sturm eroberten. Ihr Erfolg am 22. September ist mehr als zweifelhaft, und doch bestätigen sie die Grundregel politisch-sozialer Dynamik der Bundesrepublik seit 1980: Protestbewegungen, die eher im linken Milieu entstehen und für sich genommen keinesfalls deutsche Besonderheiten sind, verfestigen sich hierzulande so erfolgreich wie nirgendwo sonst zu politischen Parteien, die nach gewisser Anpassungszeit eine konstruktive Rolle im parlamentarischen System übernehmen.

Damit übrigens ist die Prognose für die „Alternative für Deutschland“ (AfD) in mindestens zweierlei Hinsicht schlecht. Denn erstens ist ein Zuwachs am rechten Rand des demokratischen Spektrums nach dieser Erfahrung unwahrscheinlich – und nicht zufällig haben die Beschwörungen, eine liberale Modernisierung der Union werde „rechts“ einen hässlichen Konkurrenten erfolgreich werden lassen, immer wieder Staub angesetzt. Und zweitens will der Elitenprotest der AfD nicht recht zu Stimmungen, geschweige denn sozialen Bewegungen in großen Teilen der Bevölkerung passen. Es fehlt nicht nur, von der Spitze her gesehen, an Charisma und populistischem Appeal, sondern vor allem, von der Basis her betrachtet, an der Unterfütterung durch

die globalen und sozialen Problemlagen, aus denen sich Grüne, Piraten und auch die Linke speisen. Am ehesten noch wird die AfD wegen der Überlappung des bürgerlichen Sozialprofils der traditionellen „kleinen“ Partei, der FDP, schaden. Aber man staunt, wie wenig der Ritt der Liberalen auf der Fünf-Prozent-Hürde den Ausblick auf den Wahltermin im Grunde irritiert.

DIE ZEIT DER GROSSEN RICHTUNGSWECHSEL IST VORBEI

Früher hätte man gesagt: Eine Konstellation wie Schwarz-Gelb, das ist für mindestens zwei, wenn nicht drei Legislaturperioden gut. Früher – das waren die Zeiten, als die Bundesrepublik durch große Pendelschwünge der politischen Optionen zwischen „eher links“ und „eher konservativ“ bestimmt war, die zugleich tief in kulturellen Stimmungen, in sozialen Bewegungen, im „Zeitgeist“ verankert waren. 1969 – 1982 – 1998: Das sind die markantesten Stationen auf diesem Weg. (In mancher Hinsicht könnte man auch „1953“ an den Anfang setzen.) Das Zeitalter der großen Pendelschwünge aber ist, vermutlich unwiederbringlich, zu Ende, seitdem sich die rot-grüne Koalition vom linken Generationen- und Modernisierungsprojekt in Schröders Agenda-Projekt transformiert hat. Dass dies notwendig war, darüber gibt es bereits jetzt einen breiten Konsens der Zeithistoriker; vermutlich lag die „Wende“ von 2003 sogar mehr in der Konsequenz von Rot-Grün, als man damals oft wahrnahm – von wegen Verrat an die Interessen des Neoliberalismus. In jedem Fall handelt es sich um einen historischen Einschnitt, um den eigentlichen Übergang von der Bonner in die Berliner Republik, und zugleich um das Eintreten in ein neues, globales Zeitalter deutscher Politik und Gesellschaft.¹ An die Stelle der „Projekte“ von Generation und Zeitgeist treten Koalitionen von kürzerer Dauer. So könnte Angela Merkel als die Kanzlerin in die Geschichte eingehen, die in drei Wahlperioden mit je unterschiedlichen Partnern regiert und die Regierungsfähigkeit der Union in diesem Spektrum bewiesen hat.

Die zu Ende gehende Legislaturperiode jedenfalls bleibt dadurch gekennzeichnet, dass die Erwartungen an das lang ersehnte „bürgerliche“ Koalitionsbündnis im Moment seines Erfolges, im Herbst 2009, bereits wie überlebt wirkten – und dass äußere Ereignisse die schönen Absichten des Koalitionsvertrages ein zweites Mal durcheinanderwirbelten. Die Große Koalition hatte in den vier Jahren zuvor die „Agenda 2010“, die ohne die Union so nicht zustande gekommen wäre, weiter umgesetzt, abgesichert, auch im weitesten Sinne gesellschaftlich und kulturell verdaut. Hinter einen guten Teil des seit 1996/97 beklagten „Reformstaus“ konnte ein Häkchen gesetzt werden.

Mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 begann das Pendel endgültig zurückzuschwingen: Deutschland hatte seine liberale Lektion gelernt, in jeder Hinsicht: in der gesellschaftspolitischen Öffnung zu verleugneten Realitäten (Migration, demografische Entwicklung), in der Einsicht in Grenzen des klassischen Sozial- und Versorgungsstaates (die Rente allein genügt nicht; Integration in Erwerbsarbeit ist zentral), aber auch hinsichtlich der Grenzen des liberalen Modells und mancher übertriebener Forderungen der Reformzeit – die Mitbestimmung musste nicht abgeschafft werden, um Deutschland wettbewerbsfähig zu halten, und die Notwendigkeit, den Finanzkapitalismus politisch zu regulieren, war unbestreitbar. Was sich Union und FDP bereits 2002 und erneut 2005 gemeinsam vorgenommen hatten, war schon fertig. Alles spricht dafür, dass diese Situation der Kanzlerin im Herbst 2009 vollkommen klar war; die FDP tat sich, von der Höhe ihres Wahlergebnisses herab, ungleich schwerer, gewissermaßen zu spät gekommen zu sein.

UMPOLUNG DER POLITISCHEN AGENDA

So vollzog sich in den letzten vier Jahren eine stille, weil nie ausformulierte und deklarierte, aber doch tiefgreifende Umpolung der politischen Agenda. Die Regierung musste auf äußere Ereignisse, auf europäische und globale Krisen reagieren. Der japanische Tsunami schlug in Deutschland als „Fukushima“ ein und führte in die Beschlüsse zu Atomausstieg und Energiewende. Die Finanzkrise entstand im Gewand der europäischen Staatsschuldenkrise neu, die in die schwerste Krise der europäischen Einigung seit ihren Anfängen in den 1950er-Jahren mündete. Aus der Perspektive des Miterlebens konnte die Bearbeitung solcher Herausforderungen kaum anders als kurzatmig (wenn nicht kurzfristig), als Getriebenheit der Politik von anderen Gewalten, seien es Naturgewalten, technische Risiken oder Märkte, erscheinen.

Gleichwohl werden die siebzehnte Legislaturperiode und die schwarzgelbe Regierung im Rückblick besser aussehen als aus der Froschperspektive ihres teils holprigen Verlaufs. Die „Energiewende“ markiert, trotz ihrer inneren Widersprüche, mancher Unzulänglichkeiten und Verzögerungen (und wie sollte das, außerhalb idealistischer Phantasien, anders sein?), eine historische Zäsur zugunsten eines Primats von Ressourcenbewusstsein und Nachhaltigkeit. Und das Management der Euro- und Staatsschuldenkrise hätte eine SPD-geführte Regierung nicht grundsätzlich anders betrieben. In zehn oder zwanzig Jahren wird es als eine gewaltige Leistung erscheinen, Europa in dieser Situation zusammengehalten zu haben: Kein Mitgliedsland ist aus der Eurozone ausgeschieden, geschweige denn aus der EU. Keine europäische

Demokratie ist in der Krise in ernsthafte autoritäre Versuchungen gekommen – und wo man es allenfalls befürchten könnte, hat sich die EU als Wächterin nationaler Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bewährt.

WETTERFESTE GESELLSCHAFT

Aber gibt es eine Überschrift, die solches Krisenmanagement angesichts ganz unterschiedlicher Herausforderungen zusammenfasst? Auch angesichts von Globalisierung und Klimawandel, angesichts des Aufstiegs Chinas und des relativen Abstiegs Europas, angesichts weltpolitischer Volatilitäten nicht nur im Mittleren Osten bleibt Politik im 21. Jahrhundert die Kunst des pragmatisch Möglichen, die dennoch größere Ziele nicht aus dem Auge verlieren muss. Wenn die Welt nach dem Ende der scheinbaren Sicherheit von Fortschrittsbewusstsein, fossilem Zeitalter und bipolarer Ordnung tatsächlich riskanter und unsicherer geworden ist, wenn Politik nicht mehr die Welt „machen“ kann, sondern auf existenzielle Herausforderungen reagieren muss, dann ist „Resilienz“ ein Schlüsselbegriff unserer Zeit. Nicht zufällig findet dieses noch fremd klingende Wort, auf dem Umweg über das englische „resilience“, derzeit Eingang in politische Sprache und kulturelles Selbstverständnis. Es bedeutet: eine Gesellschaft und ihre Individuen möglichst wetterfest zu machen für die Zukunft – angesichts ungewisser Veränderungen, aber auch im Blick auf die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

„Resilienz“ meint eine federnde, eine elastische Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit. Das hebt diesen Begriff von dem der „Sicherheit“ ab, der aus ähnlichen Gründen weite Verbreitung gefunden hat. Sicherheit kann starr sein und muss gegen die Bedürfnisse einer freien Lebensweise sorgfältig abgewogen werden. Im Begriff der Resilienz dagegen schwingt der Vorrang einer möglichst freiheitlichen und solidarischen Ordnung bereits mit. Er schließt die Möglichkeit ausdrücklich ein, sich nicht gegen Gefahren einzumauern, sondern die Welt weiterhin aktiv zu gestalten. Denn von vielen lautstarken Kritikern wird gerne übersehen: Wir leben nicht nur in einer Zeit der Einschnürung, der zunehmenden Kontrolle, des Verlustes von Autonomie und Steuerungsfähigkeit, sei es des Individuums, sei es ganzer Gesellschaften. Die demokratischen Aufbrüche nicht nur im Arabischen Frühling, sondern auch in den westlichen Gesellschaften gehören zum Grundmuster des frühen 21. Jahrhunderts ebenso dazu wie ein neuer Schub von gesellschaftspolitischer Liberalisierung und Egalitarismus, der – von der Inklusion vormals „Behinderter“ bis zur vollen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften – nicht nur Deutschland derzeit umpflügt.

EINSTIEG IN DIE POLITIK DER RESILIENZ

So kann man die vergangenen vier Jahre als Teil des Übergangs in eine Politik der Resilienz verstehen, die sich nach dem 22. September 2013, unter welcher Regierungskonstellation auch immer, fortsetzen wird. Sie ist nicht vor vier Jahren erfunden worden, sondern reicht mindestens bis zum 11. September 2001 zurück, und die „Agenda 2010“ war in mancher Hinsicht bereits Teil dieses neuen politischen Paradigmas. Sie ist nicht an bestimmte Personen gebunden, sondern bildet eine Herausforderung in der Sache, an jede politische Führung. Gleichwohl ließen sich das politische Selbstverständnis und die Zielvision der Physikerin Angela Merkel unter dem Begriff einer Politik der Resilienz besonders plausibel machen. Aber einen Alleinvertretungsanspruch gibt es nicht, und über die Wege zum Ziel wird man in einer Demokratie heftig streiten. Die Deutschen tun das übrigens mit mehr Zutrauen in diese Demokratie, mit mehr gesundem Menschenverstand, als viele intellektuelle Propheten des nahenden Untergangs derzeit wieder wahrhaben wollen. Also können wir dem Wahltag gelassen und dennoch gespannt entgegensehen. Keine Normalzeit der Geschichte, aber auch kein Demokratie- oder Weltuntergang.

¹Zur These von Rot-Grün als erster „globaler“ Regierung siehe jetzt Edgar Wolfrum: *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, München 2013.

Mythos Ungerechtigkeit

Von der Wirklichkeit und Wahrnehmung eines Wahlkampfschlagers

KNUT BERGMANN

Geboren 1972 in Erkelenz, leitet das Hauptstadtbüro des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Er ist Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Deutschlands Reiche immer reicher“, „Mittelschicht schrumpft drastisch“, „Jede zweite Rente niedriger als Hartz IV“ – so und ähnlich lauteten einige Schlagzeilen in der Vorwahlkampfzeit. Dass einer im

Juni 2013 veröffentlichten Allensbach-Umfrage zufolge nicht einmal mehr zwanzig Prozent der Deutschen die Verhältnisse in ihrem Land im Großen und Ganzen für gerecht halten, fast siebzig Prozent hingegen für ungerecht, verwundert bei diesen Überschriften nicht. Und noch viel weniger, dass in dieser Gemengelage Gerechtigkeit – mal wieder – zu einem zentralen Thema des Bundestagswahlkampfes avanciert ist. Insbesondere die Oppositionsparteien malen die Lage des Landes in düsteren Farben, wozu auch die Union zumindest mit der Diskussion um Altersarmut und Lebensleistungsrenten einiges beigetragen hat.

TRISTES SCHLAGZEILENGRAU

Doch die Schlagzeilen und der politische Aktionismus passen nicht zu jenen Befunden, die zwar sehr ähnlich sind, aber aus ganz unterschiedlichen Quellen stammen. Dass in Deutschland die viel zitierte Schere zwischen Arm und Reich wieder zusammengeht, bestätigen Untersuchungen von der OECD bis hin zum DIW. Und von supranationaler Warte aus stellt sich die Lage sowieso in sehr viel wärmeren Farben dar als im tristen Grau, mit dem hierzulande in aller Regel gemalt wird. Doch wer in sozial- und verteilungspolitischen Debatten darauf hinweist, dass Deutschland gerechter ist als weithin wahrgenommen, wird bestenfalls der Schönfärberei bezichtigt. Keine Frage, es gibt Lebenslagen und Arbeitsverhältnisse, die alles andere als kommod sind. Wenn man allerdings bemerkt, dass diese in aller Regel mit fehlender Qualifikation zu tun haben, die auch individuelle Gründe hat, erntet man in aller Regel Empörung.

Nun folgt der Berliner politisch-mediale Komplex einer eigenen Logik von Politisierung, Medialisierung und Skandalisierung, die mit der Lebenswirklichkeit im Lande nicht zwingend deckungsgleich ist. Trotzdem liegt die Frage nahe, warum sich einige vor allem sozialpolitische Mythen als so nachhaltig erweisen. Das zu klären ist wichtig, denn die Zustimmung zur Wirtschafts- und Sozialordnung ist immer noch in hohem Maße an ihren Erfolg beziehungsweise ihre wirtschaftliche Prosperität geknüpft. Ihre zunehmende Ablehnung hingegen droht auf Dauer das Fundament unserer Demokratie zu beschädigen. Die Erklärungen sind psychologischer, medienlogischer und politischer Natur.

In einem seltsamen Antagonismus aus Finanzkrise und Wirtschaftsaufschwung hat sich in den letzten Jahren eine nagende Verunsicherung breit gemacht, die tief in das Selbstverständnis bürgerlicher Kreise eingesickert ist. Das beruhigende Gefühl des scheinbar mühelos stetig expandierenden Wohlfahrtsstaates ist längst passé. An seine Stelle ist die „German Angst“ getreten – bei Generationen, die in Zeiten substanzieller Arbeitslosigkeit groß geworden sind, durchaus verständlich. Selbst wenn diese Furcht nicht mehr so stark wirkt wie noch vor einigen Jahren, haben Phänomene wie die „Generation Praktikum“ nicht eben dazu beigetragen, junge Menschen zu ermutigen. Die aktuelle Verteilungsdiskussion wirkt insgesamt deutlich emotionaler, als dies beispielsweise in der Verlagerungsdebatte der 1990er-Jahre der Fall war. Hinzu kommt die verhaltensökonomische Verlustversion, nach der potenzielle Risiken deutlich höher gewichtet werden als Chancen: Insgesamt neigen Menschen dazu, sowohl ihre eigene Anpassungsfähigkeit zu unterschätzen als auch negative Auswirkungen von Reformen auf sie persönlich zu überschätzen.

ENTSPANNTER FATALISMUS

Nach wie vor sind wir Deutschen sehr sicherheitsorientiert. Nicht einmal jeder Dritte glaubt laut Umfragen, dass die Unsicherheiten vor einigen Jahrzehnten ähnlich groß waren wie heutzutage – ein Befund, der eine Generation, die mit Filmen wie „The Day After“ und „War Games“ groß geworden ist, zumindest vergesslich erscheinen lässt. Die große Bedrohung im Hintergrund lauert heute dagegen, so die Feuilletons, in den Algorithmen der Finanzmärkte und des Informationskapitalismus. Verunsichernd daran ist jedoch weniger die von Autoren wie Frank Schirrmacher unterstellte Gefahr, mittels Rechenoperationen entmündigt zu werden und in Folge der von Spieltheorie, Egoismus und Digitalisierung dominierten Ökonomie die eigene Freiheit zu verlieren, sondern die Abstraktheit und Undurchschaubarkeit dieser Bedrohungen. Ähnliches gilt für konkrete Herausforderungen wie die Eurokrise, der die Deutschen mit einer Art von „entspanntem Fatalismus“ (Renate Köcher) begegnen. Das weitverbreitete Gefühl, dass der eingeschlagene Weg schon zum Ziel führen wird, paart sich mit der Wahrnehmung, von der Komplexität der Krise überfordert und dementsprechend zu keiner wirklichen Beurteilung in der Lage zu sein.

Selbiges lässt sich übrigens übertragen auf das undurchdringbare Finanzgeflecht, in dem sich Bund, Länder und Kommunen verheddert haben. Wer für was verantwortlich ist, weiß kaum jemand. Bundeskanzlerin Angela Merkel beispielsweise erinnerte vor einiger Zeit daran, dass in dem von ihr initiierten „Zukunftsdialog“ viele Experten in der Bildungspolitik Forderungen an den Bund adressierten, kaum einer von ihnen sich aber der Tatsache bewusst war, dass die Bundespolitik – den föderalen Verhältnissen sei Dank – dafür nicht zuständig ist. Was die Bürger jedoch wahrnehmen, ist die im Umfeld von Landtagswahlen unvermeidliche Bewegung in der Schulpolitik sowie die vielerorts sanierungsbedürftige schulische Infrastruktur. Am Ende bleibt wiederum das Gefühl wenn nicht von fehlender Gerechtigkeit, so doch zumindest von mangelnder Leistung für die entrichteten Steuergelder.

DER MYTHOS EINZELFALL

Der Philosoph Hans Blumenberg, dem Sibylle Lewitscharoff vor zwei Jahren mit ihrem Roman *Blumenberg* ein literarisches Denkmal setzte, nannte Mythen einmal „Geschichten von hochgradiger Beständigkeit ihres narrativen Kerns und ebenso ausgeprägter marginaler Variationsfähigkeit“. Mit einem etwas spöttischen Blick auf den ritualisierten Talkshowdiskurs, dem die meisten politischen Debatten unterliegen, fällt einem hierbei unmittelbar der Dachdecker

ein, der in keiner Diskussion um die Rente mit 67 fehlen darf. Wer heute in sozialpolitischen Debatten argumentiert, dass es sich bei vielen der Beispiele um Einzelfälle handelt, die im Übrigen niemand gutheißt, wird schnell als zynisch diffamiert.

Die Krux an den medial gut zu bebilderten Ausnahmen von der Regel ist indes eine ganz andere: Beinahe drei Viertel der Deutschen erwarten von einer künftigen Bundesregierung, die Unterschiede zwischen oben und unten abzubauen. Wenn der Maßstab dafür jedoch nicht statistische Mittelwerte sind, sondern extreme Beispiele, ist lang andauernder Verdruss garantiert. Das parlamentarische Instrumentarium, die Gesetzgebung, ist an sich nicht geeignet, sich mit Einzelfällen zu befassen. Vielmehr „regeln Gesetze immer angenommene Durchschnittsfälle“, die aber in der Realität kaum exakt so vorkämen, wie es Bundestagspräsident Norbert Lammert ausdrückte. Außerdem steht die – von Politikern durchaus geförderte – Anspruchshaltung der Bürger hinsichtlich dessen, worum sich „die Politik“ kümmern soll, in einem seltsamen Widerspruch zu dem beständig sinkenden Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der politischen Institutionen.

Der zugespitzte Blick auf einzelne Beispiele funktioniert übrigens – genauso dem Image der sozialen Marktwirtschaft abträglich – auch nach oben: Schnell wird übersehen, dass ein durchschnittlicher Unternehmer nichts mit einem gierigen Investmentbanker gemein hat; er lenkt keinen globalisierten Großkonzern, schon gar nicht aus der Finanzwirtschaft, auf die öffentliche Wahrnehmung wie politische Debatte zielen. Fragt man die Mitarbeiter eines der Betriebe in Familienbesitz mit persönlich haftenden Eigentümern nach „ihrem“ Unternehmer, dann ergibt das zumeist ein vollkommen anderes Bild als das des Unternehmers im Allgemeinen, den nicht einmal jeder Fünfte mehr mit Eigenschaften wie selbstlos, sozial oder gar gerecht verbinden will. Dass es wiederum eine hinreichende Anzahl schlechter Beispiele einstmals gefeierter Manager gibt, die nach individuellem Fehlverhalten der öffentlichen Ächtung anheimgefallen sind, ergänzt den Befund. Diese Fälle, die politisch und medial breite Aufmerksamkeit erhalten, wirken wie der Fingerhut mit Gift, mit dem sich ein ganzes Reservoir voll Trinkwasser vergiften lässt.

ANEKDOTISCHE EMPIRIE

Misslich ist, dass diese Exempel schnell als Beleg für eine systemische Krise herangezogen werden. Statistische Mittelwerte sind nun mal selten attraktiv. So siegt die anekdotische Empirie, sticht Empörung Fakten, und nur die schlechten Nachrichten sind gute – solche mit Aufregungspotenzial. Die infolge des ökonomischen Drucks insbesondere auf Printmedien entstandene partielle Prekarisierung des journalistischen Berufsstandes ist zudem nicht

dazu angetan, die Arbeitswelt und das Sozialsystem als besonders gerecht zu empfinden. Ohne jemandem mangelnde Objektivität unterstellen zu wollen, können einem insbesondere beim Thema befristete Arbeitsverhältnisse, von dem der journalistische Berufsstand mittlerweile massiv betroffen ist, gelegentlich Zweifel kommen, inwieweit das eigene Erleben die Sichtweise und Berichterstattung prägt. Die am stärksten von Befristungen betroffene Gruppe sind junge Akademiker, bei knapp dreißig Prozent der 25- bis 29-jährigen ist das der Fall. Allerdings müssen sich gerade diese Arbeitnehmer die wenigsten Sorgen um einen Arbeitsplatz machen; bei Akademikern liegt die Arbeitslosenquote bei gerade zwei Prozent. Das Risiko ist also denkbar gering – außer bei mangelnder Flexibilität in Kombination mit einem sehr wenig nachgefragten Studienfach.

Dies sollte indes nicht als reine Medienselbstverständlichkeit verstanden werden. Denn es gibt ohne Frage skandalöse Fälle. Zudem bedienen Medien, insbesondere das Fernsehen, häufig nur die Erwartungen ihres Publikums – was sie übrigens mit der Politik gemeinsam haben. Neben der publizistischen Pointierung und politischen Polemik ist die systemische Logik zu nennen: Politisches Handeln ist auf den meisten Feldern ein expansiver Prozess. Politik ohne Handlung, und sei sie nur symbolischer Natur, ist kaum denkbar noch medial zu vermitteln. Der Missstand, den es abzuändern gilt, ist systemimmanent. Das Thema Gerechtigkeit wiederum ist schon deshalb so beliebt, weil es emotional wirkt. So sind gerade in Wahlkampfzeiten einige Mythen und Legenden entstanden, kommunikativ geschickt inszeniert, meist samt der verheißungsvollen Lösung namens Umverteilung. „Der größte Feind der Wahrheit ist nicht die Lüge – absichtsvoll, künstlich, unehrlich –, sondern der Mythos – fortdauernd, verführerisch und unrealistisch“, hat John F. Kennedy gesagt. So bleibt über den Wahltag hinaus oft nur ein großes Unbehagen.

Was uns Wahlkampfziele kosten könnten

Die Rechnung einer Familienunternehmerin

NICOLA LEIBINGER-KAMMÜLLER

Geboren 1959 in Wilmington, Ohio,
Vorsitzende der Geschäftsführung
TRUMPF GmbH + Co. KG.

In Wahlkampfzeiten wächst die Entfremdung zwischen Politik und Wirtschaft. Wahlkampf ist die Stunde des Populismus – die Stunde derjenigen, die darauf zielen,

punktgenau am Wahltag ihren Stimmenanteil zu maximieren. Langfristige Überlegungen, so lautet das Urteil oder Vorurteil von Wirtschaftsleuten, kann man von Wahlkämpfern nicht unbedingt erwarten – so sehr Letztere das auch bestreiten mögen. Unternehmen jedoch, Familienunternehmen zumal, sehen dergleichen Kurzfristorientierung meist mit Ratlosigkeit, bisweilen auch mit Fassungslosigkeit. Dies gilt insbesondere dann, wenn Politiker der Meinung sind, im Wahlkampf Wirtschaftspolitik betreiben zu müssen.

Auch im 2013er Wahlkampf schlägt die Stunde der Populisten. Dieser Wahlkampf hat Ideen hervorgebracht, die zeigen, dass mancher Politiker von der Situation der deutschen Unternehmen herzlich wenig Ahnung hat.

Die Diskussion um Steuererhöhungen etwa ist aus Sicht eines Familienunternehmens ein Ärgernis. Sowohl rote als auch grüne Protagonisten scheinen uns Unternehmen für die Lastesel der Nation zu halten. Dass viele von uns gewissermaßen mit zwei blauen Augen durch die 2009er-Krise und auch jetzt durch die (politisch verursachte) europäische Staatsschuldenkrise gekommen sind, verleitet manche Politiker zu einem Missverständnis. Zu dem nämlich, dass wir mit immer neuen Lasten schon „irgendwie“ zurecht-

kommen würden – seien es neue Steuern, zusätzliche regulatorische Auflagen aus Berlin und Brüssel oder politisch bedingte überhöhte Energiepreise.

AN DEN RAND DER EXISTENZ GEDRÄNGT

Das Gegenteil ist der Fall. Gerade viele Familienunternehmer haben die Krise nur unter erheblichen Schmerzen – sprich Kosten – bewältigen können und sind dabei an den Rand ihrer Existenz gedrängt worden. Bei TRUMPF beispielsweise brach nach 2008 der Umsatz um vierzig Prozent ein. Dennoch wollten wir auf Entlassungen verzichten. Wir haben dies geschafft, weil wir dank Arbeitszeitkonten und großzügiger Kurzarbeitsregelungen (dafür ein Lob an die damalige Bundesregierung!) den Nachfragerückgang flexibel abfedern konnten; vor allem aber deshalb, weil wir als Eigentümerfamilie langfristige Darlehen in echtes Eigenkapital umgewandelt haben und so die Handlungsfähigkeit des Unternehmens bewahrten.

Das wäre nicht möglich gewesen, wenn damals schon die Vermögensbesteuerung gegolten hätte, die die rote und vor allem die grüne Bundesführung heute wollen. Wir haben uns die Mühe gemacht und anhand der derzeit bekannten Parameter berechnet, was uns eine solche Besteuerung gekostet hätte, wenn sie damals, in der größten Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte, Realität gewesen wäre. Das Ergebnis: Je nach Modell hätten wir zwischen fünfzig und 75 Millionen Euro zusätzliche Steuern zahlen müssen.

Es ist eine Illusion, zu glauben, dass sich betriebliche und private Sphäre in einem Familienunternehmen trennen ließen. Das Geld der Gesellschafter steckt in der Firma. Bei uns – wie bei vielen Familienunternehmen – schreibt der Gesellschaftsvertrag ein striktes Thesaurierungsprinzip der Gewinne vor. Entnahmen sind faktisch unmöglich. Hätten wir also 50 oder 75 Millionen Euro an Vermögensteuer und anderen zusätzlichen Abgaben zahlen müssen, so wäre dies unmittelbar zulasten des Betriebsvermögens gegangen. Und eins ist sicher: Wir hätten in der damaligen Situation nur zu einem die Kraft gehabt – entweder Steuern zu zahlen oder Entlassungen zu vermeiden.

Wir haben die Rechnung noch weitergetrieben. Bis heute hätte uns eine solche Besteuerung zwischen 150 und 220 Millionen Euro gekostet. Das entspricht in etwa der Summe, die wir bei TRUMPF jährlich für Forschung und Entwicklung ausgeben. In unserem Unternehmen investieren wir Jahr für Jahr etwa acht bis zehn Prozent unseres Umsatzes in Forschung und Entwicklung – aus schierer Notwendigkeit, denn nur so können wir uns in einem rasanten Technologiewettbewerb an der Spitze behaupten. Sollen wir nun wirklich alle fünf Jahre ein Jahr lang auf Forschung und Entwicklung verzichten, um die Umverteilungsphantasien eines politischen Lagers zu finanzieren? Mit Verlaub: Unsere Mitbewerber in Asien und anderswo würden sich über solchen Unfug freuen.

Ein Gedankenspiel am Rande: Welcher Euro bringt mehr für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes? Der für die Entwicklung neuer Produkte investiert wird – oder der, den die öffentliche Hand in Großprojekte vergräbt, die dann überdies regelmäßig zu Kostenexplosionen neigen? Angesichts von Steuereinnahmen auf Rekordniveau wäre eine Ausgabenkritik des Staates wohl dringlicher als Steuererhöhungen!

SELBSTERNANNTRE GERECHTIGKEITSAPOSTEL

Überhaupt verlaufen die Steuererhöhungsdebatte und die dahinterstehende Diskussion über „Gerechtigkeit“ auf ziemlich seltsamem Niveau. Meine persönliche Meinung ist: Wenn wir unsere bundesrepublikanische Wirklichkeit mit der in vielen Nachbarländern vergleichen – Beschäftigtenzahlen, Löhne, den Grad an Ungleichheiten in der Gesellschaft oder auch die „Durchlässigkeit“ unseres Systems und die damit verbundenen Aufstiegschancen –, dann relativiert sich doch manches. Ich finde, *so* ungerecht geht es bei uns nun wirklich nicht zu!

Vor allem aber tun die selbsternannten Gerechtigkeitsapostel so, als sei unsere derzeitige günstige Situation in Deutschland gewissermaßen gottgegeben und als hätten wir auch in Zukunft keine anderen Sorgen, als munter ans Geldverteilen gehen zu können. Auch hier ist das Gegenteil der Fall. Unsere weltweiten Wettbewerber holen auf. Es ist längst nicht ausgemacht, dass deutsche Unternehmen ihre Weltmarktführer-Position auch in zehn oder in fünfzehn Jahren noch innehaben. Und das bedeutet auch, dass der Wohlstand in unserem Land in ein oder zwei Jahrzehnten längst nicht so hoch sein muss wie heute.

Wenn wir unser Niveau auch nur halten wollen, dann müssen wir eher mehr für Forschung und Entwicklung investieren als heute. Wir können nur in den seltensten Fällen billiger sein als unsere aufstrebenden Wettbewerber weltweit – also müssen wir besser sein. Das aber kostet Geld. Ein kluger Wirtschaftspolitiker müsste also eigentlich daran interessiert sein, gerade die deutschen Hochtechnologie-Unternehmen eher zu stärken, anstatt ihnen durch neue Steuern Wettbewerbsnachteile einzuhandeln. Aber zumindest im linken Lager gibt es anscheinend keine Wirtschaftspolitiker, sondern nur noch Steuerexperten.

Genauso problematisch indessen ist aus Sicht eines exportorientierten Hochtechnologie-Unternehmens eine weitere Spielart des wahltaktischen Populismus. Ebenso schädlich wie die Debatte um „Verteilungsgerechtigkeit“ ist die Diskussion, ob Deutschland aus dem Euro aussteigen sollte. Auch sie steht ja teilweise unter einem etwas kruden Gerechtigkeitsbegriff („Das Geld des deutschen Steuerzahlers dürfen wir nicht korrupten griechischen Bankern hinterherwerfen!“). Doch wer mutwillig eine weitere Beschädigung des Euro

herbeiredet, schwächt die Position der deutschen Exportunternehmen ebenso wie die steuererhöhenden Umverteiler.

DER EURO STÄRKT DEN EXPORT

Trotz aller aktuellen Probleme unseres Währungsraums profitiert gerade die deutsche Exportindustrie in hohem Maße vom gemeinsamen Zahlungsmittel. Neben den volkswirtschaftlichen und geopolitischen Gründen, die für einen starken europäischen Währungsraum sprechen, seien zwei Argumente aus der unternehmerischen Praxis genannt: In unserem Haus etwa erwirtschaften wir rund die Hälfte unseres Umsatzes im Euroraum. Die Hälfte unseres Umsatzes ist also von Währungsschwankungen nicht betroffen; es fallen weder Kosten für Kurssicherungsgeschäfte an, noch haben wir Transaktionskosten für Fremdwährungskonten, Umtausch und dergleichen mehr. Auch eine ganze Reihe von Geschäften in unseren Nachbarländern, die nicht der Eurozone angehören, werden in Euro fakturiert. Hier gelten dieselben Vorteile.

Vor allem aber hatte die Einführung des Euro zur Folge, dass endlich „Waffengleichheit“ mit unseren starken europäischen Mitbewerbern entstand. Zuvor hatten italienische, französische und andere Investitionsgüter-Hersteller den Vorteil, dass während der langen Zeit von der Anbahnung eines Geschäfts bis zur Lieferung des Produkts und zur Rechnungslegung in vielen Fällen die eigene Währung ein Stück abgewertet werden konnte – ein Vorteil für deren Kunden. Das ist nun vorbei. Heute herrscht zwischen den europäischen Herstellern echte Vergleichbarkeit; es geht um Innovation, Qualität, Liefergeschwindigkeit, eben um ein „echtes“ Preis-Leistungs-Verhältnis. Und bei all dem brauchen wir deutschen Hersteller uns wahrlich nicht zu verstecken.

Der Euro ist – allen Problemen zum Trotz – nach innen wie nach außen eine stabile Währung. Zerfiele der Euroraum und bliebe ein wie auch immer gearteter Kern-Währungsraum oder sogar nur Deutschland mit einem eigenen Zahlungsmittel zurück, so wäre dies zweifelsohne mit erheblichen Belastungen für alle exportstarken Unternehmen verbunden. Und damit auch für Arbeitsplätze, für unsere Innovationsfähigkeit und unsere weltweite Wettbewerbsfähigkeit.

Bisher sind die deutschen Unternehmen ja glücklicherweise von den unkalkulierbaren Risiken eines Eurozerfalls ebenso verschont geblieben wie von den Steuererhöhungsplänen. Wir bei TRUMPF konnten und können weiter in gewohnter Höhe in Forschung und Entwicklung investieren. Wir konnten dadurch in den Jahren nach der Krise Gewinne erwirtschaften, erhebliche Steuern zahlen und 1.500 neue Stellen schaffen. Es mag ja sein, dass Rot und Grün es „gerechter“ gefunden hätten, wenn wir noch mehr an den Fiskus gezahlt hätten. Ich habe aber die Vermutung, dass unsere 1.500 neu eingestellten Mitarbeiter es anders sehen.

Kopf an Kopf

—
Österreich vor der Nationalratswahl

HERBERT VYTISKA

Geboren 1944 in Wien, langjähriger Pressesprecher des ÖVP-Obmanns Alois Mock, Politikberater und Publizist, unter anderem Österreich-Korrespondent von www.euractiv.de.

Die Parlamentswahlen in Österreich – eine Woche nach den deutschen Bundestagswahlen – sind ein offenes Rennen. Sie sind das allerdings entgegen allen vorherigen Umfragen erst in den letzten Monaten geworden. Haben sich doch die Wähler im

Frühjahr dieses Jahres bei mehreren Stimmabgaben anders entschieden, als sie das zuvor Meinungsforschern kundgetan hatten. Ein rot-schwarzes Kopf-an-Kopf-Rennen unter den jetzigen Regierungskoalitionären Sozialdemokratische Partei (SPÖ) und Österreichische Volkspartei (ÖVP) steht im Raum.

Das war schon lange nicht mehr der Fall. Bei den letzten Parlamentswahlen 2008 rutschten SPÖ wie ÖVP unter die Dreißig-Prozent-Marke, die Volkspartei landete gar bei 25 Prozent. Nutznießer waren damals die FPÖ mit 17,5 Prozent und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), eine Abspaltung von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), mit 10,7 Prozent. Die Grünen bildeten mit 10,4 Prozent das Schlusslicht.

Die laufende Legislaturperiode brachte einige Verschiebungen. Noch im Sommer vorigen Jahres galt die SPÖ als klarer Favorit, wenngleich auf niedrigem Niveau. Die Grünen bekamen etwas Aufwind und träumten von

einer Koalition mit der SPÖ auf Bundesebene, wie diese bereits seit der Landtags- und Gemeinderatswahl im Oktober 2010 in Wien besteht. Die ÖVP war sogar noch hinter die FPÖ auf den dritten Platz zurückgefallen. Daher hoffte der Vorsitzende der FPÖ, Heinz-Christian Strache, auf ein Duell mit Bundeskanzler Werner Faymann. Freilich nur so lange, bis ein achtzigjähriger Milliardär – der als Mechanikergeselle 1954 Österreich verlassen und in Kanada einen der weltgrößten Autozulieferbetriebe (Magna) aufgebaut hatte – wieder heimkehrte und die politische Landschaft aufzuwirbeln begann. Frank Stronach gründete eine politische Bewegung, artikulierte den Frust mit der aktuellen Politik und mobilisierte eine Welle von Überläufern (an Wählern und auch an Mandatären).

Dachte man zunächst, dass Stronach in erster Linie der Volkspartei zusetzen würde, so zeigte sich alsbald, dass er Zulauf von ganz anderen Seiten erhielt: beispielsweise von enttäuschten Wählern der SPÖ, vor allem solchen, die früher ins Lager der Freiheitlichen gewechselt waren, denen aber die Strache-FPÖ zu wortbrutal geworden war, darüber hinaus von Wählern des in Auflösung begriffenen, noch auf Jörg Haider zurückgehenden BZÖ sowie nicht zuletzt auch von Nichtwählern.

STAMMWÄHLER MUTIEREN ZU WECHSELWÄHLERN

In diesem Wählertransfer spiegelt sich eine Entwicklung wider, die seit Langem den beiden großen Parteien SPÖ und ÖVP schwer zu schaffen macht. Der Status, „Großpartei“ zu sein, steht infrage, was sie freilich nicht gerne hören. Der einstige ÖVP-Obmann Josef Taus hat die Frage auf eine einfache Formel gebracht: Großpartei ist man nur, solange man Verfassungsgesetze, die einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, verhindern kann. Von diesen 33,4 Prozent sind SPÖ und ÖVP derzeit weit entfernt.

Zählte man 1983 bloß zehn Prozent Wechselwähler und acht Prozent Spätereisende, so war deren Anteil bei den Nationalratswahlen 2008 auf 28 beziehungsweise 33 Prozent explodiert. Gleichzeitig damit verbunden war das Schrumpfen des Stammwählerpotenzials – und ein Ende dieses Trends ist nicht absehbar. Viele Wähler sind von der Performance der Politik enttäuscht, sind nicht mehr bereit, sich einseitig und langfristig an eine Partei zu binden. Das Parteibuch als Schlüssel für einen Arbeitsplatz- und Wohnungserwerb hat seinen Wert längst verloren. Vor allem aber haben die Regierungsparteien viel von ihrem Anspruch, gestalterische Kraft zu sein, verloren. Zudem haben sie versäumt, die Bürger in den Meinungs- und Willensbildungsprozess aktiv einzubinden.

Mit dem Ende des „realen Sozialismus“ 1989/90 setzte ein ideologischer Transformationsprozess ein. Die Sozialdemokraten verbannten ihre geistigen Nährväter, Karl Marx & Co., in die Abstellkammer, gerierten sich oft schon als die besseren Kapitalisten. Fast parallel dazu begannen sich auch Volksparteien wie die ÖVP von christlich-sozialen politischen Dogmen zu verabschieden, gingen auf Distanz zum „hohen C“. Statt unverwechselbar einzigartig, war man bestenfalls anhand von einigen Farbtupfen unterscheidbar.

IM WECHSELBAD POLITISCHER STIMMUNGSLAGEN

Der Wandlungsprozess der Parteienlandschaft spiegelt sich in Zahlen wider. Bei den Nationalratswahlen 1983 erzielte die SPÖ noch 47,6, die ÖVP 43,2 und die FPÖ gerade fünf Prozent der Stimmen. Mitte 2012 gaben die Umfragen 28 Prozent der SPÖ, 24 Prozent der FPÖ, 22 Prozent der ÖVP und vierzehn Prozent den Grünen. Die staatstragende Volkspartei ÖVP war auf die Hälfte ihrer einstigen Größe reduziert worden und befand sich in einem Stimmungstief. Durchaus verständlich, wenn man sich das Wechselbad der Gefühle vor Augen hält, das die Partei von 2008 bis 2012 durchlebt hatte.

Innerhalb von nur einer Legislaturperiode traten zwei Parteiobmänner zurück, Wilhelm Molterer gleich nach der Wahlniederlage 2008 und zweieinhalb Jahre später sein Nachfolger Josef Pröll. 2009 gewann die ÖVP zwar die Europawahl, sackte aber 2010 in Wien auf das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ab. 2011 wurde sie vom Bestechungsskandal des EU-Parlamentarier Ernst Strasser und des Kärntner Landesobmanns Josef Martinz erschüttert.

Der 2011 neu bestellte Parteiobmann Michael Spindelegger konnte zunächst nicht mehr tun, als wie ein Konkursverwalter zu agieren. Es dauerte bis zum Sommer 2012, ehe sich das Blatt zu wenden begann: Mit Stronach tritt, wie gesagt, eine unbekannte Größe aufs politische Parkett. Es sind vor allem SPÖ und FPÖ, die sich auf ihn stürzen. Die ÖVP reagiert dagegen gelassen, fasst langsam Tritt, zeigt mit klar gezogenen Trennlinien (wie einem Ehrenkodex für Mandatäre), dass für sie politische Verantwortung nicht nur ein Schlagwort ist. Genau das aber lässt die FPÖ vermissen und leitet damit selbst ihre Kehrtwende ein. Hinzu kommt, dass die SPÖ inhaltlich blutleer geworden ist, keine Themenführerschaft zustande bringt, ihr Parteivorsitzender bestenfalls als Moderator agiert, mit Vorliebe sich am Diktat der Boulevardpresse orientiert. Überrollt wird die Partei schließlich von einem Finanzskandal in Salzburg, wo mit Gabi Burgstaller ein „roter Shooting-Star“ regiert, unter deren Fittichen mit Steuergeldern am Finanzmarkt gezockt wurde wie in einem Kasino.

DIE SOGENANNTRE TRENDWENDE

Binnen weniger Monate ändert sich das Stimmungsbild in der Öffentlichkeit. Ab Herbst 2012 verliert die FPÖ Wählergunst. Die ÖVP überholt die Freiheitlichen und das neue Team Stronach landet auf Anhieb bei rund zehn Prozent. Die Fakten schaffen die Wähler zu Beginn des großen Wahljahres 2013:

- Bei der Volksabstimmung über das nicht nur von der SPÖ präferierte Berufsheer erhält das ÖVP-Modell der Wehrpflicht mit einem Zivildienst als Alternative den klaren Vorzug.
- Im Kernland Niederösterreich belohnen die Wähler die politische Arbeit von Langzeit-Landeshauptmann Erwin Pröll. Es gelingt ihm, das von vielen für unmöglich gehaltene Ziel zu erreichen, nämlich den Erhalt der absoluten Mehrheit für die ÖVP.
- Im nach der Ära Haider skandalgeschüttelten Kärnten wird die SPÖ, die hier jahrzehntelang Sammelbecken nationaler Wähler war, ehe sie diese an Jörg Haider verlor, stärkste Partei – ohne allerdings ihre einstige Größe zu erreichen. Aber: Die ÖVP schlägt sich besser als erwartet.
- In Tirol – ähnlich wie Niederösterreich eine Art schwarze Trutzburg – bleibt entgegen allen Umfragen Günther Platter Landeshauptmann. Trotz eines übergroßen – vor allem bürgerlichen – Parteienangebots ist der Wunsch nach Stabilität an der Landesspitze ausschlaggebend.
- In Salzburg schließlich findet das herbei geschriebene Kopf-an-Kopf-Rennen nicht statt, es kommt vielmehr als Abrechnung für den verantwortungslosen Umgang mit den Steuergeldern zu einem historischen SPÖ-Debakel, und Wilfried Haslauer erobert nach neun Jahren den Landeshauptmann für die ÖVP zurück.

SPECKGÜRTEL ALS POLITISCHE PROBLEMZONE

Summa summarum sieht es, betrachtet man die Urnengänge im Frühjahr, nach einer Trendwende aus. Die ÖVP schneidet, auch weil sie stärker mobilisieren kann, wesentlich besser ab als die SPÖ – und sie versteht es vor allem, sich als Gewinner zu verkaufen. Genau genommen verlor nämlich auch sie – eine Folge der wanderbereiten Wählerschaft – überall an Stimmen, wenn gleich weniger als prophezeit und mehr als schaumgebremst im Vergleich zum Regierungspartner. Anlass zum Nachdenken geben allerdings die Ergebnisse in den Städten und den sie umschließenden „Speckgürteln“. Hier hat die Volkspartei dringenden Handlungsbedarf. Als konservative Sammelpartei gegründet, fußt die ÖVP seit 1945 im Wesentlichen auf drei Säulen: Arbeitnehmern, Bauern und Unternehmern. Nur, damals waren alle drei Berufs-

gruppen etwa gleich stark. Siebzig Jahre später hat sich die gesellschaftliche Struktur völlig gewandelt. Die Gewichtung der Kräfte in der Partei trägt diesem Umstand aber nicht wirklich Rechnung.

Als Gewinner der letzten Wahlgänge werden auch die Grünen gefeiert, die sich im städtischen Umfeld sowie dort, wo es Skandale aufzuarbeiten gab, sehr gut behaupten und stimmenmäßig zulegen konnten. Sie durften den Lohn für ihre Kontrollarbeit ernten und waren damit plötzlich als Regierungspartner in zwei Bundesländern, nämlich Tirol und Salzburg, gefragt. Allerdings nicht bei der SPÖ (mit der man lange Zeit flirtete), sondern bei der ÖVP, die damit ein neues politisches Signal setzte.

Die lange Zeit erfolgsverwöhnte FPÖ bekommt dagegen die Rechnung für eine überhebliche politische Selbstdarstellung, innerparteilichen Zwist, fehlendes Gespür im Umgang mit der Macht und die neue Konkurrenzsituation im Oppositionslager präsentiert; sie ging auf Talfahrt und könnte sich alsbald mit den Grünen um Rang drei oder vier streiten. Während Protestbewegungen wie etwa die „Piraten“ unter der Wahrnehmungsgrenze blieben, der FPÖ-Ableger BZÖ ums politische Überleben kämpft, schaffte es das neue Team Stronach auf Anhieb, jeden zehnten Wähler für sich zu gewinnen: ein Phänomen, das ein wenig an Beppe Grillos bessere Tage in Italien erinnert.

Die erste Hälfte des laufenden Wahljahres hat Leben in die politische Landschaft gebracht. Während sich Bundeskanzler Faymann bereits selbst Mut zusprechen muss, wird Vizekanzler Spindelegger als ein ernsthafter Herausforderer genannt. Wenn er die nötige Verve zeigt, klare Positionen bei den entscheidenden Problemstellungen vertritt, traut man ihm zu, den Ballhausplatz für die ÖVP zurück zu erobern. Keine unlösbare Aufgabe, aber vorerst nur in Reichweite. In der 68-jährigen Geschichte der Zweiten Republik stand an der Spitze des Landes 31 Jahre lang (von 1945 bis 1970 und 2000 bis 2006) ein Politiker der ÖVP. Die restlichen 37 Jahre lang war dieses Amt im Besitzstand der SPÖ.

KEIN „LINKES“ LAND

Bis in die späten 1980er-Jahre konnten sich SPÖ wie ÖVP über Wahlergebnisse von über vierzig Prozent freuen, ehe ein kontinuierlicher Abwärtstrend einsetzte. Zunächst erfasste dieser die ÖVP, die unter dem Stimmenfänger Jörg Haider litt, der jene bürgerlichen Wähler ansprach, die markige Ansagen hören wollten. Aber auch die SPÖ blieb alsbald von einem Absturz in der Wählergunst nicht verschont. Der Niedergang der Volkspartei bedeutete keineswegs, dass Österreich damit zu einem „linken“ Land wurde. Ganz im Gegenteil: Seit 1983 gibt es in der Alpenrepublik ohne Unterbrechung eine bürgerliche Mehrheit im Parlament. Und dennoch gab es mit Ausnahme der Jahre

von 2000 bis 2006, als die ÖVP unter Führung des damaligen Obmanns Wolfgang Schüssel eine Koalition mit der FPÖ bildete und sich den Zorn der linken Meinungsmacherszene zuzog, nur Regierungen unter sozialdemokratischer Führung. Eine Umkehr der Führungsrolle wäre langsam angebracht.

Die Chance dafür ist gegeben, vorausgesetzt, der Trend, der bei den Regionalwahlen zutage trat, würde auch bei den Nationalratswahlen durchschlagen. Viel wird auch davon abhängen, wie man das sogenannte Urlaubslloch durchsteht und auf plötzlich wie das Ungeheuer von Loch Ness auftauchende Themen reagiert. Betrachtet man die aktuellen Parteipräferenzen, so liegen SPÖ und ÖVP nahe beieinander und jeweils bei etwas unter dreißig Prozent. Zusammen kommen sie auf gut über fünfzig Prozent. Die Grünen, die nach einer Regierungsbeteiligung lechzen (und diese bereits 2002 verspielten, als der linke Wiener Grünen-Flügel im letzten Augenblick gegen das Angebot von Schüssel opponierte), dürfen zwar mit Stimmenzuwachs rechnen, der aber nicht ausreicht, um mit der SPÖ oder der ÖVP die Mehrheit für eine Zweierkoalition zustande zu bringen.

Die fiktive Chance einer grünen Regierungsbeteiligung bestünde nur, sollten ÖVP und SPÖ zusammen keine Mandatsmehrheit schaffen. Dann müssten sie eine Dreierkoalition bilden. Dafür wären die Grünen ein Beinahe-Fixstarter. Sollten freilich ÖVP und SPÖ zu keinem Konsens bei den Regierungsverhandlungen kommen, dann wäre noch eine ganz andere Variante theoretisch denkbar: nämlich das Salzburger Modell auf Regierungsebene – also ein Zusammenschluss von ÖVP mit den Grünen und dem Team Stronach. Dass die FPÖ anstelle der Grünen ins Rennen geht, ist so gut wie ausgeschlossen. Ihr Problem derzeit ist, dass sie nicht nur zu sehr eine Anti-EU-, Antieuro- und Antiausländer-Stimmungsmache betreibt, sondern auch eine Wortwahl pflegt, die selbst Sympathisanten im schwarzen Lager auf Distanz gehen ließ. Wenn es daher rechnerisch möglich ist, und danach sieht es aus, dann wird es nicht zuletzt durch gutes Zureden der Sozialpartner im kommenden Herbst zu einer Neuauflage der bisherigen Regierungskonstellation kommen. Noch nicht entschieden ist, wer diese letztendlich anführen wird.

Schreiben aus Überlebenswut

Herta Müller feiert am 17. August ihren 60. Geburtstag

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, von 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, seit Oktober 2005 Präsident des Deutschen Bundestages.

Politik und Literatur unterscheidet mehr, als sie verbindet, aber was sie verbindet, kettet sie geradezu aneinander: Sprache. Sprache ist das Medium der Literatur wie der Politik. Sie ist ein Instrument der Unterdrückung wie des Widerstandes und der Selbstbehauptung. Sie ist ein Mittel der Verschleierung, der Propaganda, der

Denunziation und ein Instrument der Aufklärung und der Befreiung.

Herta Müller ist die Autorin dieser oft verzweifelten Zusammenhänge. Eher unfreiwillig im Übrigen, getrieben von Erfahrungen, die sie lieber nicht gemacht hätte: „Ich habe mir nie vorgenommen zu schreiben. Ich habe damit angefangen, als ich mir nicht anders zu helfen wusste.“

Herta Müllers Bücher, die Essays wie die Romane, sind eine ebenso aufregende wie deprimierende Chronik des Alltags in einer Diktatur beziehungsweise, in ihren Worten, über das „amputierte Leben in der Diktatur“.

„ERINNERN GEGEN MEINEN WILLEN“

Als Herta Müller 2004 den Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielt, war sie gewiss nicht das, was man gemeinhin eine populäre Schriftstellerin nennt. Damals waren ihre Lesungen, die nur selten kurzfristig in größere Hörsäle oder Veranstaltungsräume wegen der riesigen Teilnehmerzahlen verlegt werden mussten, häufig von Zwischenrufen und Fußstrampeln empörter Landsleute begleitet. Bernhard Vogel, der seinerzeit Herta Müller den Preis überreichte, hat ihre „konsequent unnachgiebige Sprache“ gewürdigt, „die aus lebendig gewordenen Erinnerungen besteht und deren poetische Wahrheit aus Todesangst und Überlebenswut geradezu hervorbricht“. Todesangst und Überlebenswut beziehungsweise „Lebenshunger“, genauer kann man es kaum sagen – und wenn, dann wohl so wie Herta Müller in ihrer *Atemschaukel*: „Ich muss mich erinnern gegen meinen Willen. Und auch wenn ich nicht muss, sondern will, würde ich es lieber nicht wollen müssen.“

Der Roman *Atemschaukel* schlägt ein bislang vernachlässigtes Kapitel der europäischen Diktaturgeschichte auf. Nach dem Ende des rumänischen Faschismus und der Kapitulation Rumäniens im Januar 1945, wurden auf Geheiß Stalins viele in Rumänien lebende Deutsche zu Zwangsarbeit in russische Lager deportiert. Es waren vor allem junge und ältere Deutsche, keine Soldaten, die ja noch im Krieg waren. Mit einem dieser Deportierten war Herta Müller gut befreundet, mit dem aus Hermannstadt stammenden

Oskar Pastior. Eine andere deportierte Person stand ihr noch näher: Ihre Mutter kam als Neunzehnjährige in ein ukrainisches Zwangsarbeiterlager.

Mit einer lapidaren Präzision beschreibt Herta Müller den physisch und psychisch zermürbenden Lageralltag aus dem Blickwinkel eines jungen Mannes: „Kälte schneidet, Hunger betrügt, Müdigkeit lastet, Heimweh zehrt, Wanzen und Läuse beißen.“ Wer gelegentlich Hunger hat, aber nie Hunger leiden musste, bekommt in der *Atemschaukel* eine quälende Vorstellung von diesem unerträglichen Zustand zwischen Hysterie und Resignation und von dem „Hungerengel“ als ständigem Begleiter, der in verschiedenen Gestalten als Würge- und als Racheengel, als Bedrohung wie als Hoffnung, als Obsession und als Erlösung auftritt. Diese Erfahrung kann man nicht teilen, wenn man sie nicht selbst gemacht hat, aber wenn man sie gemacht hat, bleibt sie für immer.

LEKTIONEN ZU DEMÜT UND GLÜCK

Die Lektüre des preisgekrönten Romans befördert das Bewusstsein, was Menschen erspart geblieben ist, die wie ich in einem der glücklicheren Zeitabschnitte der deutschen Geschichte geboren und aufgewachsen sind, dazu in einer begünstigten Region, die von den historischen Turbulenzen nicht oder deutlich weniger betroffen war. Und die deshalb Verleumdungen, Verfolgungen, Vertreibungen und Demütigungen nur vom Hörensagen kennt, aus historischen Dokumenten oder litera-



© picture-alliance/dpa, Foto: Harald Tittel

rischen Texten wie denen Herta Müllers. Deshalb ist für mich persönlich Herta Müllers großes Buch nicht zuletzt eine Lektion zum Thema Glück. Und zum Thema Demut. Und darüber, was das eine mit dem anderen zu tun hat.

Als Herta Müller vor vier Jahren den Nobelpreis für Literatur erhielt, sagte Jurysprecher Anders Olsson: „Sie haben großen Mut gehabt und provinzieller Unterdrückung und politischem Terror kompromisslos Widerstand geleistet. Es ist der künstlerische Gehalt dieses Widerstands, für den Sie diesen Preis verdienen.“

Sechzig Jahre sind noch kein Alter, in dem Gratulanten sich anschicken, ein „Lebenswerk“ zu würdigen – aber von einer künstlerischen und politischen Mission, die zugleich Passion im ursprüngliche Wortsinne ist, wird man bei Herta Müller sprechen dürfen.

Ihre literarische Sprache, voller Gestaltungswucht und virtuos, hebt die per-

sönlichen Erinnerungen und Erfahrungen weit ins Exemplarische, und dadurch wird sie zu einem Instrument der Aufklärung und der Befreiung. Ihre Bücher sind gegen das Vergessen der traumatischen Diktaturerfahrungen in Europa geschrieben, sie vergegenwärtigen die Folgen von Unterdrückung, Erniedrigung und Isolierung des Menschen durch Menschen, sie sind ein grandioses Zeugnis für Würde und Freiheit und den Wert der Demokratie. Für das Zusammenwachsen Europas sind sie ein manchmal unangenehmer, aber notwendiger Beitrag kultureller Selbstvergewisserung über nationale Grenzen hinweg. Poesie und Politik, meinte einmal Hans Magnus Enzensberger, seien „historische Prozesse, der eine im Medium der Sprache, der andere im Medium der Macht“. Herta Müller führt den erfolgreichen Beweis, dass die Freiheit des poetischen Wortes ihre eigene Macht hat.

Biopics und Zeitgeschichte

Der Film „Hannah Arendt“ von Margarethe von Trotta

STEFANIE MATHILDE FRANK

Geboren 1981 in Erfurt, Studium der Theaterwissenschaft/Kulturellen Kommunikation, Philosophie und Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2008 Doktorandin am Seminar für Medienwissenschaft. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die deutsche Film- und Mediengeschichte.

Ein Film ist kein Geschichtsbuch, kein ausgearbeiteter wissenschaftlicher Beitrag mit erklärenden Fußnoten. Unabhängig davon, ob dokumentarisch oder fiktional: Filme über historische Themen deuten, akzentuieren und inszenieren Geschehenes. Spielfilme haben dabei den Vorzug, dass sie Geschichten von Menschen erzählen können und so dem Zuschauer Hal-

tungen, Gefühle und Gedanken nahebringen. In ihrem Film *Hannah Arendt* unternimmt Margarethe von Trotta 113 Minuten lang genau das und präsentiert uns ein weiteres biopic, ein *biographical picture*, also eine filmische Biografie, in der in fiktionaler Form das Leben der großen Philosophin und Publizistin nachgezeichnet wird.

Einmal mehr wählt die Autorenfilmerin, die diesmal gemeinsam mit Pamela Katz das Drehbuch schrieb, eine starke Frau zur Protagonistin. Während sie es einst – in den Zeiten des in den 1970er- und 1980er-Jahren dominanten Neuen Deutschen Films und seiner maskulin geprägten Regisseurgemeinschaften – schwer hatte, sich mit ihren Themen zu etablieren, treibt sie heute dagegen auf einer Woge deutscher Filme, die Geschichte

inszenieren. Das oscarprämierte Stasi-drama *Das Leben der Anderen* oder die filmische Inszenierung des deutschen Sonderwegs *Das weiße Band* von Michael Haneke, die die Goldene Palme erhielt, sind nur zwei Beispiele. Kommerziellere Produktionen kommen hinzu, wobei von Trotta ihren auf Reflexion zielenden Zugang gegenüber einem Kino der Effekte bewahrt.

Hannah Arendts einst umstrittener Report *Eichmann in Jerusalem* ist seit inzwischen fünfzig Jahren ein nicht wegzudenkender Teil der Erinnerungskultur und ebenso der Kontroverse um die „crimes against humanity“, die im Nationalsozialismus zum System wurden, sowie um die Justiziabilität dieser Verbrechen nach 1945. Naheliegend erscheint es vor diesem Hintergrund, dass Margarethe von Trotta die Denkerin nun selbst als Filmthema auf die Leinwand bringt und dabei den Eichmann-Bericht in den Mittelpunkt stellt.

Wer die Schriften und Briefe Hannah Arendts, vor allem *Eichmann in Jerusalem*, kennt, dem mag der Film zunächst wie ein sorgfältiges Referat vorkommen. Arendt-Zitat reiht sich an Arendt-Zitat. Selbst der Beginn des Films – die Entführung Eichmanns in Argentinien – hat einen solchen Charakter, da dieses Ereignis fast wie in Arendts Bericht ausführlich referiert und diskutiert wird: Hans Jonas (Ulrich Noethen) bezieht hier hitzig Gegenposition, Arendts Mann Heinrich Blücher (Axel Milberg) und Arendt selbst (Barbara Sukowa) halten argumentativ dagegen.

In Jerusalem ist die Protagonistin dann mit dem Prozess gegen den bürokratischen Vollstrecker der „Endlösung der Judenfrage“ konfrontiert. Seine Mittelmäßigkeit, seine Unfähigkeit, zu sprechen

und zu denken, lassen sie ebenso sehr verzweifeln wie lachen. Aber auch ihre Umgebung außerhalb des Gerichtes fordert sie heraus. Sie trifft einen alten Freund – eine reale Figur –, Kurt Blumenfeld (Michael Degen), einen ihr aus alten Berliner Tagen bekannten Zionisten. Er heißt sie herzlich inmitten seiner großen, enkelreichen Familie willkommen. Und doch bleiben ihr Jerusalem und Israel sichtlich fremd. Fast surreal wirken die Bilder von orthodoxen Juden, die durch die von Hitze beherrschte Stadt laufen. Dazwischen montiert sind die Dokumentaraufnahmen des Eichmann-Prozesses, die umso eindrücklicher zur Geltung kommen, weil sie sich scheinbar mit der nachgespielten Alltagsrealität reiben. Die Gerichtsszenen haben sich in das kollektive Gedächtnis eingebrannt, aber in ihrer Länge sprengen sie das Bekannte und geben dem Zuschauer neue und vertiefte Eindrücke vom realen Geschehen.

Die nachfolgenden Szenen spielen in New York. Hier entfaltet sich die Geschichte einer Ehe in charmannten Dialogen – freilich vor Stapeln von Prozessakten. Wir erleben die Freundin Hannah Arendts, Mary McCarthy (Janet McTeer), wie sie klugen Beistand beweist, ebenso die Assistentin Lotte Köhler (Julia Jentsch). Später erscheint der Eichmann-Bericht in der Zeitschrift *The New Yorker*, und die Anfeindungen gegen Hannah Arendt brechen los. Im Film kulminiert das Geschehen im Auftreten israelischer Agenten und im Zerbrechen der Freundschaft mit Blumenfeld – noch dazu an dessen Sterbebett in Israel. Es wird deutlich: Sie kann sich nicht auf die Seite eines Staates schlagen, selbst nicht auf die des neu gegründeten israelischen. Hannah Arendt ist konsequent als selbstbestimmter Paria gedeutet:



„Meine Freunde sind meine Familie“, sagt sie auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen. Diese Passagen sind ihrem Briefwechsel mit Gershom Scholem entnommen.

Der Streit mit dem geliebten Gegenspieler, Hans Jonas, verleiht dem Konflikt eine persönlich-tragische Komponente. Nachdem die Universitätsherren ihre Gegenrede wortlos verlassen haben, kündigt ihr der Vertraute die Freundschaft. Hoffnung schimmert allein aus den Augen des begeisterten Studentenpaars, was die Wirkungsmacht der angegriffenen Professorin über die aktuellen Anfeindungen hinaus zumindest andeutet. Dramaturgisch gespiegelt wird das Paar in Rückblenden, in denen die junge Marburger Studentin gemeinsam mit dem Freund entsetzt die nationalsozialistisch getönten Stellungnahmen von Arendts Lehrer und Geliebtem, Martin Heidegger, entdecken muss.

Insgesamt fällt bei Betrachtung der Nebenfiguren auf, wie sehr sie Spiegel oder Reibefläche der Protagonistin sind. Mit Ausnahme einiger Frauenfiguren wie etwa Mary McCarthys, die sich von der oberflächlichen Exzentrikerin zu einer klugen Verteidigerin wandelt, werden die

Mitspielenden lediglich zu Stellvertretern von Haltungen, mit denen sich die Protagonistin auseinandersetzt. Hannah Arendt selbst erscheint trotz aller geschliffenen Rhetorik und ihrer Unerbittlichkeit im Denken vor allem als ein weicher und verwundbarer Charakter. In ungezählten Großaufnahmen inszeniert Margarethe von Trotta ihre Hauptdarstellerin Barbara Sukowa mit Tränen in den Augen. Wenn sie sich verteidigt, übertönen Mut, aber auch Verzweiflung die intellektuelle Schärfe. Die Rückblenden auf ihre widersprüchliche Beziehung mit Martin Heidegger unterstreichen ihre Verletzlichkeit. Evident wird en passant, wie konsequent die Regisseurin Hannah Arendt aus einer Binnenperspektive inszeniert, die die kritische Distanz einer Betrachtung „von außen“ weitgehend aufgibt.

Die Inszenierung von weiblichen Hauptfiguren und das Interesse für Zeitgeschichte sind zwei wichtige Momente im Schaffen Margarethe von Trottas. Zur Verortung ihres neuesten Film hilft eine Rückblende: 1975 schrieb sie mit ihrem Ehemann Volker Schlöndorff das Drehbuch zum Film *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* und führte die Co-Regie. 1977



debütierte sie als Regisseurin mit dem mit dem Bundesfilmpreis ausgezeichneten Film *Das zweite Erwachen der Christa Klages*. Mit dem oscarnominierten TV-Wendefilm *Das Versprechen* schien ihre Kinokarriere abgeschlossen, als sei die Regisseurin – wie so viele vor ihr – endgültig beim Fernsehen gelandet, das für umfangreiche Werke die besseren Bedingungen liefert. Von Trottas Projekt *Rosenstraße* war mangels Filmförderung zwischenzeitlich eingestellt worden: „Es war gerade Comedy-Time in Deutschland und so ein ernstes Thema unerwünscht“, resümierte sie. 2003 kam der Film in die deutschen Kinos. Dass das internationale Interesse an der filmischen Vergangenheitsbewältigung ein anhaltender internationaler Trend sein würde, ahnte kaum jemand im deutschen Film. War die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einst Lücke oder politisches Statement, avancierte sie nun zum Absatzmarkt.

Das zweite wichtige Moment für die Regisseurin, die Inszenierung weiblicher Hauptfiguren, lässt sich nicht nur im kurzorischen Blick über ihre Filme belegen. Bereits 1985 inszenierte sie Barbara Sukowa in einem Biopic: *Rosa Luxemburg* – ebenso

wie *Hannah Arendt* ein Film, der ausführlich aus den Schriften der Protagonistin zitiert. Möglicherweise spielt auch der pathetische Untertitel des Arendt-Films „Ihr Denken veränderte die Welt“ auf diese Verknüpfung an? Beide Filme eint, dass sie ihre Protagonistinnen im Spannungsfeld zwischen Gefühl und Verstand ausloten. Daraus erklärten sich zweifelsohne auch die ausgestellte Sanftheit und die Ambivalenz zwischen intellektuellem Mut und persönlicher Verwundbarkeit, die die filmische Deutung Hannah Arendts ausmachen.

Dieser Binnenperspektive wird – trotz aller und durch alle Originalzitate – manche historische Genauigkeit untergeordnet. Ein Film ist dann aber doch kein Referat. Wenn er dazu anregt, sich in das Denken Hannah Arendts zu vertiefen und *Eichmann in Jerusalem* aus dem Bücherschrank zu kramen, wäre das sehr viel.

Margarethe von Trotta, in: Thilo Wydra:
Margarethe von Trotta: Filmen, um zu überleben.
Berlin 2000, Seite 43.

Fotos: Stills aus „Hannah Arendt“ von
Margarethe von Trotta
© picture-alliance/dpa-Film, Fotograf: Heimatfilm/NFP

Weltbürger mit Augenmaß

Zum 80. Geburtstag des niederländischen
Schriftstellers Cees Nooteboom

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter des Referates Literatur der Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin und außerplanmäßiger Professor für Neuere deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Universität zu Köln.

Cees Nooteboom ist ein wunderbarer Erfinder und Erzähler von Geschichten. Einmal bat ihn die *Accademia della Crusca* in Florenz, über einen Buchstaben des Alphabets zu schreiben. Nooteboom entschied sich für das „L“, weil es fürs Lesen und fürs Laufen stehe. Dieses Bekenntnis hängt wiederum mit der Freiheit, der *libertà*, zusammen und mit der Einheit von Denken und Bewegung. Das freie Wandern durch Länder, Städte und Bücher zeichnet sein gesamtes Werk aus. Cees Nooteboom, der Literaturpreisträger der

Konrad-Adenauer-Stiftung 2010, ist ein philosophierender Weltbürger, für den Reisen und Sehen im Beschreiben der Welt zusammenfallen.

Geboren ist Cees Nooteboom am 31. Juli 1933 in Den Haag. Die Kindheit während der nationalsozialistischen Besatzungszeit sensibilisierte ihn früh für die Schrecken von Krieg und Diktatur. Am 16. Mai 1940 marschierte die Wehrmacht in Amsterdam ein, die Königin wandte sich hilflos an ihr Volk. Polizei und Verwaltung führten die Befehle der Besatzer aus, der Widerstand beschränkte sich auf „kaum hörbare Töne in einem Meer des Schweigens“, wie Barbara Beuys schreibt. Cees Nooteboom erinnert sich an den Einmarsch der Deutschen: „Die Straße ist breit, die Menschen am Rand sind still, und dazwischen, in der prächtigen Mitte, zieht und rattert die endlose

graue Armee“. Sein Vater kam 1940 beim englischen Bombardement auf Den Haag ums Leben; die Familie war evakuiert. Der Junge mit dem Taufnamen Cornelis Johannes Jacobus Maria wuchs fortan in katholischen Klosterschulen in Eindhoven und Venray auf.

IN DER FERNE

Sein erstes Geld verdiente Cees Nootboom in Werbebüros und bei Banken. Vom Stiefvater aus dem Haus geprügelt, lief er in Amsterdam als „Dandy ohne Geld“ herum, mit Samtjacke, buntem Schal und Spazierstöckchen. Er schrieb im Alter von zwanzig Jahren seinen ersten Reiseroman *Philip en de anderen*, der 1955 erschien, ihn über Nacht bekannt machte und in der deutschen Übersetzung *Das Paradies ist nebenan* zum Longseller wurde. 1957 heuerte er eines Mädchens wegen als Leichtmatrose auf einem Klipper nach Surinam an und hielt dort beim Vater seiner Braut um deren Hand an – vergeblich. Das hinderte ihn nicht, sie in New York zu heiraten. In den folgenden beiden Jahrzehnten schrieb Nootboom neben Songtexten, Gedichten und Lyrikübersetzungen vor allem Reiseberichte, um seinen Unterhalt zu sichern. In der neunbändigen Werkausgabe des Suhrkamp Verlages (2008) bilden sie das Kernstück eines an Themen und Formaten vielfältigen Werkes.

Als Reiseschriftsteller ist Cees Nootboom ein Weltbürger. Der Autor lebt in Amsterdam, in Berlin, auf Menorca, er hat fünf Erdteile, darunter fast alle europäischen Länder, bereist. „Ich ziele wie ein Pfeil/auf die Ferne,/aber in der Ferne / bin



Foto: Maik Schuck

ich/weg“, heißt es in dem Gedicht „Weg“.

Der Blick zurück in die Geschichte gehört zur Grundausrüstung von Nootbooms reiseliterarischem Schaffen. Poseidon ist Adressat und zugleich divinatorischer Stifter der auf den Reisen und Meerfahrten entstehenden „Legenden der Welt“.

ANFANG UND ENDE

Der zweite Pfeiler des Werkes sind Romane. Sein Durchbruch gelang Nootboom 1980 mit *Rituale*. Der Roman erschien 1984 in einem DDR-Verlag, 1985 in der Bundesrepublik und wurde 1989 verfilmt. Auch hier geht es um weltbürgerliche Themen, um kulturelle Rituale, um die versuchte Rückkehr ins Paradies. Auch das in Los Angeles geschriebene Berlin-Epos *Allerseele* (1999), der in Australien und Österreich spielende Liebesroman *Paradies verloren* (2004) und vor allem *Die folgende Geschichte* (1996), die kein Ende finden kann, weil die Poesie mit jedem Ende, also auch mit dem Tod, etwas anfangen kann,

erzählen unaufdringlich und untragisch von der Suche nach den letzten Dingen. Ein Altphilologe schläft in Amsterdam ein, wacht in Lissabon wieder auf und begegnet am Ende auf einem Schiff Figuren aus seiner Vergangenheit – auf einem Totenachen.

Nooteboom wäre nicht Nooteboom, wäre er nicht auch ein wachsamer politischer Zeitgenosse. Das dokumentiert sein Berlin-Reisebuch *Berlin 1989|2009*. Es ist persönliche Chronik und historischer Kommentar der einst geteilten, jetzt wiedervereinigten Stadt, aufgebaut auf Erfahrungen aus fast fünfzig Jahren. Im Januar 1963 bekam er in Ostberlin einen ideologischen Stadtführer in die Hand gedrückt, in dem Respekt vor der „Schutzmauer“ gefordert wurde. Im November 1989 erlebte er den Fall dieser Mauer. Während die Menschen in den Westen strömten und Trabis auf dem Kurfürstendamm fahren, ging er in den Ostteil der Stadt und beobachtete dort die unmittelbaren Folgen der Selbstbefreiung des Volkes. Zwanzig Jahre später liest er, ein „Mann, in Worte eingewickelt“, in einem Lokal „Zum Nußbaum“ Zeitungen „randvoll mit Krise“.

„SOKRATISCHES EUROPA“

Dass der Schriftsteller nichts anderes tut, als die Stimmen der Dichter zu sammeln, ihre Arbeitsorte aufzusuchen und ihre Lebensgeschichten fortzuschreiben, ist der Grundeinfall des Romans *Der Ritter ist gestorben*. In diesem dialogischen Imaginationsraum kann sich ein „sokratisches Europa“ (Adolf Muschg) entfalten. „Die Phantasie hat keinen anderen Aus-

gangspunkt als sich selbst. Sie ist nicht wertfrei, liefert allerdings auch keine Werte auf Bestellung. Sie wirkt in der Welt als subversive Kraft, als Trost, als Enthüllung, als Widerstand, als Besinnung, sie hat die tausend Gesichter des Unbenennbaren, sie geht ihrer Wege und taucht immer dort auf, wo sie von keinem erwartet wird, und stets wird sie sich über unsere Fragen und Forderungen wundern“ – so Cees Nooteboom.

Auf solche Weise versetzt der Autor Berge, und sei es *In den niederländischen Bergen* in der gleichnamigen Novelle, in der die Provinz Limburg, der südliche Zipfel der Niederlande, kartografisch so langgezogen wird, dass das Land über den Balkan bis zur griechischen Grenze verläuft und als interkultureller Musterkorridor Europas gelesen werden kann.

Auf diese Weise überträgt Cees Nooteboom das kulturelle Erbe Europas in die nachmoderne Gegenwart, „jenseits von Ideologien und verengenden Weltanschauungen“ (Norbert Lammert).

Literatur von und zu Cees Nooteboom:

„Ich hatte tausend Leben und nahm nur eins“.

Ein Brevier herausgegeben von Rüdiger Safranski, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008.

Briefe an Poseidon. Aus dem Niederländischen von Helga van Beuningen, Suhrkamp Verlag, Berlin 2012.

Der Augenmensch: Cees Nooteboom; herausgegeben von Daan Cartens. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1995.

Gesammelte Werke in neun Bänden. Übersetzt aus dem Niederländischen von Helga van Beuningen u. a., Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008.

Hotel Nooteboom: Eine Bilderreise ins Land der Worte. Regie: Heinz Peter Schwerfel. DVD, filmedition suhrkamp, Berlin 2012.

Literaturpreis der KAS 2010: Cees Nooteboom; herausgegeben von Günther Rüter, Sankt Augustin 2010.

Das allgemeine Beste

Ein neues Dokument über den Gemeinwohlbegriff

Niemand wird bestreiten, dass die Katholische Soziallehre und die Evangelische Sozialethik auf den Inhalt der westdeutschen Landesverfassungen und insbesondere auf das Grundgesetz entscheidenden Einfluss ausgeübt haben. Die *advocatio dei* in der Präambel unseres Grundgesetzes und sein erster Satz im ersten Artikel – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – sind dafür oft zitierte Beispiele. Im Laufe der letzten Jahrzehnte aber hat dieser Einfluss sichtlich nachgelassen. Die Zahl der sozialetischen Lehrstühle an deutschen Hochschulen hat zwar stark zugenommen, überzeugende Beiträge aber sind in gleichem Maße seltener geworden. Aus diesem Grund hat unsere Stiftung vor einigen Jahren die Initiative ergriffen und einige herausragende Repräsentanten der Christlichen Soziallehre zu einem ökumenischen Gesprächskreis eingeladen – getragen von der Überzeugung, dass die Evangelische Sozialethik und die Katholische Soziallehre „Baugesetze der Gesellschaft parat halten, die auch den möglichen Erdbeben der Zukunft standhalten“, wie es Bischof Franz-Josef Bode einmal optimistisch ausgedrückt hat.

Dieser Gesprächskreis hat sehr zügig ein gemeinsames Grundsatzpapier *Im Zentrum Menschenwürde – politisches Handeln aus christlicher Verantwortung – christliche Ethik als Orientierungshilfe* vorgelegt und damit den Menschen mit seiner unantastbaren Würde in den Mittelpunkt allen sozialen Handelns gestellt. Dieses Dokument hat weite Aufmerksamkeit gefunden und die Diskussion erfreulich bereichert. Dadurch ermutigt, hat der Gesprächskreis seine Arbeit mit Überlegungen zum Begriff des Gemeinwohls fortgesetzt und jetzt auch hierzu ein Papier erarbeitet. In Rückbindung zu seiner ersten Veröffentlichung will er Gesichtspunkte katholischer und evangelischer Theologie verbinden und einen gemeinsamen christlichen Ansatz bieten, der die allgemeine politische Diskussion befördern und ihr ein ethisches Fundament geben soll. Weil der Mensch als soziales Wesen definiert ist, konkretisiert sich die Würde des Menschen im Gemeinwohl. Der Gesprächskreis hat sich diesem Thema

über viele Monate mit Ausdauer und großer Geduld gewidmet und hofft auch hier auf eine gute, fruchtbare und weiterführende Resonanz.

Vor allem erhoffen sich die Autoren für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung selbst, im Inland, in Europa und in ihrer internationalen Arbeit in den Schwellen- und Entwicklungsländern neue konzeptionelle Impulse geben zu können.

DEM INDIVIDUUM KANN ES NUR GUT GEHEN, WENN AN ALLE GEDACHT IST

Unser demokratischer Verfassungsstaat erschöpft sich nicht in den Rechten und Pflichten des Einzelnen. Er wird dem Einzelnen nur Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn das Wohl aller, das Gemeinwohl, die gute Ordnung für die ganze Gesellschaft im Mittelpunkt steht. Dem Individuum kann es nur gut gehen, wenn an alle gedacht wird, wenn keiner verloren geht. Ziel der Politik muss das Gemeinwohl sein, das allgemeine Beste, das *bonum commune*, der gerechte Ausgleich der oft heftig widerstrebenden Interessen.

Erfreulicherweise beabsichtigt die Hauptabteilung Politik und Beratung, ab Herbst Themen wie „Gemeinwohl und Freiheit“, „Gemeinwohl und Wohlstand“, „Gemeinwohl und Bildung“ zu setzen.

Was die internationale Arbeit der Stiftung betrifft, so dürften sich jetzt für sie neue Chancen eröffnen, weil immer deutlicher wird, dass zu unseren „Exportartikeln“ eben nicht nur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gehören, sondern auch die Botschaft, dass zu guter Regierungsführung vor allem das Wohl aller Bürger gehört.

DEBATTE ÜBER DIE ANFORDERUNGEN EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT

Der letzte Evangelische Kirchentag mit seinem Leitwort „Soviel du brauchst“ und seiner breiten Diskussion über die Anforderungen an eine solidarische Gesellschaft hat diesbezüglich ebenso neue Zeichen gesetzt wie die Wahl eines Papstes aus einem Schwellen-Kontinent, der offensichtlich die Sorge um die Armen in den Mittelpunkt seines Pontifikates stellen will.

Das Streben nach dem Gemeinwohl hat als Grundbegriff für eine ethisch verantwortete Gestaltung der Gesellschaft seit der Antike eine lange Tradition. Wir tun gut daran, diesen Grundbegriff wieder neu zu beleben.

*Bernhard Vogel,
Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Herausgeber dieser Zeitschrift*

Literatur:

Bernhard Vogel (Hrsg.): *Gemeinwohl oder: Die gute Ordnung für die Gesellschaft*, Berlin 2013.

Die nächste Ausgabe erscheint
zum Thema

Das Gymnasium

Von der Zukunft einer bürgerlichen Institution

mit Beiträgen von Heike Schmoll, Olaf Köller, Jörg Dräger und John Hattie.

Um den Ausgang der Bundestagswahl noch thematisieren zu können,
erscheint diese Ausgabe in der letzten Oktoberwoche.

IMPRESSUM

Nr. 521, Juli/August 2013, 58. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper (Redakteurin)
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm
Studentische Hilfskraft: Roman Harbort

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 40
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

SARAH KIRSCH

Der Rest des Fadens

Drachensteigen. Spiel

**Für große Ebenen ohne Baum und Wasser. Im offenen Himmel
Steigt auf**

**Der Stern aus Papier, unhaltbar
Ins Licht gerissen, höher, aus allen Augen
Und weiter, weiter**

Uns gehört der Rest des Fadens, und daß wir dich kannten.

Sarah Kirsch, Sämtliche Gedichte, „Drachensteigen“, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, München 2005, Seite 171.

Am 5. Mai 2013 verstarb die Lyrikerin Sarah Kirsch im Alter von 78 Jahren. Sie war die erste Trägerin des Literaturpreises der Konrad-Adenauer-Stiftung (1993). Die Politische Meinung gedenkt ihrer mit dem Abdruck eines Gedichtes und eines Aquarells: „Sarah Kirsch – Erleuchtete Fenster“, 1998, 9,7 × 11,7 cm, Galerie Cohrs-Zirus.

Copyright: Moritz Kirsch
Bildvorlage: Galerie Cohrs-Zirus, Worpswede



